

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	9
Globalisierung & Eine Welt	11
Klima & Energie	12
Konsum & Verbraucherschutz	16
Landwirtschaft & Gentechnik	17
Naturschutz & Biodiversität	18
Stadt & Region	20
Tierschutz & Ethik	21
Umweltpolitik & Umweltrecht	23
Verkehr & Tourismus	26
Wasser & Meere	26
Wirtschaft & Ressourcen	29

VERBÄNDE



DNR intern	31
Aus den Verbänden	31

SERVICE

Rezensionen	32
Internet	33
Neu erschienen	34
Termine	35
Impressum	35

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst	
Umweltbildung	37
Biodiversität	

THEMEN DES MONATS

Marine Biodiversität

Schatzkammer Ozean

Biologen entdecken Tausende neuer Arten und werden zu Zeugen des Artensterbens im Meer

Seite 2

Europäischer Naturschutz

Sperrgebiete zu Schutzgebieten

Militärflächen in Transformationsstaaten Mittel- und Osteuropas sollen dem Naturschutz dienen

Seite 3

Biodiversitätspolitik

Countdown für den Artenschutz

Der Weltgipfel in Japan muss die Trendwende bei der Bewahrung der biologischen Vielfalt bringen

Seite 5

Energiepolitik

Raus aus der Sackgasse

100 Prozent Erneuerbare bis 2050 sind möglich, wenn der politische Rahmen stimmt

Seite 7

Interview: EU-Umweltaktionsprogramm

„Europas Fußabdruck halbieren“

Das Europäische Umweltbüro fordert für die EU neue umweltpolitische Leitlinien mit überprüfbaren Zielen

Seite 25

THEMENHEFT

Gebäudeeffizienz

Beilage

Marine Biodiversität

Schatzkammer Ozean

Biologen entdecken Tausende neuer Arten und werden zu Zeugen des Artensterbens im Meer

Nach zehn Jahren „Volkszählung im Meer“ will das ehrgeizige Projekt Census of Marine Life die Artenvielfalt in den Ozeanen dokumentieren. 230.000 marine Arten vom Bakterium bis zum Blauwal sind derzeit beschrieben. Vermutet werden noch Millionen weitere Arten. Doch viele verschwinden schon vor ihrer Entdeckung. ■ VON ONNO GROSS, DEEPWAVE

Immer wieder spektakulär sind die Bilder neuer Arten aus der Tiefsee, dem größten Lebensraum auf Erden. Nach 500 Expeditionen, 500 Millionen Euro ausgegebener Projektmittel und nach der akribischen Arbeit von 2.500 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus 85 Ländern ist klar: Es gibt sie noch, die Sensationen, die leuchtenden Würmer, die auf Stelzen laufenden Fische – die „Urahn der Landtiere“ – und all die anderen faszinierenden Kreaturen, die uns so überraschen. Diese Schätze ans Licht zu bringen und die Erkenntnisse der Meeresforschung publikumswirksam zu verbreiten war eines der Anliegen der von der Sloan-Stiftung in den letzten zehn Jahren gesponserten „Volkszählung im Meer“, im Fachjargon Census of Marine Life.⁽¹⁾

Was lebt im Meer?

Auf ihren zahlreichen Expeditionen haben die Forscher dabei Heringsschwärme von der Größe Manhattans, Hunderte neuer Planktonarten und Abertausende Mikroben in der Wassersäule und sogar tief im Meeresboden entdeckt. Per Satellit orteten sie Walhaie in der Karibik und verfolgten Lachse über Tausende Kilometer. Sie sortierten Tonnen von Bodenproben und benutzten Gensonden für die taxonomisch undurchdringlichen Planktonsuppen. Unterteilt in 14 Feldprojekte beschäftigte sich das Mammutvorhaben mit der Artenvielfalt entlang der Küsten und Korallenriffe bis hin zur Tiefsee. Einige Spezialprojekte konzentrierten sich auf die globale Verbreitung der Bakterien, des Planktons oder der wandernden Tierarten sowie das Vorkommen früherer Meeresbewohner. Fünf Projekte wurden von Europa aus geleitet.

Mittlerweile haben die Wissenschaftler Informationen über etwa 185.000 Arten digital in eine Online-Enzyklopädie, das Ocean Biogeographic Information System (OBIS), eingestellt. Dort finden sich fast 30 Millionen gespeicherter Nachweise. Darüber hinaus sind durch die Volkszählung auch erste Schätzungen der Gesamtzahl der Organismenarten im Meer möglich, die mit einer bis fünf Millionen Arten einschließlich Bakterien und Einzellern ähnlich hoch oder sogar höher als an Land liegen wird – dort sind es rund 1,5 Millionen Arten.

Tiefsee weitgehend unerforscht

Sämtlichen Tieren entnehmen die Forscher DNS-Proben und fertigen daraus einen Barcode an, einen genetischen Fingerabdruck, der jede Art kennzeichnet und die Artenbeschreibungen beschleunigt. Besonders bei den Mikroben fanden sich so immens viele neue Arten. Die Ausbeute dieser Sondierung wurde im Zusammenhang mit der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko bereits aktuell. Es gibt Bakterien, die Erdöl im Meer abbauen können, und so waren die Forscher in dem Teilprojekt Marine Mikroben⁽²⁾ besonders an solchen Formen interessiert, die den Abbau auch ohne Sauerstoff im Wasser schaffen. Doch Aromatoleum aromaticum oder Desulfococcus oleovorans spielen trotz ihres schönen Namens bei der größten Umweltkatastrophe in der Geschichte keine Rolle: Das Öl wird wegen der Kälte in der Tiefsee noch Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte dort weiter giftig verweilen.

Die Tatsache, dass wir mehr über die Rückseite des Mondes wissen als über die Tiefsee, ist bei der aktuellen Umweltkatas-

trophe und der hitzigen Debatte zu ihren Auswirkungen gerade wieder deutlich geworden. Diese Ignoranz gegenüber dem Meer spiegelt sich auch in der verfehlten Forschungspolitik wider. Der Erforschung der Ökologie der Ozeane wurde lange Zeit nicht die notwendige Aufmerksamkeit gewidmet. Gerade einmal fünf Prozent der Meere sind erforscht worden. Insofern schuldet die Weltgesellschaft der privat geförderten Initiative „Inventur im Meer“ viel Dank: Die Wissenschaftler konnten sich mit ihrem Expertenwissen vernetzen und so endlich die Lücken in der Kommunikation füllen.

Daten zeigen leergefischte Meere

Auch die polaren Gebiete – ein Spezialgebiet der deutschen Meeresforschung – boten noch viele Überraschungen. So fanden die Arbeitsgruppen aus Hamburg und Bremerhaven bisher 5.600 völlig neue Arten am Meeresboden der Antarktis. Auch bei der Kleintierfauna im Meeresboden waren die allermeisten Arten absolut neu für die Wissenschaft. „In der Tiefsee können wir neue Arten viel rascher entdecken, als wir sie benennen können“, so Pedro Martinez vom Deutschen Zentrum für Marine Biodiversitätsforschung in Wilhelmshaven und Leiter der Tiefsee-Arbeitsgruppe. Reichlich Arbeit für die Biologen in den nächsten Jahren, vorausgesetzt die Förderung geht weiter. Mit dem nun geschaffenen Stationsnetz ist zumindest die erste wichtige Grundlage für eine Überwachung der Meere in Zeiten des Klimawandels gelegt.

Neben der Bestandaufnahme fragten die Forscher auch: Was lebte einst in den Weltmeeren und was wird in Zukunft dort

leben? Denn die Daten dokumentieren ebenso das rasche Verschwinden von Arten wie dem Ganges-Hai oder demnächst dem Westpazifischen Grauwal wie auch den Raubbau und die Zerstörungen durch intensive Fischerei in einem Ökosystem, dessen Vielfalt wir erst ansatzweise kennen. Nach Angaben der Welternährungsorganisation FAO sind heute mindestens 60 Prozent der weltweit 200 am häufigsten genutzten Fischarten entweder überfischt oder werden bis zum Limit genutzt. 13 der 17 Hauptfanggebiete der Welt sind mittlerweile praktisch leer. In der Folge werden gerade die sensiblen Ökosysteme der Tiefsee mit den zerstörerischen, teils über 130 Kilometer langen Schleppnetzen aufgesucht. Zwar leben an den Kontinentalhängen über 1.000 verschiedene Fischarten, aber allen ist eines gemein: Sie werden sehr alt und haben wenige Nachkommen. So erreicht der Granatbarsch Lebensspannen von 70 bis 140 Jahren und laicht erst mit 20 bis 40 Jahren. Das oberste Prinzip einer nachhaltigen Fischerei, nur so viel zu

fangen, dass die entnommenen Bestände wieder nachwachsen können, widerspricht jedoch den ökonomischen Grundsätzen vom schnellen Profit. Nur Meeresschutzgebiete können diese Bestände vor dem Zugriff der Fischmehl-Trawler retten.

Fortsetzung ungewiss

Nur was wir kennen, können wir auch schützen. Und so hat der Census of Marine Life mit seiner internationalen und multidisziplinären Vernetzung nicht nur die Meeresforschung weltweit um einen Quantensprung nach vorn gebracht. Als vorläufiger medialer Höhepunkt wird auch das schönste Meerestier gesucht – etwa der grüne Bomberwurm (*Swima bombiviridis*) oder fleischfressende Schwämme aus der Tiefsee.⁽³⁾

Im Oktober endet die Volkszählung. Was noch an Forschung folgen wird, ist bisher ungewiss. Es braucht eindeutig mehr politischen Willen, vielleicht endlich auch die Schaffung eines eigenen UN-Rats

für Ozeane, damit die für unser Überleben so wichtigen Meere nicht weiter veröden. Dies ist, wie wir gerade bei dem schleichenen Tod eines ganzen Ökosystems im Golf von Mexiko erleben, ein düsteres Fazit: Aus der Volkszählung wurde eine Inventur des Reichtums unserer Ozeane, der, wenn wir weiter so ignorant zu den Meeren sind, für immer verschwinden könnte.

Anmerkungen

- ▶ (1) „Volkszählung“ im Meer: www.coml.org
- ▶ (2) Mariner Bakterienzensus: <http://icomm.mbl.edu>
- ▶ (3) Nominierung der schönsten Entdeckung: www.species.asu.edu/Top10

Dr. Onno Groß ist Meeresbiologe, Umweltjournalist und Vorsitzender der Meeresschutzorganisation Deepwave mit Sitz in Hamburg.



Kontakt:
Tel. +49 (0)40 / 46856262,
E-Mail:
o.gross@deepwave.org,
www.deepwave.org

Europäischer Naturschutz

Sperrgebiete zu Schutzgebieten

Militärflächen in Transformationsstaaten Mittel- und Osteuropas sollen dem Naturschutz dienen

Ehemalige und bestehende große Truppenübungsplätze in den Ländern Mittel- und Osteuropas können den Natur- und Artenschutz in der EU entscheidend voranbringen. Mit den Erfahrungen aus Deutschland und weiteren Ländern erarbeiten zwei Organisationen dafür eine umfangreiche Datengrundlage. ■ VON SABINE KATHKE, NATURSTIFTUNG DAVID

Auf den hohen naturschutzfachlichen Wert von militärisch genutzten Liegenschaften als große unzerschnittene Räume ohne negativen Einfluss durch Düngung oder intensive Land- und Forstwirtschaft ist in den letzten Jahren mehrfach hingewiesen worden.⁽¹⁾ Die Naturstiftung David hat in den Jahren 2000 bis 2004 in einer Datenbank Informationen zu bundesweit rund 600 naturschutzrelevanten Militärflächen erfasst. Die Ergebnisse sind ein wichtiger Baustein bei der Zusammenstellung der Flächen des „Nationalen Naturerbes“.⁽²⁾

Aufbauend auf dieser Militärflächen-datenbank für Deutschland, begann die Stiftung Ende 2007 gemeinsam mit der Netzwerkorganisation CEEweb aus Ungarn mit der Recherche zu entsprechenden Flächen in den ehemaligen „Ostblockstaaten“ in Mittel- und Osteuropa (MOE). Das Projekt wird durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt und die Zoologische Gesellschaft Frankfurt gefördert. Das Team begann mit einer Überblicksrecherche zur Rolle von Militärflächen für den Naturschutz in 21 MOE-Staaten. Darauf baut in einem zweiten Projektteil eine vertiefende

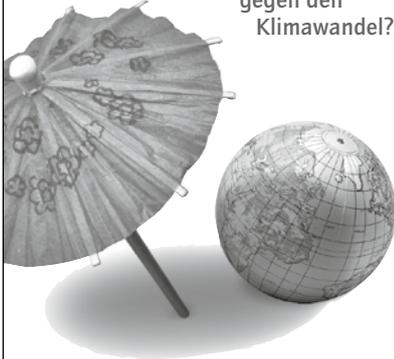
Recherche für ausgewählte MOE-Staaten zu allen naturschutzrelevanten Militärflächen über 1.000 Hektar auf. Die Ergebnisse werden in einer Onlinedatenbank dargestellt. Zurzeit umfasst die Datenbank Detailinformationen zu 64 Militärflächen in den vier Visegrád-Ländern Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn sowie den baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen. Die Recherchen stützen sich auf bestehende Daten und Informationen, eigene Untersuchungen auf den Flächen finden nicht statt. Die Daten werden vor Ort in erster Linie durch Naturschutz-

politische ökologie

Die Zeitschrift für Querdenker und Vordenkerinnen

Geo-Engineering

Notwendiger Plan B
gegen den
Klimawandel?



Großtechnologien, die den globalen Temperaturanstieg radikal bremsen sollen, sind salonfähig geworden. Egal, ob sie die Erde beschatten oder Klimagase aus der Atmosphäre fischen – die Unwägbarkeiten von Geo-Engineering sind mindestens ebenso großskalig wie die Technologien. Die *politische ökologie*¹²⁰ lüftet den Deckel der Black Box Geo-Engineering: Sie erläutert die verschiedenen technologischen Ansätze und diskutiert Chancen, Risiken und Nebenwirkungen.

Mit Beiträgen von O. Renn, K. Ott, P. Mooney, A. Grunwald, A. Oschlies, U. Potzel, u.v.m.



Geo-Engineering
politische ökologie Heft 120
72 Seiten, 14,90 EUR (zzgl. Versand),
ISBN 978-3-86581-226-1

Erhältlich bei
www.oekom.de, kontakt@oekom.de

oekom
verlag

organisationen, teilweise aber auch durch die zuständigen Militärverwaltungen erhoben. Die Aufarbeitung, Prüfung und Zusammenführung der Daten obliegt der Naturstiftung David.

Die bereits abgeschlossene Überblicksrecherche zeigt die Bedeutung von ehemaligen und aktiv genutzten Militärfächen für den Naturschutz. So sind Teile großer Militärfächen als Natura-2000-Gebiete ausgewiesen und auf den Flächen finden zahlreiche Naturschutzprojekte statt, zum Teil gefördert durch das EU-Programm Life. Dabei haben naturschutzfachlich wertvolle Militärfächen im dichter besiedelten Mitteleuropa, also in Polen, der Slowakei und Tschechien, einen höheren Stellenwert als in den dünnbesiedelten Gebieten Osteuropas, etwa in der Ukraine. Auch in Bulgarien wurden zum Beispiel kaum Militärfächen als Natura-2000-Gebiete ausgewiesen.

Gegenläufige Entwicklung in den neu gegründeten Staaten

Auffällig ist der Unterschied in der Nutzungsintensität der Militärfächen zwischen den Staaten, die schon vor 1990 existierten, und denen, die sich erst danach gründeten. Staaten wie Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Albanien verkleinern ihre Streitkräfte und legen Kasernen und überflüssige militärische Liegenschaften still – teilweise auch sehr große und für den Naturschutz wichtige Flächen. Dagegen errichten die seit 1990 neu gegründeten unabhängigen Staaten im Baltikum und auf dem Balkan sowie die Ukraine neue, eigenständige Militärverwaltungen und die entsprechende Infrastruktur. Hier werden nur wenige Flächen aus der Nutzung genommen und die bestehenden Flächen wesentlich intensiver genutzt.

Unterschiede gibt es auch im Umgang der Militärverwaltungen mit der europäischen Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie. Die FFH-Richtlinie und das entsprechende Schutzgebietsprogramm Natura 2000 haben dazu geführt, dass sich das Militär in den EU-Mitgliedstaaten mit Naturschutzfragen aktiv auseinandersetzt. Dagegen hat das Thema in Nicht-EU-Staaten wie etwa

der Ukraine kaum Bedeutung. Alle EU-Länder haben ehemalige und aktiv genutzte Militärfächen als Natura-2000-Gebiete gemeldet, die entsprechenden EU-Vorgaben werden jedoch sehr unterschiedlich umgesetzt. So haben Estland und Lettland umfassende Umweltschutzkonzepte für die Streitkräfte etabliert. Für die Militärfächen existieren Pflege- und Managementpläne. In Polen hingegen scheint das Militär trotz des FFH-Schutzstatus die Naturschutzvorgaben weniger konsequent umzusetzen.

Ein grundsätzliches Problem aller MOE-Länder ist die langfristige naturschutzfachliche Sicherung nicht mehr militärisch genutzter Flächen. Ebenso wie in Deutschland stehen hier finanzielle Interessen im Gegensatz zu denen des Naturschutzes. Beispielsweise sind in der Tschechischen Republik für mindestens acht wertvolle Flächen Planungen zum Bau von Skiresorts bekannt. Mit der Datenbank zu naturschutzrelevanten Militärfächen erhalten die MOE-Staaten nun eine Grundlage für die Entwicklung von Strategien zur langfristigen Sicherung der Flächen für den Naturschutz und für die Planung entsprechender Umsetzungsprojekte. Die langfristige Sicherung früherer Militärfächen für den Naturschutz im Rahmen des „Nationalen Naturerbes“ in Deutschland kann hier als Vorbild dienen.

Anmerkungen

- ▶ (1) Höntsch, K. u. a. (2008): Naturschutzrelevante Militärfächen in Deutschland. In: *Natur und Landschaft* 83 (12), S. 522–527.
- Johst, A.; Lehmann, R. (2004): Verbotene Landschaften. Militärfächen und Naturschutz. In: *naturmagazin* 18 (2), S. 4–5.
- ▶ (2) Johst, A. (2009): Großer Schritt zur Rettung des Naturerbes. In: *umwelt aktuell* 06.2009.

Die Biologin Dr. Sabine Kathke forschte bis 2009 an der Martin-Luther-Universität in Halle und ist nun Projektleiterin für den Bereich Naturschutz und Militär bei der Naturstiftung David in Erfurt.

Kontakt:
Tel. +49 (0)361 / 5550-338,
Fax-339,
E-Mail: sabine.kathke@naturstiftung-david.de,
www.naturgebiete.de



Biodiversitätspolitik

Countdown für den Artenschutz

Der Weltgipfel in Japan muss die Trendwende bei der Bewahrung der biologischen Vielfalt bringen

Der internationalen Staatengemeinschaft fehlt es beim Biodiversitätsschutz an Gerechtigkeit, Geld und Glaubwürdigkeit. Ohne ausreichende Finanzmittel und eine ehrgeizige Strategie mit überprüfbaren Zielen und im Zweifelsfall Sanktionen ist der Artenschwund nicht aufzuhalten. Verbände erwarten vom UN-Gipfeltreffen im Oktober in Nagoya völkerrechtlich bindende Vereinbarungen. ■ VON KATHRIN BLAUFUSS, DNR/FORUM UMWELT UND ENTWICKLUNG

Das Jahr 2010 muss für den Schutz der biologischen Vielfalt ein entscheidendes Jahr werden. Gegen Ende des Internationalen Jahres der Biodiversität verhandelt die Staatengemeinschaft auf der zehnten Vertragsstaatenkonferenz der Konvention (COP 10) über die Zukunft unserer gemeinsamen Lebensgrundlagen. In der japanischen Hafenstadt Nagoya geht es vom 18. bis 29. Oktober darum, die Weichen für die nächste Dekade richtig zu stellen.

Die Vorverhandlungen im Mai in Nairobi haben gezeigt, dass wichtige Fortschritte bei den drei Schlüsselthemen gemacht werden müssen, damit die COP 10 ein Erfolg wird. Dort steht viel auf dem Spiel: Der richtungsweisende strategische Plan bis 2020, eine Finanzierungsstrategie und das Protokoll zum gerechten Zugang und Vorteilsausgleich müssen auf den Weg gebracht werden. Ein ehrgeiziger strategischer Plan mit konkreten Zielvorgaben, um bis 2020 den Biodiversitätsverlust zu stoppen, ist allerdings noch heftig umstritten.

Vorteilsausgleich statt Biopiraterie

Die Entwicklungsländer haben deutlich gemacht, dass der Verlust an biologischer Vielfalt bis 2020 nicht aufzuhalten sei, wenn sie nicht deutlich besser finanziell unterstützt würden. Zudem drängen die Entwicklungsländer auf eine befriedigende – und ohnehin längst überfällige – Regelung für den gerechten Vorteilsausgleich bei der Nutzung ihrer genetischen Ressourcen. Ohne zufriedenstellende Lösung für diese beiden Punkte wird es keinen zukunftsweisenden strategischen Plan geben,

wie ihn vor allem die Industriestaaten wollen. Die deutschen Umwelt- und Entwicklungsverbände haben deshalb einen Forderungskatalog für die Vertragsparteien der COP 10 aufgestellt.

Beim dritten Ziel der Konvention über die biologische Vielfalt, der gerechten Aufteilung der Vorteile aus der Nutzung biologischer Ressourcen, sind seit Inkrafttreten der Konvention nicht genügend Fortschritte gemacht worden. Bisher konnte kein völkerrechtlich verbindliches Protokoll verabschiedet werden, das der Biopiraterie einen Riegel vorschiebt. Nach schwierigen Verhandlungen in der Vergangenheit einigte sich die neunte Vertragsstaatenkonferenz der Konvention zum Erhalt der biologischen Vielfalt (CBD) vor zwei Jahren in Bonn auf das „Bonner Mandat“, das einen straffen Fahrplan bis zur zehnten Vertragsstaatenkonferenz beinhaltet.

Die Vertragsstaaten der CBD, so fordern die Verbände, sollen im Oktober in Japan ein völkerrechtlich verbindliches Protokoll verabschieden, das die Rechte von Ureinwohnern und lokalen Gemeinschaften in Übereinstimmung mit der UN-Deklaration über die Rechte indigener Völker und anderer Menschenrechte voll berücksichtigt und integriert. Der Geltungsbereich des Protokolls soll so festgelegt werden, dass er alle gängigen Formen der Nutzung genetischer Ressourcen einschließt und mit Blick auf den Vorteilsausgleich rückwirkend seit Inkrafttreten der CBD jede neue Nutzung einer genetischen Ressource, unabhängig vom Zeitpunkt des Zugangs, berücksichtigt.

Das Protokoll muss aus Sicht der Verbände auch ein schlüssiges und rechtlich verbindliches Überprüfungssystem ent-

halten. Dies betrifft vor allem CBD-Umsetzungsmechanismen in Nutzerstaaten, damit nur genetische Ressourcen und damit verbundenes traditionelles Wissen verwendet werden können, deren Erwerb auf legalem Zugang beruht. Hierzu gehören Instrumente wie Zertifikate über die Offenlegung der Herkunft, „check points“, Sanktionen im Falle von Verstößen und die Möglichkeit juristischer Klageverfahren in Nutzerstaaten auch für indigene Völker und Entwicklungsländer, falls es zu Vertragsverletzungen kommt.

Industriestaaten müssen mehr zahlen

Seit dem Inkrafttreten der Konvention ist es nicht gelungen, die weltweiten Ausgaben für die biologische Vielfalt als globales öffentliches Gut auch nur annähernd auf ein Niveau zu steigern, das den Schutz und die nachhaltige Nutzung garantiert. Trotz der 50-prozentigen Erhöhung der Gelder auf rund 1,2 Milliarden US-Dollar für die Global Environment Facility (GEF), das Finanzierungsinstrument der CBD, im Jahr 2010 bleiben die finanziellen Mittel weit unter dem Bedarf für die Umsetzung der CBD-Beschlüsse. Soll der Verlust von biologischer Vielfalt bis 2020 gestoppt werden, ist ein zusätzliches, massives finanzielles Engagement der Industriestaaten erforderlich. Auch ist das Herzstück der CBD, die Einrichtung eines weltweiten Schutzgebietsnetzes an Land und auf den Meeren mit 20 Prozent Flächenanteil, nicht realisierbar. Dafür würden schätzungsweise mindestens 45 Milliarden US-Dollar jährlich benötigt.

Ein Großteil der natürlichen Vielfalt befindet sich in den Entwicklungsländern, ►

die nicht über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen, um die Biodiversität aus eigener Kraft zu schützen. Im Sinne einer gemeinsamen, aber geteilten Verantwortung für die Erhaltung der biologischen Vielfalt sind daher die reichen Nationen gefordert. Die Industriestaaten kommen aber bisher ihrer Verpflichtung aus der Biodiversitätskonvention, den Entwicklungsländern „neue und zusätzliche Finanzmittel“ bereitzustellen, nicht nach.

Nach Überzeugung der Umwelt- und Entwicklungsverbände müssen alle Vertragsstaaten der CBD die finanziellen und personellen Ressourcen für biologische Vielfalt deutlich steigern, um den Verlust an biologischer Vielfalt bis 2020 zu stoppen. Die Strategie zur Mobilisierung zusätzlicher finanzieller Ressourcen soll klare Zielvorgaben enthalten, welche Mittelsteigerung die Vertragsparteien bis wann zu erreichen haben. Außerdem fordern die Verbände neue und innovative Finanzierungsinstrumente.

Von Deutschland und den anderen G8-Staaten erwarten die Verbände, dass sie zwei Milliarden Euro pro Jahr und Land zur Verfügung stellen. Die von Deutschland vor zwei Jahren zugesagten 500 Millionen Euro bis 2012 und 500 Millionen jährlich ab 2013 sind für sie ein erster, vorbildlicher Schritt. Für den globalen Biodi-

versitätsschutz reichten diese Zusagen aber noch nicht aus. Außerdem müssten andere Staaten dem Beispiel Deutschlands folgen und vergleichbare Beträge bereitstellen. Die Verbände verlangen auch den konsequenten Abbau von schädlichen Subventionen. Deutschland soll sich in Nagoya dafür einsetzen, dass ein Ende dieser Subventionen bis 2020 beschlossen wird.

Ein strategischer Plan bis 2020

Nachdem das 2010-Ziel, den Verlust an biologischer Vielfalt zu stoppen, weltweit und in der EU gescheitert ist, müssen jetzt neue Ziele mit hohem Anspruch für die kommende Dekade bis 2020 festgelegt werden, damit die biologische Vielfalt und intakte Ökosysteme erhalten bleiben. Grundlage dafür ist eine Strategie mit konkreten Zielen für das Jahr 2020, darunter der Stopp des Verlusts von Wäldern und natürlichen Lebensräumen, das Ende der Überfischung und der Übergang zur nachhaltigen Fischerei, die Vergrößerung der Schutzgebietsfläche auf 20 Prozent an Land und auf den Meeren sowie die Einstellung aller umweltschädlichen Subventionen. Die Fortschritte auf dem Weg zu den einzelnen Zielen sollen durch entsprechende Indikatoren und Meilensteine messbar sein.

Für eine Trendwende braucht es einen strategischen Plan mit hohem Anspruch, der die Prioritäten zum Schutz und zur Erhaltung der biologischen Vielfalt bis 2020 festlegt. Das 2020-Ziel muss den Stopp des Artenverlusts und die Wiederherstellung von Ökosystemen beinhalten. Der Strategieplan muss anspruchsvolle Unterziele enthalten, die den Artenverlust tatsächlich bis 2020 aufhalten können. Entsprechende Meilensteine zum Monitoring müssen definiert und verabschiedet werden. Zur Messbarkeit der Umsetzung sind Indikatoren festzulegen.

In Nagoya entscheiden die Staats- und Regierungschefs über die Vielfältigkeit unseres Planeten. Doch sie werden von Umwelt- und MenschenrechtsaktivistInnen nicht an ihren Worten, sondern an ihren anschließenden Taten gemessen.

Die Geografin Dr. Kathrin Blaufuss arbeitet beim Deutschen Naturschutzing (DNR) und dem Forum Umwelt und Entwicklung in Berlin und koordiniert die NGO-Vorbereitungen zum Biodiversitätsgipfel im Oktober in Nagoya.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 678177574,
E-Mail:
k.blaufuss@forumue.de,
www.biodiv-network.de



Nachhaltigkeit

A-Z



N wie Naturgefahren

Die Hochwasserereignisse der letzten Jahre haben gezeigt, wie anfällig unsere Gesellschaft gegenüber Naturgefahren ist. Die Autoren analysieren im vorliegenden Buch Folgen und wichtige Einflussfaktoren von Hochwasser und entwickeln bundesweit einsetzbare Modelle zur Abschätzung und Minderung von Schäden für Privathaushalte, Unternehmen und Landwirtschaft.

A. H. Thieken, I. Seifert, B. Merz (Hrsg.)
Hochwasserschäden
Erfassung, Abschätzung und Vermeidung
304 Seiten, 39,90 EUR,
ISBN 978-3-86581-186-8

Erhältlich bei
www.oekom.de
kontakt@oekom.de

Die guten Seiten der Zukunft



Energiepolitik

Raus aus der Sackgasse

100 Prozent Erneuerbare bis 2050 sind möglich, wenn der politische Rahmen stimmt

Mitte des Jahrhunderts kann Deutschland seinen Strom und seine Wärme komplett aus regenerativen Energiequellen beziehen. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es viele kleine Schritte auf vielen Ebenen – und vor allem die Bereitschaft der Politik, die Weichen richtig zu stellen. Hierbei soll die Kampagne „100 Prozent Zukunft“ helfen, die in zehn Modellregionen auf das Schneeballprinzip setzt. ■ VON KLAUS MILKE, GERMANWATCH

Nun sind wir mitten auf dem Höhepunkt des Streits um das lange angekündigte und entscheidende Weichen stellende Energiekonzept der Bundesregierung. Die letzten Wochen waren voll von Veranstaltungen, Gutachten, Protesten und Lobbyaktivitäten. Und das wird sich fortsetzen. Der Klimawandel und auch die Energiesicherheitsfrage sind zentrale Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Der Umbau hin zu mehr Energieeffizienz und zu einer klimafreundlichen Versorgung mit Strom und Wärme aus 100 Prozent erneuerbaren Energien in einem Industrieland wie Deutschland bis 2050 spielt dabei eine zentrale Rolle, denn er bietet nicht nur die große Chance, den Klimawandel einzudämmen, sondern gleichzeitig auch neue Technologien voranzubringen, Arbeitsplätze zu schaffen und die Energieversorgung dauerhaft zu sichern. Dieser Umbau ist technisch machbar, doch der politische Wille und die entsprechenden Rahmensetzungen sind die großen Hindernisse.

Thematisch stehen bei der Energiezukunft drei große Bereiche im Vordergrund: die Energieeffizienz muss deutlich gesteigert werden, die erneuerbaren Energien müssen bis 2050 zu 100 Prozent die Strom- und Wärmeversorgung bestreiten und die Stromnetze müssen zügig ausgebaut werden.

Energie effizient

Die Steigerung der Energieeffizienz hilft, einfach und ohne Komfortverluste Energie zu sparen. Sowohl im Haushalt als auch in Industrie und Gewerbe gibt es viele Möglichkeiten, Kosten und Energieverbrauch

zu senken. Eine energetische Gebäudesanierung kann zum Beispiel die Heizkosten massiv senken. Die Investition rechnet sich schnell: Bislang fördert der Staat diese Sanierungsmaßnahmen – und steigert seine Steuereinnahmen gleichzeitig durch die Konjunkturbelebung bei mittelständischen Betrieben: ein Gewinn für BewohnerInnen, Staatskasse und Handwerk.

Energie erneuert

Das 100-Prozent-Ziel bis Mitte des Jahrhunderts ist kein Wunschtraum. Es ist technisch und wirtschaftlich möglich – und mit der richtigen Politik auch erreichbar. Dies ist auch deshalb wichtig, weil für die Bewältigung des Klimawandels bis 2050 etwa 95 Prozent des Treibhausgasausstoßes gegenüber 1990 reduziert werden müssen. Dafür muss der heutige Energiemix mit einem noch sehr hohen Anteil an fossilen und nuklearen Energien umgestaltet werden.

Die erneuerbaren Energien sind zudem zu einem wahren Jobmotor geworden: Allein in Deutschland haben sie bereits 300.000 Arbeitsplätze geschaffen – bis 2020 können es laut einiger Prognosen 500.000 werden. Auch in puncto Energiesicherheit sind die erneuerbaren Energien den endlichen fossilen Energien weit voraus. Sie verringern die Abhängigkeit Deutschlands von teuren Energieimporten aus oftmals instabilen Weltregionen.

Bislang gehört Deutschland zu den Weltmarktführern bei erneuerbaren Energien. Die anstehenden Weichenstellungen im Energiebereich bestimmen, wer auf dem globalen Markt der Zukunftstechnologien gut aufgestellt ist.

Energie vernetzt

Kleine Windkraftanlagen in der Nachbarschaft oder Biomassekraftwerke auf dem Land, Solarparks im Süden oder Offshore-Windkraftanlagen in der Nordsee – die Stromerzeugung der Zukunft ist eine Mischung aus großen und dezentralen kleinen Anlagen. Diese speisen Energie in unterschiedlichen Mengen ins Netz ein. Zusätzlich schwankt die Strommenge aus erneuerbaren Energien laufend, weil Wind und Sonne nicht gleichmäßig zur Verfügung stehen. Um diese Schwankungen auszugleichen, bedarf es neuer Netze, die Stromproduktion und -verbrauch sekundengenau aufeinander abstimmen und eine optimale Verteilung von Strom über große Distanzen herstellen. Ein Beispiel: Herrscht in der Nordsee Windflaute, während in Südeuropa viel Solarstrom produziert wird, kann der Strom aus spanischen Solarkraftwerken nach Deutschland geleitet werden. Dennoch braucht es zusätzlich Speichermöglichkeiten für den erneuerbaren Strom. Denn Energie muss zu jeder Zeit ausreichend zur Verfügung stehen. In bergigen Regionen sind Pumpspeicherkraftwerke sehr effektiv. Sie pumpen Wasser in die Höhe, das bei Bedarf Turbinen antreibt und so wieder zu Strom wird. Die Speicherung von Wärme oder Kälte oder die Produktion von Methan oder Wasserstoff können ebenfalls einen Beitrag leisten.

Wie lässt sich das alles umsetzen?

Natürlich brauchen wir auch hier die richtigen politischen Rahmensetzungen. Nötig ist etwa ein Gesetz, um besonders

DIE ZUKUNFT DES WIRTSCHAFTENS HAT BEGONNEN!

3

NEU!

2010



SCHWERPUNKT

Transformationen – Auswege aus der Wachstums- und Klimakrise

WEITERE THEMEN

- Wüstenstrom: sauber und konfliktfrei?
- The Ecosystem Services Benchmark
- Nachhaltigkeit von Produkten vergleichen

**JETZT
PROBEABO
ANFORDERN!**

kontakt@oekom.de

Leseproben, Informationen zur Zeitschrift und Abobedingungen:

www.oekologisches-wirtschaften.de

oekom
verlag

stromfressende Geräte zu ersetzen und gleichzeitig Effizienztechnologien zu fördern. Staatliche Zuschüsse, beispielsweise bei der Gebäudesanierung, müssen weiter ausgebaut werden. Die Politik muss erneuerbare Energien im vollen Umfang fördern. Außerdem ist es wichtig, dass auch der Staat Investitionssicherheit gibt. Um den Ausbau der erneuerbaren Energien nicht zu behindern, muss am Atomausstieg festgehalten sowie auf den Neubau von Kohlekraftwerken verzichtet werden.

Der Aus- und Umbau der Stromnetze sowie neue Speichertechniken gehören zu den wesentlichen Weichenstellungen in Richtung Energiezukunft. Oft vergehen von einem Beschluss über den Netzausbau bis zum fertigen Neubau deutlich mehr als zehn Jahre. Werden hier jetzt nicht die notwendigen Schritte eingeleitet, droht das Netz zum Flaschenhals für den Ausbau erneuerbarer Energien zu werden.

Kampagne mit Schneeballeffekt

Für all diese Ziele setzt sich die Kampagne „100 Prozent Zukunft“ ein, mit der Germanwatch gemeinsam mit lokal und auf Bundesebene aktiven Partnern die notwendigen politischen Entscheidungen anstoßen und beeinflussen will. Mit der Vernetzung von zukunftsorientierten Kräften in Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik sowie mit politischer Lobbyarbeit wollen wir zu einer zukunftsfähigen Energiepolitik beitragen.

Dazu werden zehn Regionen gesucht, in denen wichtige deutsche PolitikerInnen und EU-Abgeordnete ihren Wahlkreis haben oder die als Modellregionen für eine klimafreundliche Energieversorgung dienen können. In diesen zehn Regionen sollen 100 Aktive, wie etwa Unternehmer, Vertreterinnen der Zivilgesellschaft oder Politiker, aber auch einzelne BürgerInnen gewonnen werden, die sich vernetzen, für die Energiezukunft eintreten und in einen direkten Dialog mit den PolitikerInnen vor Ort treten. Diese 100 sollen insgesamt 1.000 weitere Aktivisten gewinnen.

Die Kampagne „100 Prozent Zukunft“ will neue Netzwerke bilden und bestehende stärken. Sie möchte Partner aus ver-

schiedenen gesellschaftlichen Bereichen zusammenbringen und für einen Dialog mit der Politik motivieren.

Startregionen Bonn, Mainz und Hamburg

Im Moment sind als Startregionen Bonn-Rhein-Sieg, Mainz und Hamburg in der Planung. In den beiden ersten Regionen leben zwei bedeutsame Minister, die nicht immer mit einer Stimme sprechen: der Umweltminister Norbert Röttgen und der Wirtschaftsminister Rainer Brüderle. Hamburg ist besonders interessant als Umwelthauptstadt Europas 2011.

Die Kampagne 100 Prozent Zukunft arbeitet auf drei Ebenen für die 100-prozentige regenerative Versorgung mit Strom und Wärme bis 2050:

- ▶ In den zehn Schwerpunktregionen werden gemeinsam mit Partnern aus Zivilgesellschaft, Unternehmen und Politik Veranstaltungen und Aktionen initiiert, um vor Ort ein Bewusstsein für die Chancen und Vorteile der Energiezukunft zu schaffen. In den Regionen lassen sich PolitikerInnen besser und zielgerichteter in die Pflicht nehmen.
- ▶ In Berlin kooperiert die Kampagne ebenfalls mit anderen Initiativen, Unternehmen und Verbänden und betreibt konzentrierte Lobbyarbeit.
- ▶ Im Internet können sich Aktive unter www.100prozentzukunft.de beteiligen und vernetzen. Hier bietet sich die Möglichkeit, aktiv auf die Politik einzuwirken, sich zusammen mit anderen an Veranstaltungen und Aktionen zu beteiligen oder diese selbst zu organisieren. Außerdem gibt es umfassende Informationen rund um das Thema Energiezukunft.

Der Diplomkaufmann Klaus Milke ist Vorstandsvorsitzender der Nord-Süd-Initiative Germanwatch sowie der Stiftung Zukunftsfähigkeit in Bonn.

Kontakt:
Tel. +49 (0)40/ 79143121,
E-Mail:
milke@germanwatch.org,
www.germanwatch.org
www.100prozentzukunft.de



Abfallrecht**Kreislaufwirtschaftsgesetz ohne nachprüfbar Ziele**

■ Die erste Fassung des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes – der sogenannte Referentenentwurf – ist von Umweltverbänden kritisiert worden. An der mündlichen Anhörung des Bundesumweltministeriums Ende September in Bonn nahmen neben Industrie, Kommunen und weiteren Interessenvertretern auch Experten der Verbände DNR, BUND und NABU teil.

Die Verbände kritisierten vor allem, dass der Entwurf keine überprüfbar Klimashutz- und Abfallvermeidungsziele enthalte und dass die angestrebten Recyclingquoten zu gering ausfallen würden. Darüber hinaus werde durch die angenommene Gleichrangigkeit von energetischer und stofflicher Verwertung die neue in der EU geltende fünfstufige Abfallhierarchie sehr fragwürdig umgesetzt. Nach dieser Hierarchie soll die Behandlung von Abfällen nach folgender Prioritätenreihenfolge stattfinden: Abfallvermeidung, Vorbereitung zur Wiederverwendung, Recycling, sonstige, insbesondere energetische Verwertung der Abfälle und ganz zum Schluss Abfallbeseitigung. Vorrang habe die Option, „die aus Sicht des Umweltschutzes die beste Lösung darstellt“, so das Umweltministerium. Technische und wirtschaftliche Bedingungen seien zu berücksichtigen.

Ab dem Jahr 2020 sollen laut Entwurf mindestens 65 Prozent – die Verbände fordern 80 Prozent – aller Siedlungsabfälle recycelt und mindestens 80 Prozent aller Bau- und Abbruchabfälle recycelt oder stofflich verwertet werden. Bis 2015 soll es in Deutschland eine flächendeckende Getrenntsammlung von Bioabfällen geben. Die Ziele werden bei einige Müllsorten schon jetzt erreicht. Den Umweltverbänden ist der Entwurf nicht ehrgeizig genug. [jg]

- ▶ www.nabu.de/kreislaufwirtschaft
- ▶ Entwurf: www.kurzlink.de/krwg-entwurf2010

Bundestagspetition**Naturschutzbund will Wertstofftonne durchsetzen**

■ Der NABU hat unter dem Motto „verwerten statt verbrennen“ beim Bundestag eine elektronische Petition zur bundesweiten Einführung einer Wertstofftonne eingereicht. Ab 2012 soll nach dem Willen des Naturschutzbundes für jeden Haushalt eine Wertstofftonne zur Verfügung stehen, in der neben Verpackungen auch alle anderen recycelbaren Materialien wie Metall und Kunststoffe gesammelt werden sollen. Bis zum 20. Oktober können BürgerInnen die Petition im Internet unterstützen. Kommen genug Unterschriften zustande, gibt es eine öffentliche Anhörung im Petitionsausschuss des Bundestages. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/nabu-petition13663

Abfallstatistik**Wirtschaftsaufschwung torpediert Papierrecycling**

■ Die Papierrecyclingrate in Europa wird 2010 voraussichtlich geringer ausfallen als im letzten Jahr. 2009 wurde weniger Papier verbraucht und im Vergleich dazu mehr Papier recycelt, schreibt der von der Papierindustrie eingerichtete Europäische Altpapiererrat ERPC in einem Bericht. Weil sich die Wirtschaft nach der Krise langsam wieder erholt, dürfte sich dieser Trend in diesem Jahr aber wieder umkehren.

Die Sammelquote von Kunststoffflaschen aus PET hat sich in Europa im Jahr 2009 auf gut 48 Prozent erhöht, meldete das aus Granulatherstellern bestehende Recyclingnetzwerk Petcore. Damit sei die Menge eingesamelter PET-Flaschen seit 2004 kontinuierlich angewachsen. Kapazitäten gebe es aber für mehr als 50 Prozent, weshalb die Industrie ihre Anstrengungen vergrößern sollte.

Die Recyclingrate für alte Reifen ist 2009 EU-weit auf rund 95 Prozent gestiegen, manche EU-Mitgliedstaaten würden

sogar 100 Prozent erreichen, meldete die europäische Vereinigung von Reifen- und Kautschukherstellern, ETRMA. Inzwischen gebe es 14 Unternehmen, die in Europa Altreifen verarbeiten. Sie werden durch eine Umweltabgabe beim Neukauf von Reifen finanziert.

Die Europäische Umweltagentur EEA hat im Juni eine Studie zum aktuellen Stand von Recyclingmaßnahmen in den Mitgliedstaaten veröffentlicht. Die Forscher untersuchten dazu verschiedene Kategorien von Abfall, wie Haushaltsabfälle, Bauschutt oder Elektromüll. Der Vergleich zwischen den Mitgliedstaaten zeigt, dass vor allem nord- und westeuropäische Länder bei allen Abfalltypen hohe Recyclingraten vorweisen können. In den neuen EU-Ländern sind zwar die Recyclingraten für Haushalts- und Verpackungsabfälle niedrig, dafür werden aber mehr Pkws und Elektrogeräte verwertet. Einen „Europameister“ im Recycling aller Abfallarten gibt es allerdings nicht, alle EU-Staaten können sich noch verbessern. [jg, lk]

- ▶ www.kurzlink.de/erpc-daten2009.pdf
- ▶ www.kurzlink.de/pet-daten2009
- ▶ www.kurzlink.de/etrma-daten2009
- ▶ EEA-Studie: www.kurzlink.de/recycling-eu

Müllvermeidung**Europäische Aktionswoche**

■ Vom 20. bis 28. November findet erneut eine europäische Woche zur Müllvermeidung (EWWR) statt. Auch Nichtregierungsorganisationen sind aufgerufen, sich mit Aktionen zu beteiligen. Bis 2013 müssen die EU-Mitgliedstaaten laut Abfallrahmenrichtlinie, die im Dezember 2010 in Kraft tritt, nationale Abfallvermeidungspläne aufstellen. Da Planung allein nicht genügt, finanziert das Naturschutzförderprogramm Life+ schon zum zweiten Mal die Müllvermeidungswoche, in der öffentlich auf das Problem aufmerksam gemacht werden soll. [jg]

- ▶ Liste mit Ideen für Aktivitäten in der Aktionswoche: www.ewwr.eu/ideas-activities

Klärschlamm**Neue Verordnung in Arbeit**

■ Das Bundesumweltministerium hat einen weiteren Arbeitsentwurf für die Novelle der Klärschlammverordnung (AbfKlärV) vorgelegt. Bisher fehlende Bestandteile wie Vorgaben zur regelmäßigen Qualitätssicherung und zur hygienisierenden Klärschlammbehandlung sowie zur Analytik wurden ergänzt. Das Ergebnis stellt noch eine Vorstufe zum Referentenentwurf dar und soll interessierten Kreisen die Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Umweltpolitisches Ziel ist es, die Schadstoffanreicherung durch Klärschlammdüngung zu minimieren und die natürlichen Phosphatressourcen zu schonen. [jg]

► www.kurzlink.de/klaerschlamm2010

EU-Chemikalienpolitik**Schwarze Liste wächst**

■ Der Europäische Gewerkschaftsbund ETUC hat seine Liste mit besonders besorgniserregenden Chemikalien aktualisiert. Sie enthält nun 334 Substanzen, die aus Arbeits- und Gesundheitsschutzgründen im Rahmen der EU-Chemikalienverordnung REACH verboten werden sollten. Die von der EU selbst erstellte Liste zählt erst 38 Stoffe. Verbände kritisieren die langsame Erstellung und haben deshalb „Schattenlisten“ erarbeitet.

Elf weitere Stoffe könnten zur offiziellen Liste demnächst hinzukommen. Bis zum 14. Oktober läuft eine öffentliche Konsultation der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA). Unter anderem handelt es sich um Trichlorbenzen, verschiedene Kobaltverbindungen und Metoxyethanol. Nach Abschluss der Konsultation könnten die Stoffe in den Annex XIV der REACH-Verordnung aufgenommen werden. Ihre Verwendung bedarf dann einer speziellen Genehmigung durch die EU-Behörde. [jg]

► www.etuc.org/a/7479

► Konsultation: www.echa.eu (Consultation – Authorisation)

Chemikalien und Gesundheit**Brustkrebs durch Putzwut?**

■ Forscherinnen des Silent Spring Institute und der Universität Boston haben einen Zusammenhang zwischen der häufigen Benutzung von chemischen Putzmitteln und einem erhöhten Brustkrebsrisiko festgestellt. Nach einer im Juli veröffentlichten Studie haben Frauen, die regelmäßig Produkte wie Lufterfrischer oder Schimmelbeseitiger benutzen, ein doppelt so hohes Risiko an Brustkrebs zu erkranken. Dies könne daran liegen, so die Forscher, dass die Produkte oft hormonverändernde Chemikalien enthalten. Bei anderen Mitteln wie Insektiziden oder Pestiziden sei der Zusammenhang weniger ausgeprägt. [lk]

► Studie: www.kurzlink.de/putzwut

Seveso-II-Richtlinie**Weniger Unfälle in Chemiebetrieben**

■ Anfang September hat die Europäische Kommission einen Bericht zur Umsetzung der Seveso-II-Richtlinie (96/82/EC) veröffentlicht. Das Rahmengesetz regelt die Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen.

In dem Bericht werden 4.528 Betriebe der oberen Gefahrenklasse untersucht. Für den Zeitraum von 2006 bis 2008 stellte die Kommission fest, dass sich die Anzahl der schweren Unfälle auf durchschnittlich drei pro tausend Betriebe verringert hat. Insgesamt hat sich die Anzahl der Betriebe in der oberen Gefahrenklasse um zehn Prozent gegenüber dem Zeitraum von 2003 bis 2005 erhöht. Den Rückgang der schweren Unfälle führt die Kommission auf die erfolgreiche Umsetzung der Seveso-II-Richtlinie zurück. Bis zum 30. September 2012 sollen die EU-Mitgliedstaaten über den Zeitraum von 2009 bis 2011 berichten. [ej]

► EU-Kommission zur Seveso-II-Richtlinie: www.ec.europa.eu/environment/seveso

Feinstaub**Strengere Grenzwerte**

■ Seit dem 7. August gelten in Deutschland strengere Vorgaben für die Luftqualität. Mit diesem Schritt hat der Bund die neue EU-Richtlinie (2008/50/EG) über Luftqualität und saubere Luft für Europa in deutsches Recht umgesetzt. Für die kleinen, besonders gesundheitsschädlichen Feinstäube mit einem Durchmesser unter 2,5 Mikrometern gelten erstmals Luftqualitätswerte. Das festgesetzte landesweite Maximum liegt bei 25, für den städtischen Bereich bei 20 Mikrogramm pro Kubikmeter. Die Werte für Feinstaub mit einem Durchmesser bis zehn Mikrometer sowie für Stickstoffoxide, Schwefeldioxid, Benzol und andere Stoffe bleiben dagegen unverändert. [jb]

► www.kurzlink.de/pm-bmu-feinstaub

POP-Konvention**Weitere Dauergifte verboten**

■ Seit Ende August gelten weitere Substanzverbote und -einschränkungen in der EU-Verordnung über langlebige organische Schadstoffe (persistent organic pollutants, POP). Die Ergänzung der EU-Vorschrift beruht auf der Erweiterung der international geltenden Stockholm-Konvention (POP-Konvention).

Bei den insgesamt neun neu hinzugekommenen Substanzen, die jetzt nach der POP-Konvention verboten sind, handelt es sich hauptsächlich um polybromierte Diphenylether (PBDE) und andere als Pestizid oder Flammenschutzmittel genutzte Stoffe.

Mit dem Beschluss setzt die EU die Vereinbarungen der vierten Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Stockholm-Übereinkommens über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung um, die Anfang Mai 2009 stattfand. Das Übereinkommen wird von insgesamt 152 Staaten mitgetragen. [jg]

► EU-Amtsblatt: www.kurzlink.de/L223/29

Nanotechnologie

Weltweit 2.000 Hersteller

■ Weltweit gibt es inzwischen 2.117 Unternehmen in 48 Ländern, die Nanotechnologien einsetzen. In den USA haben 1.124 ihren Sitz, in Europa sind es 670. Von den europäischen Firmen befinden sich 211 in Deutschland, 146 in Großbritannien und 14 in Österreich. 230 Unternehmen sind laut der Datenbank der US-Informationsplattform Nanowerk in Asien ansässig. Die meisten Nanotechnikfirmen stellen Instrumente, Geräte oder Werkstoffe her. Die Datenbank enthält auch Forschungseinrichtungen, die sich mit Nanotechnologien beschäftigen. [jg]

► www.kurzlink.de/nanowerk-datenbank

Nanomaterialien

Bald EU-weites Nanoregister?

■ Die belgische EU-Ratspräsidentschaft hat auf einer Konferenz im September ein EU-weites Register für Nanomaterialien vorgeschlagen. Verbraucherinformationen über Nanoprodukte sollten verbindlich und einheitlich geregelt werden. Der belgische Umwelt- und Verbraucherschutzminister Paul Magnette forderte für eine europäische Regelung ordnungspolitische Risikomaßnahmen, die Rückverfolgbarkeit von Nanomaterialien über die gesamte Produktionskette sowie eine einheitliche Regelung für die Kennzeichnung von Nanoprodukten.

Der in Brüssel ansässige Dachverband Europäisches Umweltbüro (EEB) forderte die EU-Institutionen auf, einen übergreifenden Politikansatz zu entwickeln, damit Umwelt und Gesundheit ausreichend geschützt werden können. Das Wissen über die Risiken von Nanotechnologien sei noch viel zu gering, obwohl längst Produkte mit Nanomaterialien auf dem Markt seien.

Das deutsche Öko-Institut hat im Rahmen einer Machbarkeitsstudie ermittelt, dass ein verpflichtendes Register für in Deutschland hergestellte oder in Verkehr gebrachte Nanoprodukte rechtlich mög-

lich und technisch realisierbar wäre. Ein Verzeichnis schaffe Transparenz und gewährleiste Risikovorsorge. Die Studie des Öko-Instituts schlägt ein gestuftes Verfahren zur Registrierung von Nanomaterialien vom Ausgangsmaterial bis zum Endprodukt vor. Damit sollen staatliche Stellen in der Lage sein, sowohl die Hersteller als auch die von ihnen in Verkehr gebrachten Produkte sowie die darin enthaltenen Nanomaterialien eindeutig zu identifizieren. Nanoprodukte hätten nur dann gute Marktchancen, so das Institut, wenn sie einen Beitrag zum Erreichen von Nachhaltigkeitszielen leisteten. [jg]

► www.eu-koordination.de (EU-News – 15.09.2010)

Lichtverschmutzung

Licht ausmachen, Geld sparen

■ Zwischen drei und vier Milliarden Kilowattstunden Strom ließen sich nach Schätzungen des NABU in Deutschland einsparen, wenn Städte auf unnötige Beleuchtung verzichten würden. Ohne die Sicherheit der StadtbewohnerInnen einzuschränken seien jede Menge Einsparungen möglich. Neben der Energieverschwendung gebe es auch ökologische Probleme: veraltete und schlecht konstruierte Lichtquellen würden häufig zu tödlichen Fallen für nachtaktive Insekten, Vögel und Fledermäuse, kritisierte der NABU. Die Modernisierung der Stadtbeleuchtung sei einer der wichtigsten Beiträge der Kommunen zum Klimaschutz. Durch intelligente Beleuchtungsplanung und -technik könnten der Energieverbrauch um 30 bis 50 Prozent gesenkt und die klammen Haushalte vieler Städte von steigenden Kosten für Strom und Wartung entlastet werden.

In der EU gibt es zurzeit keine staatlichen Regelungen gegen die auch von Astronomen kritisierte übermäßige Beleuchtung in der Nacht. Nur Slowenien hat ein Gesetz gegen Lichtverschmutzung. [jg]

► NABU, Energiereferent Elmar Große Ruse, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-1611, E-Mail: elmar.grosse-ruse@nabu.de, www.nabu.de

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Ölförderung

Nicht gerodeter Regenwald ist Niebel keinen Euro wert

■ Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) hat im September überraschend alle Zusagen zur Förderung des Yasuní-Projekts in Ecuador zurückgenommen. Im Rahmen der 2007 begonnenen Initiative will das Andenland auf die Ölförderung im Yasuní-Regenwald, einem Unesco-Biosphärenreservat, verzichten, wenn die internationale Gemeinschaft die Hälfte des Werts des ungeforderten Öls zahlt. 2008 hatten alle Parteien im Bundestag ihre Unterstützung bekundet.

Die Verhandlungen zwischen den Vereinten Nationen und Ecuador dauerten bis zum vergangenen August an. Vereinbart wurde, dass die Gelder in einen UN-Treuhandfonds fließen sollen, aus dessen Zinsen Umwelt-, Sozial-, und Bildungsmaßnahmen in Ecuador finanziert werden. Das Projekt soll außerdem durch die unterlassenen Rodungen Treibhausgase einsparen und die Lebensgrundlage mehrerer indigener Völker sichern. Der deutsche Anteil war von Niebels Vorgängerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) zugesagt worden und hätte jeweils 50 Millionen Euro über 13 Jahre hinweg betragen.

Niebel begründete die Absage damit, dass sich keine anderen Geber gefunden hätten. Die grüne Bundestagsabgeordnete Ute Koczy erklärte dagegen, Chile habe bereits seine Unterstützung zugesagt.

Ecuadors früherer Energieminister Alberto Acosta, einer der Protagonisten des Projekts, nannte den Rückzug Deutschlands einen schweren Schlag. Die europäischen Länder hätten moralische Schulden wegen der auf fossilen Rohstoffen aufbauenden Industrialisierung auf sich geladen. [lk]

► Ute Koczy MdB, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 22773150, www.ute-koczy.de
► www.wikipedia.org/wiki/Yasuni

Indigene Rechte**Keine Fortschritte trotz fortschrittlicher Regierungen**

■ Die Vereinten Nationen haben zum Tag der Indigenen Völker am 9. August ein gemischtes Resümee zur aktuellen Situation der Rechte indigener Völker gezogen. Das berichtete die Agentur NPLA. Die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Navi Pillay betonte, dass besonders die neuen Linksregierungen Lateinamerikas die Autonomierechte der Indígenas konstitutionell anerkannt hätten. Es lägen aber tiefe Abgründe zwischen den Prinzipien und ihrer Umsetzung. Indigene müssten weiterhin Diskriminierung, extreme Armut und Vertreibung erleiden.

Der US-Soziologe Immanuel Wallerstein kritisierte, anstelle reicher Staaten und internationaler Konzerne beuteten die Länder nun selbst ihre Rohstoffe aus. Der ecuadorianische Wirtschaftswissenschaftler Alberto Acosta sagte, es sei naiv, den „Extraktivismus“ fortzusetzen und zu glauben, dass dies unter einer linken Regierung keine schädlichen Folgen haben werde. **[lk]**

- ▶ www.npla.de/de/poonal/2983
- ▶ Tag der Indigenen Völker: www.kurzlink.de/unfii

KLIMA & ENERGIE

Ölförderung**EU-Kommission warnt vor Tiefseebohrung**

■ Der Ölkonzern BP hat die Tiefseebohrungen vor der Küste Libyens im Mittelmeer auf Ende des Jahres verschoben. Das Ölfeld liegt 1.700 Meter unter der Wasseroberfläche, das heißt BP will 200 Meter tiefer bohren als im Golf von Mexiko.

Die Erlaubnis Libyens habe BP bereits, sagte Shokri Ghanem, Chef der National Oil Corporation in Tripolis. Von der Katastrophe im Golf zeigte sich Ghanem unbeeindruckt: „Wenn ein Flugzeug abstürzt, stellt man ja auch nicht den Luftverkehr ab.“ Libyen verfügt in Afrika mit 43 Milliarden Barrel über die größten Ölvorräte.

EU-Energiekommissar Günther Oettinger appellierte an Libyen, das Vorhaben aufzuschieben, bis die Ursachen des Ölunfalls im Golf von Mexiko geklärt sind. Eine wirkliche Handhabe, die Bohrung zu verhindern, hat die EU allerdings nicht. Auch internationale Konventionen zur Sicherheit von Ölplattformen fehlen. **[mv]**

Geoengineering**Absage an Klimaingenieure**

■ Einer Studie von Forschern aus Großbritannien, China und Dänemark zufolge wird der Meeresspiegel bis 2100 um 30 bis 70 Zentimeter steigen, selbst wenn Geoengineering in größerem Umfang angewandt wird. Als Geoengineering werden großflächige technische Eingriffe in die geochemischen Kreisläufe bezeichnet, mit denen die Klimaerwärmung oder die Versauerung der Meere gebremst werden soll.

Die im August in der Zeitschrift PNAS veröffentlichte Studie behandelt vor allem die Effekte beim Einbringen von Schwefeldioxidpartikeln in die Atmosphäre. Das Gas soll dort die Sonneneinstrahlung reflektieren und so die Erwärmung verlangsamen. Nach Ansicht der Forscher wäre dafür jedoch eine vielfache Menge des Gases nötig, das bei Vulkanausbrüchen natürlicherweise austritt. Außerdem, so die Studie, seien mögliche Folgen und Risiken nicht erforscht. Ein weniger riskantes Geoengineeringverfahren sei die CO₂-Abscheidung in Kraftwerken. Dennoch sei eine Reduzierung der Emissionen sinnvoller, um künftigen Generationen keine weiteren Risiken aufzubürden. **[lk]**

- ▶ Studie: www.kurzlink.de/absage-geo

**Komplexe Welt, einfach erklärt**

Wie lösen wir die Probleme unserer Zeit in einer Welt, die chaotischer, überfüllter, vernetzter und veränderlicher ist als je zuvor? Mit einfachen Erläuterungen, Praxishilfe und einer Prise Humor erklärt dieses Buch, wie komplexe Systeme funktionieren, und wie wir in der Firma, der Politik oder im Engagement für eine bessere Welt zu klugen Entscheidungen kommen. So leicht war es noch nie, die Welt zu durchschauen – und zu verändern!

D. H. Meadows

Die Grenzen des Denkens

Wie wir sie mit System erkennen und überwinden können

238 Seiten, mit vielen farbigen Abbildungen, 19,90 EUR, ISBN 978-3-86581-199-8

Erhältlich bei www.oekom.de, kontakt@oekom.de

Die guten Seiten der Zukunft



Biokraftstoffe

Konsultation zu Landnutzung

■ Die EU-Kommission hat eine öffentliche Konsultation zu indirekten Landnutzungsänderungen als Auswirkung der Biokraftstoffproduktion gestartet. Es geht dabei um die Verdrängung von Anbauflächen für Lebensmittel durch die Treibstoffproduktion in ökologisch sensible Gebiete. Europäische Umweltverbände hatten die Kommission zuletzt massiv für ihren Umgang mit diesem Problem kritisiert. Ende Juni hatten die Verbände eine Studie zu den Klimaeffekten von Agrartreibstoffen veröffentlicht, der zufolge die meisten Biokraftstoffe durch Landnutzungsänderungen genauso klimaschädlich sind wie die fossilen.

Die Konsultation soll das Ausmaß des Problems weiter ergründen und Optionen für geeignete politische Maßnahmen finden. Interessenvertreter können bis zum 31. Oktober Stellung beziehen. [mv]

- ▶ Konsultation: www.kurzlink.de/konsultationkom
- ▶ Umweltstudie: www.kurzlink.de/studiebird

UN-Klimaprozess

Zähe Verhandlungen in Bonn

■ Die fünftägigen UN-Klimagespräche Anfang August in Bonn verliefen weitgehend ohne Ergebnisse. Ungeklärt blieben Fragen der Minderung von Treibhausgasen und der Ausgestaltung eines künftigen globalen Abkommens. Umweltverbände zeigten sich enttäuscht, zumal der Monat Wetterextreme mit Überschwemmungen in Pakistan, extremer Hitze und Waldbränden in Russland sowie großen Dürren und Überschwemmungen in China brachte, die nach Ansicht der Verbände verdeutlichten, wie dringlich es sei, endlich zu handeln.

Das Treffen in Bonn sollte den nächsten Klimagipfel Ende des Jahres im mexikanischen Cancún vorbereiten. Nach den Vorstellungen der neuen Chefin des UN-Klimasekretariats, Christiana Figueres, sollen in Mexiko erste Arbeitspakete in den Bereichen Waldschutz, Anpassung

an den Klimawandel, Technologietransfer an Entwicklungsländer und Finanzhilfen beschlossen werden. Die Delegationen sollen darüber hinaus ein Mandat erhalten, um 2011 in Südafrika ein Gesamtabkommen mit rechtlich bindenden Klima- und Finanzzielen für Industrieländer und verbindlichen Aktionsplänen für Schwellenländer abschließen zu können. „Dieser Zeitplan ist infrage gestellt, wenn von jetzt an nicht wesentlich konstruktiver verhandelt wird“, sagte Christoph Bals von der Organisation Germanwatch nach den Verhandlungen in Bonn.

Im Oktober findet noch ein letztes Vorbereitungstreffen im chinesischen Tianjin statt. [mv]

- ▶ Kontakt: Germanwatch, Christoph Bals, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 258986-0, E-Mail: bals@germanwatch.org, www.germanwatch.org

EU-Emissionshandel

Obergrenze für Treibhausgase

■ Die EU-Kommission hat die vorläufige Obergrenze für Treibhausgase im europäischen Emissionshandel festgesetzt. Ab 2013 dürfen rund 12.000 Industrieanlagen noch 1,927 Milliarden Tonnen CO₂ ausstoßen. Einige neue Industriezweige werden am Emissionshandel teilnehmen, darunter der Aluminiumsektor.

Die Emissionen des Flugverkehrs, die ab 2012 unter den Handel fallen, sind noch nicht erfasst. Die Kommission kündigte an, die Obergrenze 2013 endgültig festzusetzen. [mv]

Atomkraft

Engpass auch beim Uran?

■ Laut dem Jahresbericht der Euratom-Versorgungsagentur ESA übersteigt der Uranbedarf europäischer Atomkraftwerke bei weitem die jährlich produzierte Menge. Danach wurden im vergangenen Jahr 50,5 Kilotonnen abgebaut, während der Verbrauch bei 65 Kilotonnen lag. Diese Lücke

wird bislang durch den Rückgriff auf sogenannte sekundäre Vorräte geschlossen. Das sind alte Lagerbestände sowie Uran aus ausrangierten Atomwaffen. Bis zu 30 Prozent der Brennstoffe stammen derzeit aus sekundären Vorräten. Grundsätzlich sei die Versorgung der Atomkraftwerke mit Brennstoffen jedoch gesichert, erklärte die ESA. Ihr Bericht enthält erstmals auch Uran-Marktanalysen.

Daten der Internationalen Atomenergie-Organisation IAEA und der OECD-Atomkraftbehörde NEA weisen sogar auf einen noch deutlicheren Versorgungsempass hin. Danach kann der Uranbedarf selbst mit der geplanten Uranförderung bis 2030 nicht gedeckt werden. [ej]

- ▶ ESA: www.ec.europa.eu/euratom/ar/last.pdf
- ▶ IAEA/NEA: www.kurzlink.de/iaeaneastudie

Energieeffizienz

Grenzwerte für Boiler

■ Im Oktober oder November stimmen die EU-Länder über Mindeststandards für Energieeffizienz von energieverbrauchenden Produkten ab. Die Standards sind Bestandteil der Ökodesignrichtlinie. Umweltverbände fordern dringend Effizienzstandards für Durchlauferhitzer und Boiler: Hier liege fast die Hälfte des Energiesparpotenzials von Produkten, die unter die Ökodesignrichtlinie fallen.

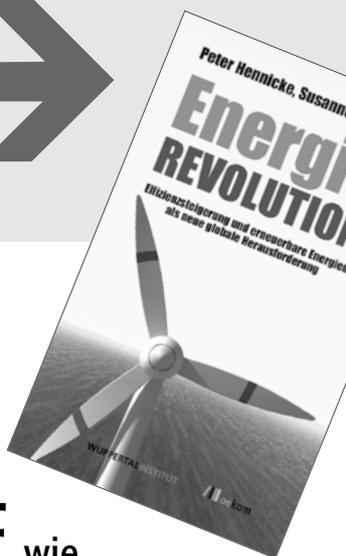
Vor Kurzem hatten die Mitgliedstaaten die zehnte Ökodesignvorschrift beschlossen. Sie legt für Ventilatoren mit elektrischem Motor verbindliche Zielgrößen für die Energieeffizienz fest. Stimmen EU-Ministerrat und Parlament zu, will die Europäische Kommission die Vorschrift schon im Oktober formell erlassen. Sie ist dann als Verordnung unmittelbar verbindlich für Hersteller und Importeure.

Seit Anfang September gilt zudem die zweite Stufe des Glühlampenverbots. Herkömmliche Glühlampen ab 75 Watt dürfen nicht mehr verkauft werden. [mbu]

- ▶ EU-Kommission zu Ökodesign: www.kurzlink.de/oeko-design

Nachhaltigkeit

A-Z



E wie Energiezukunft

Konflikte, Preisrisiken und verheerende Klimawirkungen leiten das Ende der fossilen Energieträger ein. Die Kernkraft ist dabei keine Alternative, sie verlagert nur Risiken statt sie abzubauen.

Dieses Handbuch zeigt, dass die Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer nur im globalen Zusammenspiel von Effizienztechnologien und erneuerbaren Energien die Zukunft unserer Energieversorgung sichern und Gerechtigkeit und Entwicklungschancen schaffen können.

P. Henicke, S. Bodach
Energie-Revolution
 Effizienzsteigerung und erneuerbare
 Energien als neue globale Herausforderung

221 Seiten, 19,90 EUR,
 ISBN 978-3-86581-205-6

Erhältlich bei
www.oekom.de
kontakt@oekom.de

 **oekom**
 Die guten Seiten der Zukunft

Gemeinden

Erneuerbare lassen kommunale Kassen klingeln

■ Der starke Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien spült immer mehr Geld in die Kassen der Kommunen. Das ergab eine Anfang September veröffentlichte Studie des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung und des Zentrums für Erneuerbare Energien der Universität Freiburg. Die regionale Wertschöpfung belief sich demnach für 2009 auf 6,6 Milliarden Euro. Auf Windkraft entfielen 2,1 und auf Fotovoltaik 2,4 Milliarden Euro. Biogasanlagen trugen 500 Millionen Euro zur Wertschöpfung bei. Die Gemeinden profitierten unter anderem von gestiegenen Gewerbesteuereinnahmen, von der Verpachtung von Flächen für die Ökostromerzeugung sowie von neuen Arbeitsplätzen, die Mehreinnahmen durch erhöhte Einkommenssteuerbeiträge bedeuten.

Beim Aufbau der regenerativen Energieversorgung profitieren die Kommunen laut Studie stark von der staatlichen Subventionierung. Insgesamt könne eine Kommune mit 75.000 Einwohnern etwa drei Millionen Euro pro Jahr an zusätzlicher Wertschöpfung generieren, wenn sie den Anteil erneuerbarer Energien gemäß Bundesdurchschnitt ausbaue. Wenn der Ökoenergieanteil wie von der Branche erwartet bundesweit bis 2020 auf 29 Prozent steige, bringe dies über zwölf Milliarden Euro mehr für die Kommunen. [jb]

► www.kurzlink.de/ioewstudie

EU-Energiestrategie

Mehr Geld für Netze gefordert

■ Die zuständige Berichterstatterin des Europaparlaments, Lena Kolarska-Bobińska, hat für die EU-Energiestrategie von 2011 bis 2020 massive Investitionen in die Stromnetzinfrastruktur sowie eine einheitliche Methode verlangt, um verbindliche Energieeffizienzziele zu erarbeiten. Die

polnische Christdemokratin mahnte an, ein gesamteuropäisches Energienetz anzustreben, das nicht an die Grenzen der Mitgliedstaaten gebunden ist. Außerdem forderte sie die EU-Kommission auf, Pilotprojekte für die Nutzung nichtkonventioneller Energiequellen in der EU verstärkt finanziell zu fördern. Die Kommission hatte Bedenken geäußert, Projekte könnten durch administrativen Aufwand und Finanzierungsprobleme verzögert werden. Deshalb verlangte Kolarska-Bobińska, den Mitgliedstaaten eindeutige Kriterien und Leitlinien für die Finanzierung der Energieinfrastruktur durch die öffentliche Hand und die EU vorzugeben.

Die Resolution des Parlaments ist rechtlich nicht bindend. Die Kommission entscheidet, inwieweit sie die parlamentarischen Empfehlungen berücksichtigt. Sie will ihre Vorschläge zum Energieinfrastrukturpaket im November weiterentwickeln. Im Parlament sollte der Entwurf des Berichts am 29. September (nach Redaktionsschluss) weiter diskutiert werden. [ej]

- Berichtsentwurf: www.kurzlink.de/estrat11p
- EU-Energiestrategie: www.kurzlink.de/estrat11
- Aktuelle Ergänzungen zu dieser Meldung: www.eu-koordination.de (EU-News)

Energieeffizienz

Förderstopp für Gebäudesanierung

■ Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hat im September zentrale Teile des Förderprogramms zur energetischen Sanierung von Wohnhäusern eingestellt. Betroffen sind die Bereiche Einzelmaßnahmen und Sonderförderung. Unter anderem wurde mit diesen Mitteln bisher die Erneuerung von Fenstern, Heizungen und Dächern gefördert. Als Grund für die Kürzungen nannte die KfW eine zu hohe Nachfrage nach den Fördermitteln. Vertreter von Gewerkschaften, Bauindustrie und Umweltverbänden kritisierten den Förderstopp. Die Einstellung der Förderung ist nicht die erste Kürzungsmaß-

nahme im Rahmen des KfW-Programms. Während die große Koalition dem Förderprogramm 2009 noch 2,25 Milliarden Euro zur Verfügung stellte, kürzte die schwarz-gelbe Regierung die Fördermittel 2010 auf 1,5 Milliarden. Für 2011 ist ein Budget von nur 450 Millionen Euro vorgesehen. [ej]

- ▶ KfW: www.kurzlink.de/fstopp
- ▶ IG BAU: www.igbau.de/db/v2/frameset.pl

Energiekonzept I

Szenarien zu AKW-Laufzeiten unter Lobbyismusverdacht

■ Ende August hat die Bundesregierung die Szenarien für ihr Energiekonzept veröffentlicht. Eigentlich sollten sie die Grundlage für eine technologieoffene und ideologiefreie Energiepolitik bilden. Am Ende drehte sich die Debatte jedoch nur um die Atomkraft und die Frage, wie lange die Meiler länger laufen sollen.

In neun Szenarien analysierten das Beratungsunternehmen Prognos, das Energiewirtschaftliche Institut Köln (EWI) und die Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforchung (GWS) die Auswirkungen einer Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke um vier, zwölf, 20 und 28 Jahre. Die Ergebnisse unterscheiden sich bei einer Nachrüstung der Kraftwerke kaum. Der errechnete Strompreis liegt 2050 zwischen 21,0 und 21,5 Cent je Kilowattstunde und der Anteil der erneuerbaren Energien bei 79 bis 81 Prozent. Unterschiede bestehen vor allem zum Referenzszenario. Dieses basiert allerdings auf der Annahme, dass die Bundesregierung keine zusätzlichen Maßnahmen für Klimaschutz und mehr Energieeffizienz unternimmt.

Regierungsmitglieder, Wissenschaftler und Verbände diskutierten das Gutachten kontrovers. Die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch bemängelte gravierende Fehler in den Szenarien: Die Studie gehe von sinkenden Uran- und Steinkohlepreisen aus, während viele Experten einen Anstieg erwarteten. Der Systemkonflikt zwischen den kaum regu-

Laufzeitverlängerung schafft keine Planungssicherheit

Die Energieszenarien der Bundesregierung gehen von wenig plausiblen Annahmen aus. Ernsthafte Politik für Klimaschutz und Energiesicherheit darf nicht auf veraltete Risikotechnologien setzen, sagt Jan Burck von Germanwatch

Am 6. September hat sich die schwarz-gelbe Bundesregierung darauf geeinigt, die Laufzeit der Atomkraftwerke in Deutschland um durchschnittlich zwölf Jahre zu verlängern. Damit hat sie den breiten Konsens über das Abschalten der Meiler ohne Not aufgekündigt. Die Entscheidung zeigt, wie groß der Einfluss der vier großen Energiekonzerne auf die Politik immer noch ist.

Bei Gewinnaussichten von einer Million Euro pro Tag und Kraftwerk ist zwar nachvollziehbar, dass sich die Atomkraftwerksbetreiber eine Laufzeitverlängerung wünschen – wahrscheinlich sogar wünschen müssen, um ihre Aktionäre zufriedenzustellen. Allerdings gibt es aus der Sicht der VerbraucherInnen, der Energiesicherheit, des Umwelt- und Klimaschutzes und auch der Volkswirtschaft keinen vernünftigen Grund, sich diesen Wünschen zu beugen und an einer veralteten, risikoreichen Technologie festzuhalten.

Die Bundesregierung hatte ein Energiegutachten in Auftrag gegeben, das die wissenschaftliche Grundlage für ein zukünftiges Energiekonzept liefern sollte. Für das Gutachten wurden vier Niedrigenergieszenarien mit vier, zwölf, 20 und 28 Jahren Laufzeitverlängerung durchgerechnet, die einem sogenannten Referenzszenario (mit Atomausstieg) gegenübergestellt wurden.

Eine Analyse des Papiers zeigt jedoch, dass die Verlängerungsszenarien für die Nutzung der Atomkraft nicht fair mit dem Ausstiegsszenario verglichen wurden. Stattdessen haben politische Vorgaben für die Szenarien das Ergebnis maßgeblich bestimmt. Wenig plausible Annahmen sind vor allem eine niedrigere Energieeffizienz und ein geringer CO₂-Preis für den Fall eines planmäßigen Atomausstiegs. Auch die Grundannahme, dass die Uran- und Steinkohlepreise im Jahr 2050 niedriger liegen sollen als heute, ist wenig wahrscheinlich. Und warum im Falle einer Laufzeitverlängerung die erneuerbaren Energien schneller ausgebaut werden sollten, ist komplett unlogisch. Ein fairer Vergleich zwischen Ausstieg und Laufzeitverlängerung sieht

anders aus. Wenn die Bundesregierung glaubwürdig bleiben will, müsste sie ein den Laufzeitverlängerungsszenarien vergleichbares Szenario auf Grundlage des derzeit geltenden Atomausstiegs rechnen lassen.

Aber selbst mit den Pro-Atomkraft-Vorgaben zeigen die Ergebnisse der Szenarien, dass eine Laufzeitverlängerung für die BürgerInnen keinen und für die Industrie kaum einen Vorteil bringt: Die Strompreise blieben bei allen Szenarien von der Laufzeit der Atomkraftwerke so gut wie unberührt, die Arbeitsplatzeffekte unterscheiden sich nicht signifikant und auch an den volkswirtschaftlichen Vorteilen von Klimaschutzpolitik ändert eine Laufzeitverlängerung nichts.

Kaum eine Industrie in Deutschland ist so sehr auf Planungssicherheit angewiesen wie die Energieindustrie. Die Entscheidung der Bundesregierung für eine Laufzeitverlängerung von etwa zwölf Jahren bringt aber keine Planungs- und Investitionssicherheit für die deutsche Energiewirtschaft: Erstens scheint gewiss zu sein, dass es zu Klagen gegen die Verlängerung vor dem Bundesverfassungsgericht kommen wird. Zweitens ist es sehr wahrscheinlich, dass eine neue Mehrheit im Bund diese Entscheidung wieder rückgängig machen würde. Drittens könnte die ungeklärte Frage der Endlagerung eine Laufzeitverlängerung letztlich zunichte machen. Und viertens würde ein weiterer ernsthafter Atomunfall auf diesem Planeten fast unweigerlich zu einer erneuten Kursänderung führen. Planungs- und Investitionssicherheit sieht anders aus.

Jan Burck ist Klima- und Energieexperte bei der Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch in Bonn.

Kontakt:

Tel. +49 (0)228 / 60492-21, Fax -19,
E-Mail: burck@germanwatch.org,
www.germanwatch.org

Analysen: www.germanwatch.org/klima/nes

Vom Ende eines Mythos

Marode Atomlager, störungsanfällige Kernkraftwerke, AKW-Laufzeitverlängerungen durch die neue Bundesregierung, Lobpreisungen der Atomlobbyisten: Die Debatte um die Nutzung der Atomkraft ist aktueller denn je. Der Band »Mythen der Atomkraft« liefert das überfällige, atomkritische Know-how zur Debatte, zeigt Alternativen und entlarvt die Kernkraft als das, was sie ist: eine unverantwortliche und teure Risikotechnologie.

G. Rosenkranz

Mythen der Atomkraft

Wie uns die Energielobby
hinters Licht führt

quergedacht Band 1
109 Seiten, 8,95 EUR
ISBN 978-3-86581-198-1



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de



lieblichen Atomkraftwerken und den stark fluktuierenden erneuerbaren Energien sei ausgeklammert worden (siehe Kommentar S. 15). Eine interne Analyse des Bundesumweltministeriums kritisierte ferner, dass die Nachrüstkosten zu niedrig angesetzt und der volkswirtschaftliche Nutzen einer ambitionierten Klimapolitik nicht berücksichtigt worden seien.

Kritik erntete das Gutachten auch wegen der Wahl der beauftragten Institute. Das EWI wurde über fünf Jahre mit insgesamt rund acht Millionen Euro von den Energiekonzernen RWE und Eon finanziert. [5]

► www.bmu.de/energieszenarien

Energiekonzept II

Atomausstieg in weiter Ferne

■ Die Stromkonzerne Eon, RWE, EnBW und Vattenfall haben Mitte September bei der Einigung der Bundesregierung auf das Energiekonzept einen entscheidenden Sieg errungen. Die AKW-Laufzeiten sollen um acht bis 14 Jahre verlängert werden. Je nach Produktion und Strommengenübertrag können die Meiler damit bis 2040 oder sogar 2050 laufen. Laut Berechnungen des Öko-Instituts kann die Atombranche dadurch mit Zusatzgewinnen zwischen 58 und 94 Milliarden Euro rechnen.

Als Gegenleistung sollen die Konzerne eine Brennelementesteuer zahlen, die von 2011 bis 2016 jährlich 2,3 Milliarden Euro für den Bundeshaushalt bringen soll. Der Ausbau von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz wird mit einer Sonderabgabe von neun Euro pro erzeugter Megawattstunde Atomstrom gefördert. Insgesamt sollen dadurch 1,4 Milliarden Euro in einen Ökostromfonds fließen.

Die sicherheitstechnischen Anforderungen der Kraftwerke sollen verbessert werden, allerdings will die Bundesregierung ältere Meiler nun doch nicht mehr gegen Flugzeugabstürze schützen. Die Regelungen zu Laufzeiten und Sicherheitsanforderungen will das Kabinett am 28. September (nach Redaktionsschluss)

beschließen. Ein Atomvertrag regelt die Absprachen mit den Konzernen und begrenzt die Höhe der Nachrüstkosten und der Atomsteuer für den Fall eines Regierungswechsels.

Ferner will die Bundesregierung Offshorewindparks in der Nordsee, die CO₂-Abscheidung und -Speicherung sowie intelligente Stromnetze fördern und einen Energieeffizienzfonds einrichten. Der Ausbau erneuerbarer Energien erfolgt jedoch gebremst: Sie sollen bis 2020 einen Anteil von 18 Prozent erreichen, obwohl im Nationalen Aktionsplan noch 19,3 Prozent angekündigt waren.

Protest kam von den Stadtwerken, die sich durch die Laufzeitverlängerung in ihrer Existenz bedroht sehen. Geplante Investitionen in erneuerbare Energien würden unrentabel. Die Marktmacht der Energieriesen werde gestärkt, obwohl sie schon jetzt 80 Prozent des Marktes beherrschten. Die kommunalen Versorger fordern Ausgleichszahlungen und prüfen eine Schadenersatzklage. Auch die Kommunen selbst verlieren Geld, da die Konzerne ihre Abgaben auf die Körperschafts- und Gewerbesteuer anrechnen können. Nach einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen lehnen zwei Drittel der Bevölkerung das Atompaket ab. [5]

► Energiekonzept: www.kurzlink.de/ekon

► Atomvertrag: www.kurzlink.de/avert

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

EU-Lebensmittelsicherheit

Gefragtes Schnellwarnsystem

■ Über das EU-Schnellwarnsystem für Lebens- und Futtermittel (Rapid Alert System for Food and Feed, RASFF) sind im vergangenen Jahr so viele Meldungen eingegangen wie nie zuvor. Allerdings waren keine Fälle mit besonders hohem Risiko darunter. Dennoch wollte Gesundheitskommissar John Dalli keine Entwarnung geben. Über das RASFF-System können

EU-Mitgliedstaaten und Kommission schnell und wirksam Informationen austauschen, wenn ein Gesundheitsrisiko für die Bevölkerung festgestellt wird.

Alle RASFF-Mitglieder garantieren rund um die Uhr, dass dringende Meldungen sofort verschickt, empfangen und umgesetzt werden können. Neben den 27 EU-Staaten gehören dazu auch Norwegen, die Schweiz und Island sowie die EU-Lebensmittelbehörde EFSA. [mbu]

► www.ec.europa.eu/rasff

Getränkpfand

Einweg im Mehrweglook

■ Die Deutsche Umwelthilfe (DUH), die Stiftung Initiative Mehrweg (SIM), der Verband mittelständischer Privatbrauereien sowie der Bundesverband des Deutschen Getränkfachgroßhandels haben im September die Bundesregierung aufgefordert, endlich eine klar unterscheidbare Kennzeichnung von Einweg- und Mehrwegflaschen gesetzlich zu regeln. Im Koalitionsvertrag habe sich das Kabinett zum Schutz des deutschen Mehrwegs bei Getränken bekannt. Allerdings sei seitdem kaum etwas geschehen, um die Mehrwegquote zu fördern.

Laut einer Emnid-Untersuchung kann fast die Hälfte der deutschen VerbraucherInnen Einweg- und Mehrwegflaschen nicht unterscheiden: Wegen des Pfandes glauben 49 Prozent, dass sie Mehrweg kaufen. Eine verbraucherfreundliche Kennzeichnung soll aus Sicht von DUH, SIM und dem Getränkeverband ein gesetzlich vorgeschriebenes Logo für Einwegflaschen beinhalten. Darauf sollten deutlich „Einweg“ sowie der Pfandbetrag zu lesen sein. Zudem fordern die Mehrwegbefürworter, alkoholfreie Getränke in Einwegverpackungen um 20 Cent zu verteuern. Dadurch soll der Kauf von pfandfreien Getränken unattraktiver werden. [mbu]

► DUH, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 258986-0, Fax -19, E-Mail: berlin@duh.de, www.duh.de
 ► www.stiftung-mehrweg.de

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

Nahrungsmittelerzeugung

EU-Parlament für Fairness in der Lebensmittelkette

■ Das Europäische Parlament hat sich für faire Einkommen von Landwirten und Maßnahmen gegen weitere Konzentrationsprozesse in der Nahrungsmittelkette ausgesprochen. Das Verhältnis zwischen den Marktteilnehmern im Agrar- und Ernährungsbereich müsse auf eine neue Grundlage gestellt werden, heißt es in einer Entschließung vom September.

Die Abgeordneten verlangen mehr Regulierung, die einen fairen Wettbewerb, gerechtere Einkommen für Landwirte und Preistransparenz für Verbraucher gewährleisten soll. Berichterstatter José Bové von den französischen Grünen forderte die EU-Kommission auf, etwas gegen den Missbrauch marktbeherrschender Stellungen in der Nahrungsmittelkette zu tun.

Bové zufolge funktioniert die europäische Nahrungsmittelkette nicht. Obwohl die Erzeugerpreise für die Landwirte ständig sanken, seien die Verbraucher mit gleichbleibenden oder steigenden Lebensmittelpreisen konfrontiert. Die Folgen von Machtmissbrauch in der Lebensmittelkette zeigten sich deutlich in den jüngsten Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel wie Weizen, die in den ärmsten Ländern der Welt Hunger und Unruhen verursachten.

Die Parlamentarier sehen nun die Kommission in der Pflicht. Diese müsse vor allem gegen Dumping, also Verkäufe unter dem Einstandspreis, vorgehen. Dafür müsse eine Beobachtungsstelle für Lebensmittelpreise im Verlauf der Lebensmittelkette eingerichtet werden. Schließlich solle eine Welt-Rohstoff-Regulierungsbehörde geschaffen werden, um die Spekulation mit Nahrungsmitteln zu beenden. [mbu]

► Entschließung: www.kurzlink.de/ep-2010-0302
 ► Europäisches Parlament, José Bové MdEP, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 284-5352, Fax-9352, E-Mail: jose.bove@europarl.europa.eu

Bienensterben

Millionenspritze aus Brüssel soll Bienen retten

■ Wegen des dramatischen Bienensterbens in Europa hat die Europäische Kommission die finanziellen Mittel für den Bienenzuchtsektor aufgestockt. Für die kommenden drei Jahre stellt die Kommission jeweils 32 Millionen Euro bereit. Das ist fast ein Viertel mehr als von 2008 bis 2010. Das Geld soll unter anderem zur Bekämpfung der gefährlichen Varroa-Milbe und für die Forschung zum Bienenschutz eingesetzt werden.

Deutschland soll jährlich etwa 1,5 Millionen Euro aus Brüssel erhalten und noch einmal so viel aus eigenen Mitteln beisteuern. Zurzeit leben in Deutschland rund 700.000 Bienenvölker. Im August hatten der Umweltverband BUND und der Deutsche Berufs- und Erwerbsimkerbund (DBIB) strengere Zulassungsprüfungen für Pestizide gefordert. Vor der Genehmigung müsse eindeutig nachgewiesen werden, dass Bienen das Pestizid vertragen.

Besonders die bienengefährdende Grundchemikalie Neonicotinoid, die in der von der Bayer AG produzierten Substanz Clothianidin verwendet wird, steht im Verdacht das Bienensterben zu verursachen. Vor zwei Jahren sollen vor allem in Süddeutschland durch Clothianidin etwa 20.000 Bienenvölker getötet oder schwer geschädigt worden sein. Trotzdem wird das Pestizid weiterhin in der Landwirtschaft beim Raps-, Mais-, Gemüse- und Getreideanbau großflächig eingesetzt. Die 2008 verordneten Maßnahmen zur Begrenzung der Gefährlichkeit von Schädlingsbekämpfungsmitteln brachten laut DBIB nicht das gewünschte Ergebnis für die Bienen.

Weil Bienen bei der Pflanzenbestäubung unverzichtbar sind, stellt ihr Verschwinden eine Bedrohung für die biologische Vielfalt und die Ernährungssicherheit dar. [jb, mbu]

► EU-Kommission: www.europa.eu/rapid (Reference: IP/10/1121)
 ► Hintergrundpapier von BUND und DBIB www.kurzlink.de/bienensterben-pdf

Genkartoffeln**Verbotene Saat in Schweden**

■ Anfang September ist auf einem Feld in Schweden eine nicht zugelassene gentechnisch veränderte Kartoffel entdeckt worden. Der verantwortliche Konzern BASF erklärte, dass wahrscheinlich ein menschlicher Fehler die Ursache der Verunreinigung eines Amflora-Feldes mit der Kartoffelsorte Amadea sei. Nur die Genkartoffel Amflora ist in der EU zugelassen. Die EU-Kommission teilte mit, sie wolle von Experten der EU und der Mitgliedstaaten klären lassen, wie die Anpflanzung der illegalen Sorte möglich war. Danach werde sie über Konsequenzen entscheiden. BASF habe mehrere offene Fragen noch nicht beantwortet.

Gentechnikkritiker unterstellen dem Chemiekonzern, dass ihm die Verunreinigung gelegen kommt, um den Zulassungsprozess für Amadea zu beschleunigen.

Mecklenburg-Vorpommerns Umweltminister Till Backhaus stoppte die Nutzung der dort geernteten Amflora-Kartoffeln, solange der Vorfall in Schweden nicht geklärt ist.

Amadea und Amflora sind an Amylopektin reiche Stärkekartoffeln. Anders als Amflora soll Amadea aber auch für den Nahrungsmittelbereich geprüft werden, der einen größeren Marktanteil als der industrielle Bereich hat. [mbu]

- ▶ www.keine-gentechnik.de (Dossiers – Gentechnik-Kartoffeln)
- ▶ BASF: www.amflora.de

Agrogentechnikforschung**Nachrichten gebündelt**

■ Über die neuesten wissenschaftlichen Entwicklungen in der Agrogentechnik informiert das Münchner Wissenschaftsbüro EpiGen auf einer neuen Internetseite und in einem zweimonatlichen Newsletter. Das Büro bietet auch Vorträge, Recherchen und die Erarbeitung von Studien an. [mbu]

- ▶ www.epi-gen.de

Agrogentechnikforschung II**Gentechnik überträgt sich auf tierische Produkte**

■ Genabschnitte aus gentechnisch veränderten Pflanzen finden sich immer häufiger in tierischen Produkten wieder. So wurden in Ziegenmilch Bestandteile von gentechnisch veränderter Soja gefunden, berichtete der Verein Testbiotech im August. Die manipulierten Gene stammen von Gentechnikpflanzen, die an die Tiere verfüttert wurden. Für die Herstellung der meisten konventionellen tierischen Produkte wird vor allem genveränderte Soja verwendet. Weil sich diese Produkte angeblich nicht von gentechnikfrei hergestellten Produkten unterscheiden, wurde bisher auf die Kennzeichnung von tierischen Produkten verzichtet.

In Deutschland setzen sich immer mehr Hersteller für Produkte ein, die ohne Gentechnikpflanzen produziert werden. Durch Kennzeichnung mit dem Ohne-Gentechnik-Siegel wollen sie den Verbraucherwünschen entgegenkommen, die Gentechnik in Lebensmitteln überwiegend ablehnen. Für Biolebensmittel darf ohnehin keine Gentechnik eingesetzt werden. [mbu]

- ▶ www.testbiotech.org

Widerstand gegen Gentechnik**Ziviler Ungehorsam für ein gentechnikfreies Europa**

■ Kritiker der Agrogentechnik aus Deutschland, Großbritannien und Frankreich haben Ende August die Europäische Feldbefreiungsbewegung (EFLM) gegründet. Ihr Ziel ist ein gentechnikfreies Europa. „Nachdem EU-Kommissar Dalli die Entscheidung über den Anbau von Genpflanzen auf die Mitgliedstaaten verlagern will, haben wir uns zusammengeschlossen, um europaweit gegen den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen vorzugehen“, sagte die französische Feldbefreierin von den Faucheurs Volontaires

d'OGM Francisca Soler bei der Auftaktveranstaltung in der Nähe des Amflora-Ackers im mecklenburgischen Zepkow.

Da die EU-Kommission und die europäischen Zulassungsbehörden dabei versagt hätten, die Bürger, die europaweit Gentechnik ablehnten, vor der Agrogentechnik zu schützen, werde die EFLM jetzt zum letzten Mittel der Demokratie greifen und Aktionen des zivilen Ungehorsams organisieren. Die Feldbefreier fordern ein sofortiges Anbau- und Importverbot für Genpflanzen in Europa, weil sie die Risiken für Umwelt und Gesundheit für viel zu groß halten. Der jüngste Skandal um die illegale Genkartoffel Amadea (siehe Beitrag auf dieser Seite) gibt den Kritikern recht. [mbu]

- ▶ EFLM, Jochen Fritz, Tel. +49 (0)171 / 8229719, www.field-liberation.com

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Life+-Programm**Förderzusage aus Brüssel**

■ Mehr als 200 Projekte, die eine Förderung über das Programm Life+ beantragt hatten, erhielten von der EU-Kommission im August dafür grünes Licht. Insgesamt stehen fast 250 Millionen Euro für die Bereiche Naturschutz, Umweltpolitik sowie Information und Kommunikation zur Verfügung. Kofinanziert werden sie von den Antragstellern aus den Mitgliedstaaten – öffentliche Institutionen, Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen.

In Deutschland erhalten neun Projekte zusammen 30 Millionen Euro. Profitieren werden das Neckargebiet, die Rheinauen bei Karlsruhe und Rastatt, der Nationalpark Eifel und eine Kampagne für umweltfreundliche Klimaanlageanlagen. Life+ unterstützt auch die Wiederansiedlung des Maifisches im Rhein, Hang- und Hochmoore in Rheinland-Pfalz sowie Bergmähwiesen im Sauerland. [mbu]

- ▶ www.ec.europa.eu/environment/life

Natura 2000

Rohstoffgewinnung möglich

■ Die EU-Kommission hat im Juli einen Leitfaden zur Vereinbarkeit von Rohstoffgewinnung und Natura 2000, dem europaweiten Netz von Schutzgebieten, veröffentlicht. Darin stellt sie fest, dass der Abbau von Rohstoffen, die nicht zur Energiegewinnung genutzt werden, nicht automatisch im Widerspruch zu den Natura-2000-Gebieten zugrunde liegenden Fauna-Flora-Habitat- und Vogelschutzrichtlinien steht. [jb]

► www.kurzlink.de/natura2000-rohstoffe

Ostdeutschland

20 Jahre Nationalparke

■ Das Nationalparkprogramm in Ostdeutschland ist im September 20 Jahre alt geworden. Mit dem Programm wurden in den neuen Bundesländern insgesamt fünf Nationalparke, sechs Biosphärenreservate und drei Naturparke unter Schutz gestellt und in den Einigungsvertrag aufgenommen. Sie gehören heute zur Dachmarke „Nationale Naturlandschaften“. [bv]

► www.bmu.de/naturschutz

Alpen

Verwundbare Ökosysteme

■ Klimawandel, intensive Landwirtschaft, Infrastrukturausbau und Entwaldung setzen der Bergwelt besonders zu. Das hat die Europäische Umweltagentur EEA in einer Studie zu alpinen Ökosystemen herausgearbeitet. „Reiche Biodiversität, aber immer verwundbarer“ – so das Fazit der EEA. Dabei seien die alpinen Ökosysteme von hoher Bedeutung für die Regulierung von klimatischen Zyklen und dem Wasserhaushalt. Dennoch nähmen die Bedrohungen immer weiter zu.

Wegen der großen Höhen-, Temperatur- und Niederschlagsunterschiede sei die

alpine Artenvielfalt besonders reichhaltig, so die Studie. Auch die landwirtschaftlichen Zonen würden extensiver genutzt und seien artenreich. Jegliche Änderung der Wirtschaftsform gefährdete aber diesen Reichtum. Die Klimaerwärmung sei für die alpinen Arten besonders schwer zu ertragen, schon weil es kaum Ausweichmöglichkeiten gebe. Deshalb könnte beispielsweise die Hälfte aller Pflanzenarten bis 2100 ausgestorben sein, warnt die EEA. Die Studie ist Teil der EEA-Kampagne im Internationalen Jahr der Biodiversität. [jg]

► www.kurzlink.de/eea-study-alpes

EU-Biodiversitätsstrategie

Konsultation

■ Bis zum 22. Oktober können Interessenvertreter noch ihre Meinung zum neuen EU-Konzept zum Erhalt der biologischen Vielfalt äußern. Die Konsultation soll Vorschläge zu politischen Handlungsoptionen für die EU-Strategie zur Bewahrung der Biodiversität nach 2010 bündeln. Die Umfrage konzentriert sich auf die Bereiche, in denen die geltenden EU-Vorschriften als unzureichend angesehen werden oder eine Verschärfung für erforderlich gehalten wird. [jb, bv]

► www.kurzlink.de/consultationbidi2020

► www.kurzlink.de/eu-bidi-actionplan

Waldvermessung

Weltkarte mit Satellitendaten

■ Zusammen mit anderen Forschern hat Michael Lefsky von der Colorado State University Satellitendaten der NASA zur Erfassung der Bodenbedeckung zusammengetragen und ausgewertet. So entstand eine bisher einzigartige Weltkarte, die Aufschluss über die Höhe und Ausdehnung der weltweiten Bewaldung gibt. Die größten Bäume sind demnach im Nordwesten Amerikas und in Südostasien zu finden. Die Erkenntnisse nutzen Wissenschaft-

ler zur Berechnung, wie viel CO₂ in den Wäldern gespeichert ist und wie schnell dieses wieder in die Atmosphäre gelangt. Außerdem können die Daten für die Modellentwicklung zur Ausbreitung von Bränden genutzt werden oder Biologen dabei helfen, die Eignung von Baumarten für bestimmte Wälder zu untersuchen. [jb]

► www.kurzlink.de/michael-lefsky

► www.kurzlink.de/nasa-waldkarte

Unesco-Welterbe

Deutsche Buchenwälder in der Überprüfung

■ Die Weltnaturschutzunion IUCN überprüft seit September fünf als Unesco-Weltnaturerbe nominierte Buchenwälder in Deutschland. Im Januar hat Deutschland die Aufnahme von fünf der wertvollsten Relikte großflächiger naturnaher Buchenwälder in die Welterbeliste beantragt. Sie liegen im Nationalpark Jasmund, im Müritznationalpark (beide Mecklenburg-Vorpommern), im Unesco-Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin (Brandenburg), im Nationalpark Hainich (Thüringen) und im Nationalpark Kellerwald-Edersee (Hessen). Über die Aufnahme der deutschen Buchenwälder in die Welterbeliste will das Unesco-Komitee im Sommer 2011 auf Basis der IUCN-Empfehlung entscheiden. [bv]

► www.bmu.de/pm/46410

► www.weltnaturerbe-buchenwaelder.de

Grünland

Wiesenrenaturierung nicht aus der Tüte machbar

■ Die EU-Kommission hat Mitte Juli eine Studie zur Wiederherstellung von europäischen Graslandschaften veröffentlicht. Sie ergab, dass kommerzielle Saatgutmischungen eine geringere Bandbreite an Pflanzen-

arten hervorbringen als dort auf den Wiesen normalerweise zu finden wären. Um diesem Trend wirksam entgegenzutreten, wurden in der Untersuchung neue, erfolgversprechende Methoden zur artenreichen Wiederherstellung von Wiesen ermittelt. Die Samen dafür sollten in Gebieten abgestreift, -geharkt oder -gesaugt werden, die dem Ausbringungsort klimatisch und geografisch ähnlich sind. Außerdem könne frisches Heu direkt auf der zu renaturierenden Fläche aufgetragen oder die Samen von Scheunenböden gewonnen werden. Ausschlaggebend für den Erfolg der Renaturierungsmaßnahmen ist laut der Studie allerdings auch die Beschaffenheit des Erdbodens. Um eine nachhaltige Renaturierung der Wiesen zu sichern, sei ein langfristiges Management vonnöten. Eine ideale Lösung stellten Kooperationen mit Landwirten dar, die die neu geschaffenen Graslandschaften als Weideland oder zur Heuproduktion nutzen könnten. [jb]

► www.kurzlink.de/grasland

Vogelschutz

Kirchen bieten Nistplätze

■ Der NABU hat im Rahmen seiner Aktion „Lebensraum Kirchturm“ bundesweit rund 400 Kirchen für besonderes Artenschutzengagement ausgezeichnet. Sie bieten vor allem Schleiereulen und Turmfalken Nistplätze. Bei Kirchturmsanierungen werden häufig Einfluglöcher und Brutnischen verschlossen, um Tauben fernzuhalten. Dabei werden den anderen Vogelarten wichtige Bruträume genommen. Die Initiative macht darauf aufmerksam, dass man mit geringem Aufwand Artenschutzmaßnahmen durchführen kann, und informiert über naturschutzfreundliche Sanierungen. Seit drei Jahren führen der NABU und der Beratungsausschuss für das Deutsche Glockenwesen die Aktion durch. Eine Fortsetzung ist geplant. [zt]

► NABU, Julia Degmair, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2849841579, E-Mail: julia.degmair@nabu.de, www.kurzlink.de/lebensraum-kirchturm

STADT & REGION

Biodiversität in Kommunen

Neuer Teilbericht zum „Stern-Report der Biodiversität“

■ Lokale Behörden können Geld sparen, die Wirtschaft fördern, die Natur schützen und die Lebensqualität fördern, wenn sie Ökosystemdienstleistungen in politische Entscheidungsprozesse einbeziehen. Das ist das Ergebnis eines im August veröffentlichten Teilberichts der sogenannten TEEB-Studie. TEEB steht für „The Economics of Ecosystems and Biodiversity“ – die großangelegte Studie soll die wirtschaftliche Bedeutung von Biodiversität herausstellen, ähnlich wie dies der Stern-Report 2006 für den Klimawandel getan hat.

Der für kommunale und regionale Entscheidungsträger bestimmte Teilbericht zeigt, wie der Wert und die Dienstleistungen von Naturkapital, wie Wälder, Parks und Wasserwege, besser verstanden und in die Kommunalpolitik einbezogen werden kann. Nichthandeln, so der Report, könne eine Kommune teuer zu stehen kommen.

Über 140 ExpertInnen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik aus mehr als 40 Ländern waren an der Erstellung des TEEB-Kommunalreports beteiligt. Er enthält Fallstudien und Kernfragen, die Entscheidungsträger beachten müssen, damit die von der Natur geleistete Wertschöpfung erhalten werden und den BürgerInnen zugute kommen kann.

Städte und Kommunen sind wichtige Akteure beim Biodiversitätsschutz, schon weil die Verstädterung weltweit kontinuierlich voranschreitet. Etwa zwei Drittel der Weltbevölkerung werden in 20 Jahren in urbanen Gebieten wohnen. Städte bedecken nur zwei Prozent der Erdoberfläche, verbrauchen aber drei Viertel der natürlichen Ressourcen und produzieren einen ebenso hohen Anteil der Abfälle.

Der NABU betonte anlässlich der Veröffentlichung die Bedeutung der kommunalen Umweltpolitik für den Schutz von Lebensräumen und Arten. Aus dem

Bericht werde deutlich, dass eine intakte Natur eine zentrale Rolle für den ökonomischen Wert von Kommunen spiele, unter anderem durch „Gratis-Dienstleistungen“ wie saubere Luft und Wasser oder als Erholungsraum. Der NABU plädiert dafür, Naturschutz und Ökosystemdienstleistungen als Leistungen der ländlichen Räume stärker hervorzuheben und in den kommunalen Finanzausgleich aufzunehmen.

Die TEEB-Studie wurde auf Vorschlag der G8-Umweltminister im Jahr 2007 initiiert (umwelt aktuell 07.2008, S. 7). Der erste Teilbericht richtete sich an Entscheidungsträger auf der Ebene der Staaten und wurde im November 2009 veröffentlicht, im Juli 2010 folgte ein weiterer für die Wirtschaft (umwelt aktuell 12.2009, S. 19; 08.2010, S. 28). Eine letzte noch ausstehende Teilstudie richtet sich an die Zivilgesellschaft.

Der TEEB-Abschlussbericht soll bei der zehnten Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt im Oktober 2010 im japanischen Nagoya vorgestellt werden. [jg]

► TEEB-Berichte: www.teebweb.org

► Deutschsprachige TEEB-Seiten: www.ufz.de/teeb

► NABU, Artenschutzreferent Magnus Wessel, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-1618, www.nabu.de

Olympiabewerbung München

DNR lehnt Winterspiele in Bayerischen Alpen ab

■ Der Deutsche Naturschutzring (DNR) ist aus der Fachkommission Umwelt der Bewerbungsgesellschaft München +2 für die Olympischen Winterspiele 2018 ausgeschieden. Hartmut Vogtmann, Vizepräsident und Delegationsleiter des DNR, erklärte, der Dachverband halte nach sorgfältiger Prüfung und ausführlichen Gesprächen die Durchführung der Spiele in Garmisch-Partenkirchen mit seinen engen Gebirgstälern und ökologisch bedeutsamen Flächen für nicht verantwortbar.

Mit dem Ausstieg verringern sich nach Ansicht von Beobachtern die Chancen von München als einem von drei Kandidaten

Liebe AbonentInnen von *umwelt aktuell*, liebe Leserinnen und Leser!

Seit Herbst 2007 hält Sie der Informationsdienst *umwelt aktuell* mit den wichtigsten Nachrichten zu Umweltpolitik, Naturschutz und Nachhaltigkeit auf dem Laufenden.

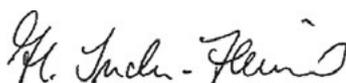
Damit Ihnen *umwelt aktuell* noch besser helfen kann, den Überblick im Dickicht der Neuigkeiten zu behalten, möchten wir von Ihnen wissen, was Ihnen am Infodienst für deutsche und europäische Umweltpolitik gefällt – und was nicht.

Wir bitten Sie deshalb um ein bisschen Zeit für unsere **Leserumfrage**: Bitte füllen Sie den beiliegenden Fragebogen (Vorder- und Rückseite) aus und schicken Sie ihn uns bis zum 15.11.2010 per Post oder per Fax.

Für Ihre Mithilfe bedanken wir uns mit **10 attraktiven Preisen**, die wir unter den Rücksendungen verlosen.

Bitte sagen Sie uns Ihre Meinung, damit wir Ihren Umwelt-Informationsdienst optimieren können! Herzlichen Dank im Voraus!

Es grüßen Sie freundlich



Helga Inden-Heinrich
für die Redaktion und den Herausgeber
Deutscher Naturschutzring



Jacob Radloff, Verleger
oekom verlag



1. Preis

Ein Gutschein für Bücher
Ihrer Wahl aus dem Programm
des oekom verlags im Wert
von 100 Euro.



2. Preis

Ein Gutschein für Bücher Ihrer Wahl aus dem Programm des oekom verlags im Wert von 75 Euro

3. bis 5. Preis

Das Paket »Riskante Großtechnologien« mit dem Topseller *Next Bang!* von Pat Mooney sowie den Ausgaben »Geo-Engineering« und »Converging Technologies« der Zeitschriften *politische ökologie* und *Ökologisches Wirtschaften*



6. bis 10. Preis

Ein Jahresabonnement der Zeitschrift *Nationalpark*

Wir bedanken uns vielmals für Ihre Mithilfe!

Bitte schicken Sie uns den ausgefüllten Fragebogen per Post oder per Fax an +49/(0)89/54 41 84-49

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen, eine Auszahlung der Preise ist nicht möglich.

Wichtig: Wenn Sie an der Verlosung teilnehmen möchten, füllen Sie bitte das unten stehende Adressfeld aus. Ihre Angaben behandeln wir selbstverständlich mit der notwendigen Diskretion; Ihre Daten werden nicht an Dritte weitergegeben oder zu Werbezwecken genutzt. Falls Sie dies wünschen, trennen wir Ihre persönlichen Daten sofort bei Ankunft vom Fragebogen (bitte ankreuzen). Wir würden uns freuen, wenn Sie uns für eine eventuelle telefonische Nachfrage zur Verfügung stünden – bitte kreuzen Sie das entsprechende Feld an.

oekom verlag GmbH
umwelt aktuell
Waltherstraße 29
80337 München

Absender

Name _____

Vorname _____

Firma _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Fon/Fax _____

Datum, Unterschrift _____

- Ich bitte um sofortige Trennung von Absender und Fragebogen.
- Ich stehe Ihnen für eventuelle Nachfragen zur Verfügung.

Bitte Zutreffendes ankreuzen

1. Wie bzw. durch wen sind Sie auf *umwelt aktuell* aufmerksam geworden? _____

2. Lesen Sie noch andere umweltpolitische oder Nachhaltigkeits-Medien (gedruckt oder online)?
 nein
 ja, und zwar _____

3. In welchem Kontext nutzen Sie *umwelt aktuell*? (Mehrfachnennung möglich)

beruflich als: _____

ehrenamtlich als: _____

privat

in anderem Kontext als: _____

4. Wie beurteilen Sie das Erscheinungsbild von *umwelt aktuell* bezüglich

	(sehr gut)	1	2	3	4	5 (mangelhaft)
Layout, grafische Gestaltung	<input type="checkbox"/>					
Sprache und Verständlichkeit der Texte	<input type="checkbox"/>					

5. Welcher Artikel, welches Thema hat Ihnen zuletzt gut gefallen und warum? _____

6. Welcher Artikel, welches Thema hat Ihnen zuletzt nicht gut gefallen und warum? _____

7. Welche Themen fehlen Ihnen? _____
 Welche interessieren Sie? _____

8. Wie wichtig sind Ihnen die folgenden Hefteile? Wie zufrieden sind Sie mit diesen?

	(sehr wichtig)	1	2	3	4	5	(sehr zufrieden)	1	2	3	4	5
Themen des Monats	<input type="checkbox"/>											
Interview	<input type="checkbox"/>											
Aktuell	<input type="checkbox"/>											
Spezial (zweimal jährlich)	<input type="checkbox"/>											
Verbände	<input type="checkbox"/>											
Rezensionen	<input type="checkbox"/>											
Internet	<input type="checkbox"/>											
Neu erschienen	<input type="checkbox"/>											
Termine	<input type="checkbox"/>											
ökopädNEWS	<input type="checkbox"/>											
Themenheft (Beileger)	<input type="checkbox"/>											

Wenn Sie mit einem Hefteile nicht zufrieden sind, warum? _____

9. Wie beurteilen Sie den Umfang der einzelnen Texte im Heftteil ...

Themen des Monats	<input type="checkbox"/> zu kurz	<input type="checkbox"/> passend	<input type="checkbox"/> zu lang
Interview	<input type="checkbox"/> zu kurz	<input type="checkbox"/> passend	<input type="checkbox"/> zu lang
Aktuell	<input type="checkbox"/> zu kurz	<input type="checkbox"/> passend	<input type="checkbox"/> zu lang
Spezial (zweimal jährlich)	<input type="checkbox"/> zu kurz	<input type="checkbox"/> passend	<input type="checkbox"/> zu lang
Verbände	<input type="checkbox"/> zu kurz	<input type="checkbox"/> passend	<input type="checkbox"/> zu lang
Rezensionen	<input type="checkbox"/> zu kurz	<input type="checkbox"/> passend	<input type="checkbox"/> zu lang
Internet	<input type="checkbox"/> zu kurz	<input type="checkbox"/> passend	<input type="checkbox"/> zu lang
Neu erschienen	<input type="checkbox"/> zu kurz	<input type="checkbox"/> passend	<input type="checkbox"/> zu lang
Termine	<input type="checkbox"/> zu kurz	<input type="checkbox"/> passend	<input type="checkbox"/> zu lang
ökopädNEWS	<input type="checkbox"/> zu kurz	<input type="checkbox"/> passend	<input type="checkbox"/> zu lang

10. Welche Rubriken im Heftteil »Aktuell« interessieren Sie besonders?

	(sehr interessant) 1	2	3	4	5 (uninteressant)
Abfall, Chemie & Emissionen	<input type="checkbox"/>				
Globalisierung & Eine Welt	<input type="checkbox"/>				
Klima & Energie	<input type="checkbox"/>				
Konsum & Verbraucherschutz	<input type="checkbox"/>				
Landwirtschaft & Gentechnik	<input type="checkbox"/>				
Naturschutz & Biodiversität	<input type="checkbox"/>				
Stadt & Region	<input type="checkbox"/>				
Tierschutz & Ethik	<input type="checkbox"/>				
Umweltpolitik & Umweltrecht	<input type="checkbox"/>				
Verkehr & Tourismus	<input type="checkbox"/>				
Wasser & Meere	<input type="checkbox"/>				
Wirtschaft & Ressourcen	<input type="checkbox"/>				

11. Wie beurteilen Sie den Abopreis von *umwelt aktuell*?

- Preis: günstig angemessen hoch
- Ihr Abo: Institutionen-Abo Privat-Abo ermäßigtes Abo
- Mein Verband ist Mitglied im DNR, der Abopreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

12. Welche Verbesserungsvorschläge haben Sie für *umwelt aktuell*? _____

13. Welche Ausbildung haben Sie? _____

14. In welchem Bereich arbeiten Sie beruflich?

- Verband/NGO (Themenschwerpunkt: _____)
- Unternehmen (Branche: _____)
- Öffentlicher Dienst (Bereich: _____)
- Wissenschaft/Forschung (Fachgebiet: _____)
- andere: _____
- Ich befinde mich noch in Ausbildung/im Studium

15. Wie alt sind Sie? unter 25 25 bis 40 41 bis 60 61 oder älter

16. Sie sind: männlich weiblich

Wir bedanken uns vielmals für Ihre Mithilfe!

Kein Glück für die Veranstaltungsorte der Winterspiele

Angesichts des Klimawandels sind Olympische Winterspiele auf 700 Metern Meereshöhe heute ein Anachronismus, sagt Axel Doering vom Bund Naturschutz. Die Bewerberorte München und vor allem Garmisch könnten dabei nur verlieren.

Bei der chaotischen Olympiabewerbung „München 2018“ wird es immer schwieriger, auf konkrete Details einzugehen, denn die Planungen der Bewerbungsgesellschaft für die Winterspiele ändern sich inzwischen fast im Vierzehn-Tage-Rhythmus. Jede Änderung wird als Erfolg oder „Durchbruch“ verkauft, obwohl sie meist das Resultat eines Misserfolgs ist.

Die Bewerbungsgesellschaft steht bald mit leeren Händen da, was das ursprüngliche Versprechen nachhaltiger, grüner Spiele angeht. Die Auseinandersetzungen mit den Grundbesitzern, deren Flächen überplant wurden, ohne dass mit ihnen geredet wurde, überdecken nur das Grundproblem der Bewerbung. Der Umgang mit Beteiligten vor Ort gibt einen Vorgeschmack darauf, was nach einem Zuschlag für die Spiele passieren wird.

Die Langlauf- und Biathlonwettbewerbe sollen im Alpenvorland, auf sonnigen, von der Eiszeit gestalteten Flächen eines Gestüts stattfinden. Dort sind sie heftigen Fön- und Warmlufteinbrüchen ausgesetzt. Für Stadien müssen rund neun Hektar Fläche eingeebnet werden. Alle Flächen müssen künstlich beschneit werden. Das gilt auch für die Abfahrten in Garmisch-Partenkirchen, die samt Zufahrten und Zielräumen massiv umgebaut werden müssen. Die Lebenserfahrung sagt, dass sogar die Weltmeisterschaftsabfahrt „Kandahar“ umgestaltet werden wird, da sie zum Zeitpunkt der Spiele bereits zehn Jahre alt ist. Das Snow Village und das Media Village werden seit Beginn der Planungen herumgeschoben wie heiße Kartoffeln, da die Eingriffe dafür zu groß sind. Ein Ende ist nicht abzusehen.

Wenn alle geplanten Verkehrsbauten kommen, werden in weniger als sechs Jahren im Loisachtal etwa 600 Millionen Euro für Bundesfernstraßen verbaut. Weitere Straßen werden gebraucht, um den Verkehr zwischen den Sportstätten zu sichern. Wo die rund 14.000 Pkw- und 800 Busparkplätze hinkommen sollen, ist noch nicht zu erfahren. Die sehr artenreichen Wiesen vertragen die Belastung der Bauten nicht.

Orte, die die Spiele ausrichten, verlieren jede Selbstbestimmung. Es gilt nur noch, was das IOC fordert. Da sind die 380 Kilometer „Kremlspuren“, also für andere Benutzer gesperrte Fahrspuren, oder die Garantien, dass die „olympische Familie“ keine Steuern zahlt, noch die kleinsten Probleme. Das IOC bürdet seinen „Partnern“ buchstäblich alle Lasten und Risiken auf, übernimmt aber selbst keinerlei Haftung. Bei der vergeblichen Bewerbung von Salzburg wurde dies von Landesjuristen als „sittenwidriger Knebelungsvertrag“ bezeichnet. Dem IOC geht es weitestgehend um seinen eigenen Gewinn, deshalb wurde auch den Paralympics der „Missbrauch“ der olympischen Ringe verboten.

Untersuchungen vergangener Winterspiele und anderer Großveranstaltungen zeigen, dass die erhofften wirtschaftlichen Impulse und die Stärkung des Tourismus höchstens kurzfristig sind, die Kosten sich jedoch meist vervielfachen. Sowohl Turin 2006 als auch Vancouver 2010 endeten mit einem Defizit, das die Steuerzahler trifft.

Die Hauptprobleme der Bewerbung liegen in Garmisch-Partenkirchen. Die Spiele sind für ein Gebirgstal inzwischen zu groß. Aber auch die Münchener werden nicht ohne Belastungen davonkommen. Die finanziell klamme Stadt kann sich die Spiele eigentlich nicht leisten. Es gibt keinerlei Angaben darüber, wo das Geld herkommen soll. Beim olympischen Dorf sind mehrere Hundert Bäume bedroht. Auch temporäre Stadien-, Hallen- und Parkplatzbauten, die Millionen kosten, aber nach den Spielen abgerissen werden, sind alles andere als nachhaltig. Nach den andauernden Umplanungen bleibt kein grünes oder olympisches Erbe mehr, es bleiben nur noch Belastungen.

Axel Doering ist Vorsitzender des Bund Naturschutz (BN) im Landkreis Garmisch-Partenkirchen und Sprecher des BN-Landesarbeitskreises Alpen.

**Kontakt: E-Mail: doering@bn-gap.de
www.nolympia.de**

für die Olympischen Winterspiele 2018 neben Annecy (Frankreich) und Pyeongchang (Südkorea). Die Stadt hatte gerade durch eine Betonung des Umweltschutzes punkten wollen. Doch München 2018 stehe inzwischen für „Natur- und Landschaftszerstörung im Oberland in Zeiten des Klimawandels, fehlende Transparenz und explodierende Kosten“, sagte Sebastian Schönauer vom Bund Naturschutz in Bayern, der ebenfalls Mitglied im DNR-Präsidium ist. Der DNR kritisiert vor allem die vorgesehenen und teilweise bereits erfolgten Eingriffe beim Ausbau der sogenannten Kandahar-Abfahrt und der Weltcupstrecke Gudiberg. Die versprochene Einrichtung eines Biosphärenreservats als Ausgleichsmaßnahme sei am unprofessionellen Vorgehen der Bewerbungsgesellschaft gescheitert. [mb]

► DNR, Generalsekretär Dr. Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

TIERSCHUTZ & ETHIK

Masthühner

EU-Lebensmittelbehörde warnt vor Risiken

■ Erhebliche Tierschutzprobleme bescheinigen die Tiergesundheitsexperten der Europäischen Lebensmittelbehörde EFSA den Hühnerzuchtbetrieben in der EU. Ein im Sommer veröffentlichter Bericht des EFSA-Gremiums für Tiergesundheit und Tierschutz (AHAW) nennt fünf Hauptrisikofaktoren bei der Haltung und der genetischen Auswahl von Masthühnern. Die meisten Tierschutzprobleme entstehen demnach durch zu schnelles Wachstum der Hühner und die Bedingungen, unter denen sie gehalten werden. Bei der Haltung seien vier Punkte problematisch: die reizarme Umgebung, die Besatzdichte, Futterbeschränkung und begrenzte Lichtquellen. Bei der Zucht selbst habe die

Ressourcen als Risiko

Die Erdölvorräte gehen zur Neige, sauberes Wasser ist bereits heute in vielen Regionen ein Luxusgut. Die menschlichen Existenzgrundlagen sind bedroht, das Konfliktpotenzial ist gewaltig. »Kriege um Ressourcen« oder friedliches Miteinander? Noch sind beide Zukünfte möglich. Die in diesem Band versammelten Denker und Denkerinnen präsentieren innovative Wege, um Ressourcennutzung und Frieden auf der Welt zu vereinbaren.

R. Braun, F. Brickwedde, T. Held, E. Neugebohrn, O. v. Uexküll (Hrsg.)

Kriege um Ressourcen
Herausforderungen für das 21. Jahrhundert

264 Seiten, 24,90 EUR
ISBN 978-3-86581-093-9



Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de
Fax +49/(0)89/54 41 84-49



genetische Auswahl im Laufe der letzten Jahrzehnte das Wachstum vervierfacht. Dies führe vor allem zu Skeletterkrankungen, Lahmheit, Hautproblemen, Missbildungen und plötzlichem Herztod.

Die AHAW-Experten empfehlen, bei der Auswahl der Zuchttiere auf die klimatischen Bedingungen in unterschiedlichen Regionen zu achten. Sie stellen außerdem fest, dass „die Bereitstellung von Reizen dem Wohlbefinden von Masthühnern zuträglich“ sei, was durch Sitzstangen und erhöhte Nestkästen erreicht werden kann. Desweiteren müssten die Nahrungskonkurrenz und die damit einhergehende Verletzungsgefahr minimiert werden. Das Kürzen von Zehen oder Kämmen solle unterbleiben oder nur von geschultem Personal mit der am wenigsten schmerzhaften Methode durchgeführt werden. Der Bericht des Gremiums soll Teil eines Berichts der Europäischen Kommission an EU-Parlament und Ministerrat werden. [jg]

- ▶ AHAW-Bericht: www.kurzlink.de/ahaw100728
- ▶ Hintergrundbericht: www.kurzlink.de/ti-wietze

Zirkustiere

Natur- und Tierschützer verlangen Wildtierverbot

■ Der Deutsche Naturschutzring (DNR), der Deutsche Tierschutzbund und der Bund gegen den Missbrauch der Tiere haben Anfang September von der Bundesregierung ein Verbot von Wildtieren in Zirkussen verlangt. Die Regierung müsse die Entschließung des Bundesrates von 2003 für ein Haltungsverbot von Affen, Großbären und Elefanten rechtsverbindlich umsetzen, forderte DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen.

Die im Tierschutz vorgeschriebene verhaltensgerechte Unterbringung sei in Zirkussen – vor allem bei häufig wechselnden Standorten – nicht möglich, betonten die Verbände. Die Folgen für die Tiere seien Verhaltensstörungen, Erkrankungen oder sogar Todesfälle. Der Bundesgeschäftsführer des Deutschen Tierschutzbundes

Thomas Schröder appellierte an die Kommunen, Wanderzirkussen mit Wildtieren keine Auftrittsgenehmigung zu erteilen.

„Glücklicherweise haben inzwischen eine ganze Reihe von EU-Mitgliedstaaten Wildtiere in Zirkussen ganz oder teilweise untersagt“, betonte Jörg Styrie, Vorstand vom Bund gegen Missbrauch der Tiere. So haben Österreich, Bulgarien, Dänemark und Polen alle Wildtierarten verboten.

In Deutschland kann grundsätzlich jede Tierart im Zirkus mitgeführt werden. Von der Möglichkeit im Tierschutzgesetz, die Haltung von Tieren wildlebender Arten durch Rechtsverordnung zu verbieten, wurde bislang kein Gebrauch gemacht. [mb]

- ▶ Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-0, Fax -41, www.tierschutzbund.de
- ▶ Bund gegen Missbrauch der Tiere, München, Tel. +49 (0)89 / 3839520, www.bmt-tierschutz.de

Tierversuche

OECD erlaubt Ersatzmethoden

■ Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat neue Verfahren für die Überprüfung der Giftigkeit von Chemikalien anerkannt. Somit müssen jährlich Zehntausende Kaninchen nicht mehr an Tierversuchen leiden, hofft der Deutsche Tierschutzbund. Bisher wurden die Chemikalien auf die rasierte Haut der Kaninchen gegeben und deren Reaktionen ausgewertet. Bei der neuen Methode kann mit rekonstruierten Hautmodellen aus menschlichen Zellen die Wirkung der chemischen Stoffe sogar zuverlässiger geprüft werden. Bereits seit 2008 ist dieser Test vom Europäischen Zentrum für die Validierung alternativer Methoden als Ersatzmethode anerkannt, nun ist dies auch eine OECD-Vorschrift. Sie gilt in den 32 Mitgliedsländern. Weitere Chemikalientests wie die Überprüfung von Augenreizungen werden weiter an Kaninchen durchgeführt, wobei dort auch schon nach Ersatzmethoden geforscht wird. [zt]

- ▶ Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-0, Fax -41, www.tierschutzbund.de

Ernährung

Viele wollen weniger Fleisch

■ Etwa die Hälfte (51 Prozent) der Deutschen will weniger Fleisch essen. Das ergab eine im Juni durchgeführte Emnid-Umfrage im Auftrag des Magazins Chrismon. Die am häufigsten genannten Gründe für den Fleischverzicht sind bessere Gesundheit (40 Prozent) und die Rettung von Tierleben (14 Prozent). Große Unterschiede gab es zwischen den Geschlechtern: 51 Prozent der Männer wollen ihren Fleischkonsum nicht ändern, bei den Frauen sind es nur 39 Prozent.

Die ernährungspolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag Ulrike Höfken forderte von der Bundesregierung, auf die „veränderte Verbrauchernachfrage“ zu reagieren. Unter anderem solle sie die Förderung der industriellen Massentierhaltung stoppen und die Einführung des fleischfreien „Veggie Day“ aktiv unterstützen.

[zt]

► www.chrismon.de/Umfrage_2010_08.pdf

Delfine

Japan führt Treibjagden in der Bucht von Taiji fort

■ Japan hat Anfang September die Jagd auf Delfine in der Bucht von Taiji wieder aufgenommen. Das berichtete die Walschutzorganisation Sea Shepherd. In Taiji werden jährlich mehrere Tausend Delfine getötet.

Die Säuger, die im September die japanische Ostküste entlang zu ihren Überwinterungsgebieten im Ostchinesischen Meer ziehen, werden von Fischern mit Schleppnetzen in die Bucht von Taiji getrieben. Internationale Einkäufer fangen dann die für Vergnügungsparks besonders oft benutzten Großen Tümmler. Dies gilt als Hauptantrieb für die Jagd, denn während das Fleisch für umgerechnet 1,50 Euro pro Kilogramm verkauft wird, können die Fischer bis zu 150.000 Euro an lebenden Tieren für Delfinarien verdienen, voraus-

gesetzt die Säuger überstehen den Transport. Die für diese Zwecke nicht geeigneten Tiere werden am Ende der Treibjagd mit Macheten getötet, darunter auch Arten, deren Bestand akut gefährdet ist. Da es in Japan keinen größeren Markt für Delfinfleisch gibt, wird dieses häufig umdeklariert oder in staatlichen Schulkantinen als „gesunde Kost“ angeboten. Das Fleisch von Delfinen, die am Ende der natürlichen Nahrungsmittelkette stehen, ist allerdings oft in hohem Maß mit polychlorierten Biphenylen (PCB) und Quecksilber belastet und kann damit zu ernstesten Erkrankungen bei den Konsumenten führen. [lk]

► www.seashepherd.org/taiji

► www.diebuchtderfilm.de

Robben

Richter stoppen Importstopp

■ Der Europäische Gerichtshof in Luxemburg hat den im Mai 2009 vom EU-Parlament beschlossenen Importstopp für Robbenprodukte am 19. August, einen Tag vor Inkrafttreten, teilweise wieder aufgehoben. Der Gerichtshof reagierte damit auf eine gemeinsame Klage von 16 kanadischen Jägerverbänden und Inuitvertretern. Zwar ist die Robbenjagd durch Inuit von dem Importverbot nicht betroffen, die Ureinwohner wollen aber zusätzlich durchsetzen, dass ihnen auch der kommerzielle Handel mit den erlegten Tieren erlaubt wird. Der EU-Kommission zufolge tritt das Embargo zwar offiziell in Kraft, die Klägerparteien seien aber zunächst davon ausgenommen. Diese hatten bis Mitte September (nach Redaktionsschluss) Zeit, ihre Argumentation zu präzisieren, dann soll über das weitere Vorgehen beraten werden. Einen Zeitplan dafür gab es jedoch nicht.

Kanadas Premierminister Stephen Harper nannte das EU-Verbot „völlig unfair“. In den USA sind Jagd und Import von Robben schon seit 1972 untersagt. [lk]

► Anordnungen des Europäischen Gerichtshofs: www.kurzlink.de/eu-robber

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

Nachhaltigkeitsstrategie

Indikatorenbericht 2010: Heiter bis wolkig

■ Das Statistische Bundesamt hat im Juli den dritten Indikatorenbericht zur Nachhaltigen Entwicklung in Deutschland veröffentlicht. Der Bericht zeigt anhand von 35 Merkmalen die Fortschritte und Defizite bei der Umsetzung der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, die 2002 von der Bundesregierung beschlossen wurde.

Der Bericht behandelt die vier Bereiche Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, sozialer Zusammenhalt und internationale Verantwortung. Die Trends werden mit Wettersymbolen kenntlich gemacht. So deuten bei 14 Indikatoren kleine Sonnen darauf hin, dass das Ziel wahrscheinlich erreicht wird. Leichte oder mittlere Bewölkung zeigt bei fünf beziehungsweise zehn Merkmalen an, dass die Ziele wohl mehr oder weniger knapp verfehlt werden. Gewitterwolken symbolisieren bei sechs Indikatoren eine Entwicklung in die unerwünschte Richtung. Den vollständigen Indikatorenbericht hat das Statistische Bundesamt auf seiner Internetseite veröffentlicht.

Deutliche Fortschritte gibt es im Klimaschutz und bei den erneuerbaren Energien. Hier sind die gesetzten Ziele für 2010 schon längst erreicht. Dieser Erfolg kann allerdings auch bedeuten, dass die Ziele zu niedrig angesetzt waren. Positiv entwickelten sich auch die Bildungsindikatoren.

Düster sieht es dagegen bei der Artenvielfalt aus, die seit 20 Jahren stagniert. Um bis 2015 die Artenvielfalt wieder auf das Niveau der 1970er-Jahre zu heben, sind nun erhebliche zusätzliche Anstrengungen auf allen Ebenen und in allen betroffenen Politikfeldern notwendig. Die Zahl der Arten liegt heute erst bei zwei Dritteln des angestrebten Wertes für 2015. Zudem entwickeln sich auch einige Ursachen für die geringe Artenvielfalt in die falsche Richtung. Noch immer werden täglich fast

100 Hektar Land in Siedlungs- und Verkehrsfläche umgewandelt. Bis 2020 soll der Flächenverbrauch auf 30 Hektar pro Tag gesenkt werden. Auch die Landwirtschaft leistet laut dem Indikatorenbericht einen zu geringen Beitrag für die nachhaltige Entwicklung: Die Stickstoff-Düngung ist zu hoch, die Bio-Anbaufläche zu klein.

Während die Zahl der jugendlichen Raucher in den letzten zehn Jahren um rund die Hälfte sank, gibt es einen immer stärkeren Trend zum Übergewicht. Trotzdem konnten die vorzeitige Sterblichkeit gesenkt und die Lebenserwartung erhöht werden.

Große Defizite bestehen bei der Gleichberechtigung. Frauen erhalten nach wie vor weniger als vier Fünftel des Einkommens von Männern. Bis zum Berichtsjahr 2010 lässt sich der Abstand kaum noch auf die angestrebten 15 Prozent senken. Das Kinderbetreuungsangebot konnte zwar für Drei- bis Fünfjährige auf 30 Prozent gesteigert werden, blieb aber bei Kleinkindern mit 8,7 Prozent deutlich unter dem Zielwert. [fn]

- ▶ DNR, Florian Noto, Projektleiter Nachhaltigkeitsstrategie, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177584, E-Mail: florian.noto@dnr.de, www.dnr.de
- ▶ Statistisches Bundesamt, Regina Hoffmann-Müller, Wiesbaden, Tel. +49 (0)611 / 752676, E-Mail: ugr@destatis.de, www.destatis.de

EU-Haushalt

Minister kürzen Budget auch beim Naturschutz

■ Die EU-Mitgliedstaaten haben sich Mitte August im Ministerrat auf eine Kürzung des Budgets für das nächste Jahr um 3,6 Milliarden Euro geeinigt. Die Europäische Kommission hatte im Mai einen Haushaltsvorschlag für das Haushaltsjahr 2011 vorgelegt. Von den Kürzungen sind auch Projekte im Natur- und Umweltschutz betroffen.

Die gesamten Zahlungen würden damit auf 126,5 Milliarden Euro reduziert werden. Das entspricht etwa einem Prozent

des Bruttonationaleinkommens der EU. In der Haushaltsrubrik Bewahrung und Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen sollen gegenüber dem Vorschlag der EU-Kommission 825 Millionen Euro gekürzt werden. Ein Großteil dieser Kürzungen betreffen Hilfen im Agrarbereich. Außerdem sollen die Finanzmittel für das Life+- Programm und die Europäische Umweltagentur reduziert werden.

Im Oktober wird der Budgetentwurf im EU-Parlament behandelt. [ej]

- ▶ www.eu-koordination.de (EU-News – 17.08.2010)

EU-Umweltpolitik

Fortschrittsbericht sieht „verstärkte Bemühungen“

■ Die EU-Kommission hat Mitte August einen dreiteiligen Bericht über die Entwicklung der europäischen Umweltpolitik im Jahr 2009 veröffentlicht. Danach haben die Mitgliedstaaten im Bemühen um eine CO₂-arme und ressourceneffiziente Wirtschaft viele grüne Initiativen in ihre Konjunkturprogramme eingebaut. Nachholbedarf sieht die Kommission aber beim Kampf gegen den Verlust der biologischen Vielfalt sowie bei der Ressourceneffizienz.

Der Bericht beleuchtet die Umweltrends und die umweltpolitischen Leistungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten. Ein Statistikteil ermöglicht direkte Vergleiche von Indikatoren wie Abfallmengen, Pestizidnutzung, Treibhausgasemissionen, Vogelartenvorkommen oder Umweltsteuern.

Der Bericht geht auch auf die politischen Entwicklungen der vier sogenannten Prioritäten im sechsten Umweltaktionsprogramm (siehe Interview S. 25) ein. Im Bereich Klimawandel würdigt er das 2009 formell angenommene Klima- und Energiepaket. Die EU habe sich „verstärkt bemüht“, den Klimawandel abzuschwächen. Allerdings seien die internationalen Klimaverhandlungen hinter den EU-Zielen zurückgeblieben. Im Rahmen der zweiten Priorität, Natur und biologische Vielfalt,

habe sich die EU für die Schaffung eines internationalen Wissenschaftsgremiums für Biodiversität eingesetzt und internationale Initiativen unterstützt. Die TEEB-Studie (siehe S. 20) zeige, dass es sich auch wirtschaftlich lohne, in den Schutz von Ökosystemen zu investieren. Im Themenbereich Gesundheit und Umwelt hat die EU 2009 unter anderem mit der Umsetzung der Chemikalienvorschriften und der REACH-Verordnung befasst. Im Bereich Abfall und natürliche Ressourcen entwickelte die EU einen Maßnahmenkatalog für Nachhaltigkeit in Produktion und Konsum und richtete ein Einzelhandelsforum ein, um praxisnah Maßnahmen für eine bessere Abfallbewirtschaftung zu entwickeln.

Über die vier Prioritäten hinaus behandelt die Studie weitere Schlüsselthemen für 2010 und die folgenden Jahre. [jb, jg]

- ▶ www.kurzlink.de/upol-review2009

EU-Dienstleistungsrichtlinie

Deutsche Gesetze angepasst

■ Deutschland hat die europäische Dienstleistungsrichtlinie innerhalb des Umweltrechtes in nationales Recht umgesetzt. Hierzu mussten neun Gesetze angepasst werden. Dazu gehören Gesetze über Abwasserabgaben und Abfälle, Immissionsschutz, Chemikalien, Elektro- und Elektronikgeräte, erneuerbare Energien, Emissionshandel und Umweltaudits.

Zumeist geht es um Änderungen wie die Anerkennung von Sachverständigen, Zulassungen und Nachweisen aus anderen EU-Staaten. Die Neuerung ändert außerdem Fristen für die Bearbeitung von Verwaltungsvorgängen. Die EU-Dienstleistungsrichtlinie schreibt vor, dass die Mitgliedstaaten wegen des freien Wettbewerbs grundsätzlich auch im EU-Ausland ansässige Dienstleister berücksichtigen müssen. Umstritten ist, ob dies in der Praxis zu einem „Wettbewerb nach unten“ bei den Sozial- und Umweltstandards führt. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/bt-drs17/2821.pdf

„Wir wollen, dass die EU ihren ökologischen Fußabdruck um die Hälfte reduziert“

Ohne ein langfristig angelegtes Umweltaktionsprogramm (UAP) fehlt der EU die umweltpolitische Orientierung und der Umweltbewegung ein Druckmittel. Konkrete Maßnahmen und eine Öko-Steuerreform sind dabei entscheidend. Zudem braucht die EU-Kommission mehr Macht, um Umweltregeln umzusetzen, findet John Hontelez vom Umweltdachverband EEB.

Umwelt aktuell: Herr Hontelez, das Europäische Umweltbüro (EEB) engagiert sich für ein neues Umweltaktionsprogramm in der EU. Warum?

John Hontelez: Die Umweltaktionsprogramme sind seit 1972 eine wesentliche Basis für die europäische Umweltpolitik. Darin legt die EU jeweils für mehrere Jahre Ziele, Schwerpunkte und gesetzgeberische Initiativen fest – auch mit Blick auf andere Politikfelder wie Landwirtschaft, Verkehr und Energie. Ohne so ein Programm, das nicht nur die Kommission, sondern auch das Parlament und die Mitgliedstaaten verpflichtet, riskieren wir, das große Ziel eines bürgernahen umweltfreundlichen Europas aus den Augen zu verlieren. Wir können weitere Umweltzerstörung kaum vermeiden, wenn der Druck für die Integration ökologischer Belange in andere Politikfelder fehlt. Umweltpolitische Maßnahmen würden an den Rand gedrängt oder hingen von Fortschritten in speziellen Bereichen wie Klimawandel ab. Da das aktuelle Programm Mitte 2012 ausläuft, sollte die Kommission unverzüglich einen Vorschlag für das siebte UAP vorlegen. Doch sie zögert und will, dass zuerst das sechste UAP evaluiert wird. Die Kommission wird einen Großteil des Jahres 2011 benötigen, um aus dieser Evaluation Schlüsse zu ziehen und vermutlich erst im Anschluss daran über ein siebtes UAP entscheiden.

Was hätte das für Folgen?

Das EEB hält die Verschiebung der Debatte zum siebten UAP für einen strategischen Fehler, denn in den kommenden zwei Jahren muss die EU wichtige Entscheidungen für ihre Landwirtschafts-, Kohäsions- und Wirtschaftspolitik treffen. Die Entwicklung einer Ressourceneffizienzstrategie sollte Auswirkungen auf die Wirtschaftspolitik in der Europa-2020-Strategie haben. Wir brauchen auch eine neue, bessere Nachhaltigkeitsstrategie. Ein siebtes UAP sollte ein starkes und visionäres ökologisches Fundament für all dies darstellen. Das EEB hat sich mit der belgischen Ratspräsidentschaft verbündet, um die Entwicklung eines neuen UAP zu beschleunigen. Wir brauchen eine langfristige Vision, um den ökologischen Fußabdruck der EU zu reduzieren. Nur so können wir die begrenzten Kapazitäten der Ökosysteme in unserer Region respektieren und den Druck auf den Planeten reduzieren.

Wir wollen, dass die EU bis 2030 ihren ökologischen Fußabdruck halbiert. Das soll der Ausgangspunkt für ihre Politik im nächsten Jahrzehnt sein. Anfang Oktober organisiert das EEB eine Debatte über das siebte UAP mit Kommissaren, Ministern, dem Vorsitzenden des Umweltausschusses im EU-Parlament und Umweltschützern. Grundlage ist die EEB-Position mit wichtigen UAP-Schlüsselementen.

Was sind das für Schlüsselemente?

Zunächst sind die Themen des sechsten UAPs – Klimawandel, Schutz natürlicher Ressourcen, Gesundheit und Umwelt sowie Ressourceneffizienz und Abfallpolitik – weiter wichtig. Allerdings brauchen wir ein klares Bild für die daraus zu entwickelnden horizontalen und sektoralen Maßnahmen. Problematisch ist an dieser Stelle die fehlende umweltpolitische Steuerreform: Der Markt muss für die Umwelt arbeiten. Wir empfehlen außerdem, dass die Kommission neue Kompetenzen bekommt, damit sie die Umsetzung europäischer Gesetzgebung auf nationaler und lokaler Ebene gewährleisten kann.

Das sechste UAP enthielt kaum konkrete Ziele. Stattdessen gab es thematische Strategien.

Das sechste UAP hatte schon einige quantifizierte Ziele, zum Beispiel den Stopp des Artenverlustes bis 2010. Zwar ist das nicht so einfach messbar wie Treibhausgasemissionen, aber es reicht, um zu belegen, dass wir dieses Ziel nicht erreicht haben. Außerdem gab es Zeitpläne im Bereich Gesundheitsschutz und Abfallpolitik. So soll bis 2020 die Herstellung und Nutzung unsicherer Chemikalien beendet werden. Und die Abfallmengen und besonders gefährliche Abfälle sollten deutlich reduziert, die Entsorgung von Müll verbessert werden. Allerdings hat der starke Widerstand der Chemieindustrie zu einer schwachen REACH-Verordnung geführt. Und in der Abfallpolitik hat sich die EU-Kommission trotz starken Lobbyings vom EEB gegen wirklich ehrgeizige Ziele gesträubt. Die thematischen Strategien haben einige wichtige Innovationen angeregt, zum Beispiel im Meeres- und Bodenschutz. Eine verbindliche Bodenschutzrichtlinie wird aber bis heute von einer Minderheit der Mitgliedstaaten – angeführt von Deutschland – blockiert. Die

Strategie zur nachhaltigen Ressourcennutzung war eine interessante intellektuelle Übung, aber zahnlos. Die Strategie für städtische Umwelt ist zum Großteil Zeitverschwendung gewesen. Das Parlament hat sie gefordert, aber dann kritisierten die Mitgliedstaaten, dass die Kommission ihre Kompetenzen überschritten hätte. Die Strategie zu Pestiziden hat zwei Gesetze angeschoben, die zwar Fortschritte gebracht haben, aber nicht zu einer systematischen Politik für weniger Chemikalien in der Landwirtschaft führten. Die Strategie zur Luftqualität war nützlich und ehrgeizig und wurde genau deshalb von der Industrie und einigen Mitgliedstaaten heftig attackiert. Die thematische Strategie zu Abfall wurde von der Kommission benutzt, um eine Schwächung und Verkomplizierung der existierenden Abfallpolitik zu rechtfertigen. Außerdem war sie nicht im Einklang mit dem sechsten UAP, besonders bei Biomüll und Bauschutt.

Was können deutsche Umweltverbände tun?

Sie sollten das Umweltministerium motivieren, eine starke Position für ein siebtes UAP zu beziehen und damit den Druck auf die Kommission zu erhöhen. Und sie sollten sich dafür einsetzen, dass das neue Programm wirklich zu einer EU beiträgt, die die ökologischen Grenzen respektiert und das Recht anderer Menschen auf das gleiche Wohlstandsniveau wie in Europa anerkennt. Wir sollten auch nicht zulassen, dass Umwelt- und Klimapolitik getrennt betrachtet werden. Denn wenn wir nicht alle langfristigen Aspekte im Blick behalten, haben wir bald überall solche Probleme mit der Nachhaltigkeit wie bei der Biokraftstoffproduktion.

[Interview: Antje Mensen, Juliane Grüning]

Der Soziologe und langjährige Umweltaktivist John Hontelez ist seit 1996 Generalsekretär des Europäischen Umweltbüros in Brüssel.

Kontakt: Tel. +32 (0)2 / 2891090, E-Mail: hontelez@eeb.org, www.eeb.org



VERKEHR & TOURISMUS

Fernreisen**Argumente für CO₂-Ausweis**

■ Vor allem Flug- und Fernreisen weisen im Vergleich mit alltäglichen Konsumprodukten einen überproportional hohen CO₂-Fußabdruck auf. Aber obwohl der Tourismus als mitverantwortlich für den Klimawandel gilt, gibt es kaum genaue Daten über die Zusammenhänge zwischen Reisen und Klima. Deshalb hat das Institut für Integrativen Tourismus und Entwicklung respect in Österreich zusammen mit der Naturfreunde-Internationale eine Expertenkonsultation über die Möglichkeit eines verpflichtenden CO₂-Ausweises für Tourismusdienstleistungen durchgeführt. Eine solche Kennzeichnung könne bei KonsumentInnen das Verständnis für die Zusammenhänge zwischen persönlichem Reiseverhalten und dem Klimawandel stärken, hieß es. Aus der Konsultation entstand ein Diskussionspapier, das Positionen von verschiedenen Organisationen zusammenfasst und Fragen für die Umsetzung einer touristischen CO₂-Kennzeichnung erörtert. [mbu]

► www.kurzlink.de/co2ausweis-tourismus

Güterverkehr**Kein Mautnachlass für umweltfreundliche Lkws**

■ Lastwagen, die noch nach der Abgasnorm Euro III fahren, müssen nicht ab Januar 2011 zwei Cent mehr Maut pro Kilometer bezahlen. Auch die Entlastung für Lkws mit der umweltfreundlicheren Euro-V-Norm soll rückgängig gemacht werden. Das beschloss die Bundesregierung im September.

Verkehrsverbände kritisierten die Beschlüsse der schwarz-gelben Koalition. Der Vorsitzende des Verkehrsclubs Deutschland (VCD) Michael Gehrman

wies darauf hin, dass die 2008 beschlossene Mautanpassung und Differenzierung nach Schadstoffausstoß umweltpolitische Lenkungswirkung hatte. Die Mautsätze seien so ausgestaltet worden, dass sie Anreize schafften, auf weniger umweltschädliche Fahrzeuge umzusteigen. Der Anteil emissionsärmerer Fahrzeuge sei danach tatsächlich gestiegen, so Gehrman.

Die Allianz pro Schiene bemängelte, dass durch die Regierungspläne in den kommenden Jahren für die ohnehin unterfinanzierte Schieneninfrastruktur 62 Millionen Euro weniger zur Verfügung stehen sollen. Das erschwere die Verlagerung des Güterverkehrs auf die umweltfreundliche Schiene, sagte der Geschäftsführer der Allianz Dirk Flege.

Die Entscheidung des Kabinetts muss noch vom Bundestag bestätigt werden. Der VCD forderte den Bundestag auf, die Maut für Euro-III-Lkw wie geplant 2011 anzuheben, um den Trend zu saubereren Fahrzeugen nicht zu stoppen. Durch den Verzicht auf die Mauterhöhung würden dem Bundeshaushalt außerdem Einnahmen von rund 163 Millionen Euro für die Jahre 2011 bis 2013 entgehen. [mbu]

- Verordnungsentwurf des Bundesverkehrsministeriums: www.kurzlink.de/maut2011-pdf
- Allianz pro Schiene, Tel. +49 (0)30 / 2462599-40, Fax -29, www.allianz-pro-schiene.de
- VCD, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 280351-0, Fax -10, E-Mail: mail@vcd.org, www.vcd.org

Schieneverkehr**Stuttgart 21 empört Bürger**

■ Die Fraktionen von Grünen, SPD und Linker haben in unterschiedlichen Anträgen im Bundestag einen sofortigen Baustopp des Megaverkehrsprojekts Stuttgart 21 gefordert. Das unterirdische Bahnhofsprojekt spalte die Stadt, heißt es in der Begründung der Grünen. Die SPD strebt eine Volksabstimmung in ganz Baden-Württemberg über die Zukunft des Vorhabens an.

Die Fronten zwischen Gegnern und Befürwortern sind verhärtet. Ein im Sep-

tember geplantes Sondierungsgespräch zwischen Vertretern von Bahn, Politik und dem Aktionsbündnis der Projektgegner fand nicht statt. Die Aktivisten lehnten ein Gespräch ab, weil Baden-Württembergs Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) nicht über einen Baustopp reden wollte.

Verkehrsplaner warnen vor einer Kostenexplosion bei Stuttgart 21 und der neuen Schnellbahnstrecke nach Ulm. Im Auftrag der Grünen errechneten Gutachter des Münchener Ingenieurbüros Viereggs & Rößler, dass die Ausgaben für die neue ICE-Trasse mindestens 5,3 Milliarden Euro statt der von der Bahn berechneten 2,9 Milliarden erreichen werden. [mbu]

- Aktionsbündnis: www.kopfbahnhof-21.de
- Anträge: www.kurzlink.de/gruene-stuttgart21
www.kurzlink.de/spd-stuttgart21
www.kurzlink.de/linke-stuttgart21

WASSER & MEERE

Ölförderung im Meer**Strände gut – alles gut?**

■ Die Ölquelle unter der im April explodierten Bohrplattform Deepwater Horizon im Golf von Mexiko ist seit Ende Juli verschlossen. Während kein Öl mehr auf dem Meer beobachtet wird und die Touristenstrände zum Teil schon gereinigt sind, warnen Meeresforscher jedoch davor, zur Tagesordnung überzugehen.

So hat David Hollander vom College of Marine Science in Florida beobachtet, dass das Öl sich trotz des massiven Einsatzes der Chemikalie Correxit nicht vollständig aufgelöst hat, sondern fein zerteilt in winzigen Tröpfchen unterhalb der sauberen Wasseroberfläche treibt. Die Partikel hätten einen Durchmesser von weniger als hundert Mikrometern, seien also zunächst unsichtbar, berichtete Hollander. Für Fischlarven und kleine Fische sähen die mit Correxit verseuchten Öltröpfchen wie Nahrung aus. Die Kleintiere vergifteten sich durch den gefährlichen Cocktail,

der selbst in vielen hundert Metern Tiefe noch zu finden sei. Seevögel und andere Fischfresser wiederum fangen die kontaminierten Fische.

Dass sich das wahre Ausmaß der Katastrophe erst in der Tiefsee erkennen lässt, ist auch die Schlussfolgerung aus einer Studie der Universität Georgia. Bis zu 80 Prozent der ausgetretenen 780 Millionen Liter Öl befinden sich danach noch in tiefer gelegenen Meeresbereichen, wo es von Bakterien abgebaut wird. Durch die Stoffwechselprozesse könnten jedoch Sauerstoffmangelzonen im Meer entstehen, die das Ökosystem gefährden, warnen Wissenschaftler des Max-Planck-Instituts für Marine Mikrobiologie (MPI) in Bremen.

Unterdessen ereignete sich Anfang September ein erneuter Zwischenfall im Golf von Mexiko. Die Ölplattform Vermillion explodierte aus bislang ungeklärter Ursache etwa 300 Kilometer von der Unglücksstelle der Deep Water Horizon entfernt. Nach Angaben der US-Küstenwache trat jedoch kein Öl aus. Noch bis Ende November gilt das generelle Moratorium für Tiefseebohrungen, das US-Präsident Barack Obama im Mai erlassen hat. [jb]

- ▶ www.kurzlink.de/studie-uni-georgia
- ▶ MPI: www.kurzlink.de/mpi-erdoel-bakterien

EU-Meerespolitik

Meere sollen sauber werden

Die EU-Kommission hat Kriterien festgelegt, mit denen bis 2020 ein guter Umweltzustand der Meere erreicht werden soll. Ziel seien ökologisch vielfältige, gesunde und ertragreiche Meere. Dafür muss nach den Vorgaben der Kommission die Nutzung der Meeresumwelt auf einem nachhaltigen Niveau bleiben.

Der Beschluss der Kommission bezieht sich auf verschiedene Aspekte der Meeresökosysteme, wie die biologische Vielfalt, Fischbestände, Eutrophierung, Schadstoffe, Abfälle und Lärm. Die Kriterien sollen den Mitgliedstaaten helfen, ihre jeweiligen Meeresstrategien zu koordinieren, wie es die Meeresstrategierahmenrichtlinie ver-

langt. Entwickelt wurden die Kriterien von unabhängigen Experten.

Der WWF forderte, Meeresschutzgebiete im Nordostatlantik, in der Ostsee und vor der Küste Westafrikas zu schaffen, um Fischbestände zu erhalten, die anderswo bereits weggefischt wurden. [mbu]

- ▶ Meeresstrategierahmenrichtlinie: www.ec.europa.eu/environment/water/marine
- ▶ Regionale Meeresübereinkommen: www.kurzlink.de/eu-marineconventions
- ▶ www.wwf.de/meeresschutzgebiete

Meeresforschung

EU-Millionen für die Ozeane

Die EU-Kommission hat zugesagt, 45 Millionen Euro für maritime Forschungsprojekte bereitzustellen. Das Geld soll große multidisziplinäre Projekte finanzieren, an denen Partner aus verschiedenen EU- und Drittländern beteiligt sind. „Die Ozeane bedecken über 70 Prozent der Erdoberfläche. Sie spielen eine Schlüsselrolle für unser Ökosystem. Gleichzeitig sind sie aber auch enorm wichtig für die aktuelle und künftige Entwicklung unserer Wirtschaft“, erklärten EU-Forschungskommissarin Máire Geoghegan-Quinn und Fischereikommissarin Maria Damanaki, die am 9. September, dem Informationstag Ozean, in Brüssel Inhalte und Ziele der Ausschreibung erläuterten. Die ausgewählten Forschungsprojekte sollen nach dem Willen der Kommissarinnen Europa bei der Offshore-Energie oder der sogenannten blauen Biotechnologie voranbringen.

Die Ausschreibung ist in vier Themen untergliedert, von denen zwei speziell auf das Mittelmeer und das Schwarze Meer ausgerichtet sind. Alle Projekte können zu Unterthemen wie Nahrungsmittel, Landwirtschaft und Fischerei sowie Biotechnologie, Energie, Umwelt und Verkehr eingereicht werden. Einsendeschluss für die Ausschreibung „Der Ozean von morgen“ ist der 18. Januar 2011. [mbu]

- ▶ www.ec.europa.eu/research/agriculture/ocean/ocean2010/index_en.html

Atlantischer Ozean

Konsultation zum Nutzen einer Regionalstrategie

Bis zum 15. Oktober hat die EU-Kommission eine Konsultation zum Mehrwert einer Regionalstrategie zum Atlantischen Ozean geschaltet. Im Zusammenhang mit dem Fortschrittsbericht zur integrierten Meerespolitik ruft der EU-Ministerrat für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen zur Weiterentwicklung der strategischen Konzepte für regionale Meeresräume auf.

Die EU-Kommission will mögliche Inhalte einer Mitteilung zum Atlantischen Ozean eruieren. Diese will die Kommission aber nur dann erarbeiten, wenn die Mitteilung einen Mehrwert und den Akteuren im Atlantik einen Nutzen bringt. Dies will sie mithilfe der Konsultation in Erfahrung bringen. Ein Arbeitspapier gibt einen vorläufigen Überblick über die möglichen zu betrachtenden Fragen und Ziele, die eine integrierte Meerespolitik für den Atlantik erreichen kann. Dieser Ansatz wurde bereits für die Ostsee, das Mittel- und das Eismeer angewendet. [jb]

- ▶ www.kurzlink.de/consultationatlantic

Thunfisch

Rettung durch Zucht?

Europäischen Forschern ist es gelungen, den vom Aussterben bedrohten Blauflossen-Thunfisch ohne Hormonzusatz zum Ablachen zu bringen. Das natürliche Laichen der auch als Roter Thun (*Thunnus thynnus*) bekannten Art in Gefangenschaft ist nach Ansicht der EU-Kommission ein wichtiger Schritt zur kommerziellen Zucht. Dadurch werde der Druck auf die gefährdeten Wildfischbestände deutlich sinken. Die EU fördert das Forschungsprojekt mit fast drei Millionen Euro.

Trotz geringer Bestände darf der Blauflossenthunfisch nach wie vor gefangen werden. Die Internationale Schutzkommission für den Thunfisch im Atlantik

Vom Glück jenseits des Profits

All unser Tun ist darauf ausgerichtet, »Geld zu machen«, um es anschließend wieder in die Dinge des Lebens zu verwandeln. Wenn aber diese Verwandlungskunst nicht mehr klappt, weil das Geld sich in Luft auflöst? »Geld oder Leben« plädiert für eine Welt jenseits von Wachstumszwang und Gelddiktat, für die Etablierung kleinräumiger Wirtschaftsstrukturen und die Wertschätzung von Handwerkskunst und Selbstgemachtem.

V. Bennholdt-Thomsen

Geld oder Leben

Was uns wirklich reich macht

quergedacht Band 2
96 Seiten, 8,95 EUR
ISBN 978-3-86581-195-0



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de



ICCAT hatte es im vergangenen November nicht geschafft, ein Fangverbot zu erlassen. Die Fangquote für 2010 liegt bei 13.500 Tonnen. Die Umweltschutzorganisation WWF warnt davor, dass der Blauflossen-Thunfisch bald ausgestorben sein könnte, wenn sich nichts ändert. [mbu]

► EU-Forschungsprojekt: www.selfdott.org

Fischerei

EU-Fischereireform hinter verschlossenen Türen?

■ EU-Fischereikommissarin Maria Damanaki hat angekündigt, 2011 einen Legislativvorschlag für eine große Fischereireform vorzulegen. Angesichts der leergefischten Fischgründe in europäischen Meeren wolle sie mit der Reform der Wissenschaft und dem Ökosystem Ozean mehr Bedeutung verschaffen, erklärte Damanaki. So sollen die Fangquoten, über die jedes Jahr die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten verhandeln, nach ökologischen Leitlinien vergeben werden, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren.

Mit den bisherigen Fangquotenkompromissen haben sich die dezimierten Fischbestände nicht erholen können. Nach Schätzungen von Greenpeace und dem WWF gelten unter anderem Alaska-Seelachs, Seehecht, Lachs und Kabeljau als bedroht. Dorsch und Hering vor den deutschen Küsten haben sich dagegen erholt. In Deutschland gab es im vergangenen Jahr einen Rekord beim Fischverzehr: 15,7 Kilogramm Fisch wurden pro Einwohner gegessen.

Die Fischerei ist längst eine moderne, globalisierte Industrie, die mit anderen Teilen der Lebensmittelindustrie in Konkurrenz steht. Das geht aus der jüngsten Veröffentlichung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) »Fisheries: While Stocks Last?« hervor. Das Fachwissen von OECD-Experten und die Standpunkte von Wissenschaftlern, unabhängigen Fachleu-

ten, Nichtregierungsorganisationen und den Fischern selbst zeichnen ein Bild der prekären Situation der Fischerei.

Im September trafen sich 60 Vertreter europäischer Umweltgruppen in Brüssel, um von der EU-Kommission eine ökologische Fischereipolitik zu fordern. Sie übergaben dafür 28.000 Unterschriften an Kommissarin Damanaki. »Die Reform der Fischereipolitik wird hinter verschlossenen Türen schon ausgehandelt,« sagte der Meeresbiologe Onno Groß, Vorsitzender des Vereins Deepwave. »Es ist dringend erforderlich, dass der Vorsorgeansatz zum Schutz der Meere und der Fischbestände nicht wieder verwässert wird.« [mbu]

► EU: www.ec.europa.eu/fisheries/index_de.htm

► OECD: www.oecd.org/de/insights/fisheries

► Deepwave: www.deepwave.org

Ostsee

Übernutzung eingeplant

■ Der WWF hat im August eine Studie zur wirtschaftlichen Nutzung der Ostsee veröffentlicht. Darin warnt die Umweltstiftung vor kollidierenden Ansprüchen verschiedener Wirtschaftssektoren, die der Ostsee keinen Raum mehr für ihre natürliche Gesundung lassen. Laut der Studie wird sich die Anzahl der Schiffe auf der Ostsee bis 2030 verdoppeln, obwohl diese bereits zu den weltweit am stärksten befahrenen Meeresregionen gehört. Die wachsende Zahl der Offshorewindparks führe zu vermehrten Konflikten mit Tourismus, Fischerei und Schifffahrt. Die bevorstehende Übernutzung der Ostsee sei nur durch eine integrierte und umweltschonende Raumplanung zu vermeiden. Außerdem müssten den Planungen realistische Kapazitätsgrenzen zugrunde liegen, für die zum Beispiel der Helcom-Aktionsplan oder die Definition der EU für einen guten Umweltzustand der Ostsee eine Basis bieten könnten. [jb]

► www.kurzlink.de/wwf-ostsee

► www.kurzlink.de/helcom-aktionsplan

► www.kurzlink.de/eu-ostsee-strategie

Integriertes Küstenzonenmanagement**Nationale IKZM-Strategie**

■ Das Bundesumweltministerium, das Umweltbundesamt und das Küstenkontor bereiten derzeit den deutschen Sachstandsbericht für den EU-Evaluierungsprozess des Integrierten Küstenzonenmanagements (IKZM) vor. Nach Abstimmung mit den beteiligten Bundes- und Landesressorts sowie dem Projektbeirat soll der Bericht im Dezember bei der EU-Kommission eingereicht werden. [bv]

► www.umweltbundesamt.de/rup/ikzm

Neobiota**Bioinvasion im Wattenmeer**

■ Delegierte des fünften internationalen Wattenmeertags diskutierten Ende August über die Ausbreitung gebietsfremder Arten (Neobiota) im Wattenmeer und die Folgen für den Naturschutz. Die Konferenz fand auf Einladung der Verwaltung des Nationalparks Wattenmeer Niedersachsen und des Gemeinsamen Wattenseekretariats in Wilhelmshaven statt. Auf der Agenda stand ein Überblick über den Stand der Forschung und über laufende Projekte im Wattenmeer sowie die Bewertung möglicher Risiken für die Artenvielfalt. Ziel war es, den Herausforderungen durch gebietsfremde Arten wirksam mit trilateraler Politik entgegenzutreten.

Fast zeitgleich warnten auch die Schutzstation Wattenmeer und der WWF anlässlich der im September eröffneten Muschelsaison vor den Folgen der Bioinvasion. Sie forderten einen sofortigen Stopp für das Aussetzen gebietsfremder Miesmuscheln im Wattenmeer, da fremde Arten über das Begleitwasser oder als Parasiten in den Muscheln in das sensible Ökosystem Wattenmeer eingeschleppt würden und die heimische in eine globalisierte Natur verwandelten. [jb]

► Konferenz: www.kurzlink.de/programm-neobiota
 ► Schutzstation Wattenmeer, Rendsburg, Tel. +49 (0)4331 / 23622, www.kurzlink.de/miesmuscheln

Weltwasserwoche**Mehr Chemie im Wasser**

■ Wasserqualität war das Thema der Weltwasserwoche Anfang September in Stockholm. Experten und politische Akteure warnten vor immer mehr und immer neuen chemischen Schadstoffen in den Gewässern der ganzen Welt und forderten mehr Aufmerksamkeit für das Thema. Seit 1991 wird die Weltwasserwoche jährlich vom Stockholmer Wasserinstitut organisiert.

Das UN-Umweltprogramm UNEP hat in einer zur Weltwasserwoche veröffentlichten Studie auf die negativen Auswirkungen von Wasserknappheit für den Energiesektor hingewiesen. Der WWF warnte vor einer weltweiten Bedrohung der Wasserqualität durch den zunehmenden Nutzungsdruck einer wachsenden Weltbevölkerung, besonders durch Verstärkung, Landwirtschaft und Industrie. An den Folgen verschmutzten Wassers und schlechter Hygienebedingungen sterben pro Jahr 1,4 Millionen Kinder, so der WWF. [jb]

► Weltwasserwoche: www.worldwaterweek.org
 ► UNEP: www.kurzlink.de/unep-wasserwoche
 ► WWF: www.kurzlink.de/wwf-wasserwoche

Elbvertiefung**Recht auf Umweltinformation**

■ Der Umweltverband BUND hat Ende August einen seit vier Jahren andauernden Rechtsstreit gegen das Bundesumweltministerium für sich entscheiden können. Der Verband hatte gegen die Weigerung des Ministeriums geklagt, ein internes Schreiben aus dem Bundesamt für Naturschutz (BfN) öffentlich zu machen. In dem Schriftstück äußerte das BfN Bedenken über Maßnahmen zur Vertiefung der Elbe. Das Oberverwaltungsgericht Münster folgte der Argumentation des BUND, der sich auf das Umweltinformationsgesetz berief. [jb]

► www.kurzlink.de/bund-elbvertiefung

Oberflächengewässer**Verordnungsentwurf zu Umweltqualitätsnormen**

■ Bis Ende September konnten Verbände Stellung zum Referentenentwurf einer Verordnung zum Schutz der Oberflächengewässer nehmen. Der Verordnungsentwurf soll die europäische Richtlinie (2008/105/EG) zu Umweltqualitätsnormen im Bereich der Wasserpolitik umsetzen, die bereits seit Dezember 2008 in Kraft ist. In diesem Zusammenhang werden die bisherigen Länderregelungen zur Umsetzung der Anhänge II, III und V der EU-Wasserrahmenrichtlinie in einheitliches Bundesrecht überführt. Die Verordnung ist bislang noch nicht durch die Bundesregierung verabschiedet, soll jedoch noch in diesem Jahr in Kraft treten. [jb]

► IHK Lippe: www.kurzlink.de/ihk-verordnungsentw
 ► Richtlinie: www.kurzlink.de/2008-105-eg

WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

Biodiversität**Gesetze sind wichtig, doch der Kunde ist König**

■ Nach einer Mitte Juni von der Unternehmensberatung McKinsey durchgeführten globalen Befragung stellt sich das Thema Biodiversität für mehr als die Hälfte der 1.576 teilnehmenden Unternehmen eher als Chance denn als Bedrohung dar. Auf die Frage, inwiefern Biodiversität für die Unternehmen aus Energie-, Finanz-, und Telekommunikationsbranche sowie der verarbeitenden Industrie von Bedeutung sei, wurden am häufigsten imagebildende Maßnahmen, entsprechende Firmenziele und -werte, die Anpassung an gesetzliche Vorschriften und die Reaktion auf einen verstärkten Druck von externen Interessenvertretern wie Verbänden, Kon-

sumentInnen und Händlern genannt. Als Motivation, die eigenen Anstrengungen im Bereich Biodiversität zu verstärken, gaben die Unternehmen noch vor den gesetzlichen Vorgaben die Ansprüche der Verbraucher an.

Zwölf Prozent der Teilnehmer gehen davon aus, dass sich durch den unzureichenden Schutz von Arten und Ökosystemen für sie entscheidende Inputfaktoren verknappten könnten. Bei der Frage, welche Umweltthemen für die Unternehmen am wichtigsten seien, wählten nur neun Prozent der Teilnehmer Biodiversität aus. Einen deutlich höheren Stellenwert hatten Themen wie Klimawandel, Energieeffizienz und Abfall sowie Menschenrechte. [jb]

► Umfrage: www.kurzlink.de/mckinsey-biodiv

Abfallwirtschaft

Eine halbe Million neue Jobs durch hohe Recyclingziele

■ Einer Studie der Umweltorganisation Friends of the Earth zufolge könnten höhere Recyclingziele EU-weit bis zu 500.000 zusätzliche Arbeitsstellen schaffen. Das wäre aber nur der Fall, wenn das EU-Recy-

clingziel von derzeit 50 Prozent auf 70 Prozent für das Jahr 2020 erhöht würde. Diese Jobs könnten einen deutlichen Beitrag zu dem von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso erklärten Ziel von drei Millionen „grünen Jobs“ leisten.

Eine frühere Studie der Organisation hatte aufgezeigt, dass jährlich in der EU wiederverwendbare Materialien im Wert von mindestens fünf Milliarden Euro in Müllverbrennungsanlagen vernichtet werden. Würde diese Abfallmenge wiederverwertet werden, könnten bis zu 150 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden. [lk]

► Studie: www.kurzlink.de/foe-abfallstudie.pdf

Nachhaltiges Wirtschaften

Öko-faires Arbeiten dank EU-Parlament

■ Im September hat das Europäische Parlament dem sogenannten Schroedter-Bericht zum Arbeitsplatzpotenzial in der nachhaltigen Wirtschaft zugestimmt. Berichterstatterin Elisabeth Schroedter (Grüne, Deutschland) lehnt sich in ihren Empfehlungen an die Blue Green Alliance in den USA an, eine gemeinsame Ak-

tionsplattform von Gewerkschaften und Umweltverbänden. Der hohe Preisdruck hat zum Beispiel in der Solarbranche zu sehr niedrigen Löhnen und hohem Produktionsdruck geführt. Der sinkenden Akzeptanz für Jobs in diesen neuen Branchen wollen Bündnisse wie die Blue Green Alliance entgegenreten.

Das EU-Parlament fordert in seinem Beschluss vor allem langfristige Rahmenbedingungen, wie anspruchsvolle Klimaziele, strenge Umweltgesetze und auf den ökologischen Wandel ausgerichtete finanzielle Anreize. Grüne Jobs seien nicht auf den Umweltschutzbereich beschränkt, sondern meinten jede Tätigkeit, die helfe, natürliche Ressourcen und biologische Vielfalt zu erhalten und schädliche Emissionen zu vermeiden. „Gute Arbeit“ bedeute hier vor allem Zugang zu Weiterbildung über Ökologie und Klimaschutz für alle Beschäftigten sämtlicher Qualifikationen.

Mit der Initiative zielt das Parlament auch auf „Europa 2020“, die neue Zehnjahresstrategie der EU. Die belgische Ratspräsidentin kündigte an, die Initiative in die strategischen Schlussfolgerungen des Dezember-Gipfels der EU-Staats- und Regierungschefs zu übernehmen. [mb]

► www.elisabeth-schroedter.eu (GreenJobs)

► www.bluegreenalliance.org

newsletter
Nachhaltigkeitsnews

Sie möchten ...

... regelmäßig die neuesten Informationen zu Umwelt und Nachhaltigkeit in Ihrem Postfach haben?

... »druckfrisch« über unsere Neuerscheinungen informiert sein?

... aktuelle Artikel aus unseren Zeitschriften online lesen?

Dann abonnieren Sie unseren monatlichen newsletter!

In alten Ausgaben schmökern oder gleich abonnieren unter:

www.oekom.de/aktuelles/nachhaltigkeitsnewsletter.html

Die guten Seiten der Zukunft

 oekom
verlag

DNR INTERN

DNR-Präsidium

Freiwilligenjahr 2011

■ Auf ihrer Sitzung im September diskutierten die Mitglieder des DNR-Präsidiums unter anderem über das Europäische Jahr der Freiwilligen 2011. Zu Beginn des Jahres plant der DNR eine Konferenz zum Thema „Freiwillige für den Naturschutz: Generationenübergreifend und interkulturell unverzichtbar“. Damit will der Dachverband die wichtigen und notwendigen Leistungen der mehreren Hunderttausend Freiwilligen im Natur- und Umweltschutz herausstellen. Gleichzeitig soll durch das direkte Ansprechen von Zielgruppen das große gesellschaftliche Potenzial für freiwilliges Engagement im ökologischen Bereich besser genutzt werden.

Das Präsidium votierte einstimmig für die Forderung, bis 2050 das Ziel einer „2000-Watt-Gesellschaft“ zu erreichen, also den Pro-Kopf-Energiebedarf auf zwei Kilowatt zu senken. Auf der DNR-Mitgliederversammlung am 27. November soll dazu sowie zur Energiewende ein Positionspapier zur Diskussion gestellt und verabschiedet werden.

Weitere Themen waren der Austritt des DNR aus der Fachkommission Umwelt der Olympia-Bewerbungsgesellschaft München +2 (siehe S. 21) und die Leserbefragung bei umwelt aktuell (siehe Mittelseiten). [hjh, mb]

▶ DNR, Helga Inden-Heinrich, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

EU-Koordination

Umweltaktionsprogramm als neuer Schwerpunkt

■ Die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings will sich in den kommenden Monaten neben ihrer umweltpolitischen Tätigkeit und Netzwerkarbeit auf das siebte Umweltaktionsprogramm konzentrieren. Dieses auf zehn Jahre angelegte, aus Verbändesicht unverzichtbare umweltpolitische Instrument der EU soll 2012 beginnen und konkret messbare Ziele enthalten. Doch noch zögert die EU-Kommission mit einer Entscheidung (siehe Interview S. 25). Die EU-Koordination beginnt dazu noch in diesem Jahr mit einer thematischen Workshopreihe für die DNR-Mitgliedsverbände und will die Evaluation des Vorläuferprogramms kritisch begleiten. Im Oktober finden außerdem ein Lobbytermin des DNR-Präsidiums in Brüssel und im November ein Fachseminar zur EU-Politik im Gebäudesektor statt.

Nach dem Ausscheiden von Maïke Vygen wird die EU-Koordination unter der Leitung der Biologin Bjela Vossen seit September von der EU-Politikwissenschaftlerin und Klimaexpertin Antje Mensen verstärkt. Die Umweltwissenschaftlerin Stefanie Langkamp lobbyiert weiter für Klima- und Energiethemen, besonders im Bereich Gebäudeeffizienz (siehe beiliegendes Themenheft). Das Team freut sich über Anfragen und Rückmeldungen. [jg]

▶ DNR, EU-Koordination, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177575, E-Mail: eu-info@dnr.de, www.eu-koordination.de
▶ www.umweltcheck-euoparl.de

AUS DEN VERBÄNDEN

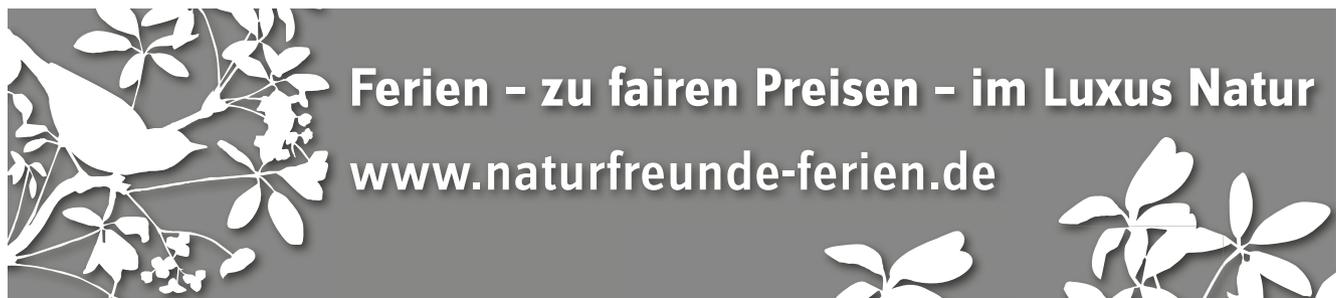
Anti-Atom-Protest

Großdemonstration in Berlin

■ Rund 100.000 Menschen demonstrierten am 18. September in Berlin gegen Atomkraft und umzingelten mit Transparenten und Fahnen das Regierungsviertel. Mit Sonderzügen und über 150 Bussen waren sie aus dem ganzen Land nach Berlin gereist, um gegen die Laufzeitverlängerungspläne der Bundesregierung und die Klientelpolitik für Atomkonzerne zu demonstrieren. RednerInnen von Umweltverbänden, Gewerkschaften und alternativen Energieunternehmen kündigten einen „heißen Herbst“ der Anti-Atom-Proteste an. „Die 100.000 Menschen in Berlin stehen für Millionen in Deutschland, die es ablehnen, dass die gefährlichen Atomkraftwerke länger laufen“, sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger.

In den nächsten Wochen soll es zahlreiche örtliche, regionale und landesweite Aktionen geben. Geplant sind Protestveranstaltungen am 29. September in Salzgitter, am 6. Oktober in Stuttgart und am 9. Oktober in München. Unmittelbar vor der geplanten Verabschiedung der Atomgesetznovelle findet am 23. Oktober die nächste bundesweite Aktion statt, der Castor-Strecken-Aktionstag. Anfang November soll der nächste Castortransport nach Gorleben rollen. [jg]

▶ www.anti-atom-demo.de
▶ www.castor-strecken-aktionstag.de
▶ www.castor2010.de

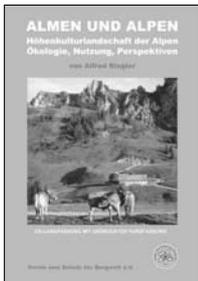


Ferien - zu fairen Preisen - im Luxus Natur
www.naturfreunde-ferien.de

REZENSIONEN

Alpine Kulturlandschaft in Gefahr

Dem uns geläufigen romantischen Bild von Almen und Sennerinnen stellt der renommierte Alpenforscher Alfred Ringler in seiner Monografie die wissenschaftlichen Grundlagen gegenüber – und dies für den gesamten Alpenraum, von der Provence bis nach Slowenien.



Bei einer Exkursion bewunderte ich vor vielen Jahren als Studentin die profunden Kenntnisse des Biologen Alfred Ringler. Mit „Almen und Alpen“ liegt nun sein Lebenswerk vor, für das er zwei Jahrzehnte lang Daten gesammelt und recherchiert hat.

Die Alpen sind keinesfalls nur eine Naturlandschaft, sondern auch eine durch die Almwirtschaft geprägte Kulturlandschaft. An die 30.000 Almen gibt es in den Alpenländern Italien, Österreich, Frankreich, Schweiz, Slowenien, Deutschland und Liechtenstein. Diese Bergweiden bedecken bis zu sieben Millionen Hektar und machen 30 Prozent der alpinen Gebirgsfläche aus. Almen bedeuten für uns die „schöne Landschaft“ schlechthin und haben ein hohes touristisches Potenzial. Heute stehen wir vor der Entscheidung, die Almwirtschaft auch mit politischen Maßnahmen zu erhalten und zu fördern, sie vielleicht mit allen Mitteln zu intensivieren – oder die Almen in äußerster Konsequenz wieder zur „Natur“ werden zu lassen, was tiefgreifende Folgen hätte: „Erst geht die Kuh, dann geht der Gast.“

Ringler möchte die Almwirtschaft bewahren und weiterentwickeln. In seinem knapp 1.500-seitigen Werk, das als CD der gedruckten Kurzfassung beigelegt ist, behandelt er die Grundlagen und Faktoren der Almwirtschaft – Geologie, Klima, Naturgefahren, Relief, Wasserhaushalt, Flora und Fauna, Almregionen, auch sozio-ökonomische und historische Merkmale oder Eigentumsverhältnisse –, nennt ihre ökologischen Auswirkungen und blickt in die Zukunft. Besonders betont er die Vernetztheit und Überlagerung der na-

türlichen Faktoren, vor allem zwischen Almen, geologischem Untergrund und Wasserdargebot. Diese Verhältnisse können sich auf engstem Raum ändern. Der Geograf Werner Bätzing spricht hier von „übergroßer Komplexität der Realität“. Daher gibt es keine politische Universallösung. Das Almbuch zeigt die Grenzen der Belastbarkeit auf, ist eine wertvolle Grundlage für die Umsetzung der Natura-2000-Ziele der EU wie auch der Alpenkonvention und gibt Impulse zur Neugestaltung der europäischen Agrarpolitik nach 2013. Ringler bekräftigt aber, dass es sich nur lohnt, für den Fortbestand der Almwirtschaft zu kämpfen, wenn auch Siedlungs-, Verkehrs- und Tourismusentwicklung in eine neue Richtung gelenkt werden.

Hervorzuheben sind der staatenübergreifende, alpenweite Ansatz sowie die Fülle an Ergebnissen, die das Buch zu einem Nachschlagewerk und Handbuch werden lassen. Die CD lässt sich gezielt nach Einzelthemen durchsuchen – einer bestimmten Alm, einem Staat oder einer Region, einer Gesteinsart oder einer Kuhrasse. So eignet sich das Buch für eine große Zielgruppe vom naturinteressierten Wanderer bis hin zum Wissenschaftler.

Die Kurzfassung fasst einzelne Bausteine der Langversion zu einem Führer über die Höhenkulturlandschaft der Alpen zusammen. Luftbilder des Fotografen Jörg Bodenbender von repräsentativen Almen mit ausführlichen Bildlegenden vervollständigen das Buch. Ein Muss für jeden wissenschaftlich interessierten Alpenfreund!

[Gotlind Blechschmidt]

► Ringler, A.: Almen und Alpen. Höhenkulturlandschaft der Alpen. Ökologie, Nutzung, Perspektiven. Verein zum Schutz der Bergwelt, München 2009, 134 S. + CD-ROM (Langfassung, 1448 S.), 40,- €, ISBN 978-3-00-029057-2. www.vzsb.de/almbuch.html

Ehrenamt als Ressource

Heerscharen von Freiwilligen machen Verbände stark. Wer glaubt, ehrenamtliches Engagement gäbe es zum Nulltarif, irrt. Bernd Wallraff über professionelles Management.



Wer an Greenpeace denkt, denkt zunächst einmal an eine straff geführte, professionell arbeitende Umweltorganisation, die durch spektakuläre Aktionen zu ausgewählten Umweltthemen

auf sich aufmerksam macht. Erst auf den zweiten Blick wird deutlich, dass Greenpeace in seiner rund 40-jährigen Geschichte immer auch eine Umweltorganisation gewesen ist, für die das Engagement von Ehrenamtlichen und Freiwilligen eine wichtige Rolle spielt. Die unentgeltlichen MitstreiterInnen werden als Aktivisten für risikoreiche Aktionen, die aus rechtlichen Gründen nicht von hauptamtlich Beschäftigten durchgeführt werden können, als Multiplikatoren für die Öffentlichkeitsarbeit und Unterstützer im Fundraising gebraucht. Jährlich leisten sie allein im Rahmen von Greenpeace Deutschland rund eine Million Arbeitsstunden.

Der Bonner Sozialforscher Bernd Wallraff, der selbst zwölf Jahre lang als Freiwilliger für Greenpeace tätig war, hat sich in seiner jetzt als Buch erschienenen repräsentativen Studie mit dem Engagement der Greenpeace-Freiwilligen beschäftigt. Auf der Grundlage der Befragungsdaten von knapp 1.300 HelferInnen beschreibt er die Einstellungen und Motive der Freiwilligen, untersucht die Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamt und fragt unter anderem nach den Störfaktoren für ehrenamtliches Engagement. Darüber hinaus analysiert der Autor die ausdifferenzierten Ehrenamtsstrukturen von Greenpeace – von den Greenteams für Kinder bis zu den 50plus-Teams.

In seiner Freiwilligen-Policy definiert Greenpeace die Arbeit der Ehrenamtlichen

als externe und interne Bereicherung und Ergänzung der hauptamtlichen Arbeit. Vor diesem Hintergrund entwickelt der Verfasser auf der Basis seiner Befunde und der Erfahrungen anderer Nichtregierungsorganisationen weitergehende Überlegungen und Empfehlungen für das Management von Ehrenamtlichen, damit die „Ressource Ehrenamt“ sowohl im Sinne der Organisation als auch der Freiwilligen optimal genutzt werden kann.

Wallraff kommt zu dem Schluss, dass sich Organisationen, Verbände und Vereine, die meinen, ehrenamtliches Engagement sei zum Nulltarif zu bekommen, auf dem Holzweg befinden. Zwar erwarteten die EhrenamtlerInnen keinen monatlichen Gehaltsscheck, sie wollten aber motiviert, qualifiziert, eingebunden und in ihren Mitgestaltungsmöglichkeiten ernst genommen werden, so sein Fazit.

Für viele, die haupt- oder ehrenamtlich im Management oder der Koordination verbandlicher Freiwilligen- und Ehrenamtsarbeit beschäftigt sind, ist das, was Wallraff in seiner Studie herausgearbeitet hat, sicherlich weder neu noch überraschend. Die Studie gibt ihnen aber Daten und Materialien an die Hand, die als Argumentationshilfe oder zur Reflexion für die eigene Arbeit zweifellos wichtig und hilfreich sind. Schade ist jedoch, dass gerade das für Praktiker besonders interessante fünfte Kapitel, das die Ergebnisse der Befragung der ehrenamtlichen Greenpeace-MitarbeiterInnen beinhaltet, mit seinen vielen Statistiken zumindest jene LeserInnen überfordert, die mit Kreuztabellen, Mittelwerten oder der Ableitung von Einstellungsdimensionen weniger vertraut sind.

Wallraffs Studie sollte all jenen zur Pflichtlektüre gemacht werden, die in den von ehrenamtlicher und freiwilliger Arbeit getragenen Organisationen, Verbänden und Vereinen Führungsverantwortung tragen und die mit Blick auf den ausbleibenden Ehrenamtsnachwuchs lieber ihr Trauerlied von der Egozentrik und Profitorientierung der desinteressierten MitbürgerInnen singen, als sich ernsthaft mit der ehrenamtsfreundlichen Ausrichtung der eigenen Organisation zu beschäfti-

gen. Das Beispiel Greenpeace führt vor Augen, dass ehrenamtliches Engagement keine Einbahnstraße ist, sondern eine anspruchsvolle Wechselbeziehung zwischen der Organisation und den Engagierten.

[Ralf Schulte]

- ▶ Wallraff, B.: Professionelles Management von Ehrenamtlichen. Eine empirische Studie am Beispiel von Greenpeace Deutschland. Budrich UniPress, Leverkusen-Opladen 2010, 234 S., 24,90 €, ISBN 978-3-940755-40-7

Gestörte Weiblichkeit



■ Hormonähnlich wirkende Chemikalien, sogenannte endokrine Disruptoren, können das weibliche Fortpflanzungssystem schädigen und negativen Einfluss auf ungeborene Kinder

haben. Die hormongesteuerte vorgeburtliche Entwicklung ist das Fundament für die lebenslange Gesundheit des Fortpflanzungssystems eines Menschen. Schädigende Einflüsse können also alle folgenden Generationen betreffen. Und nicht nur das: Das empfindliche menschliche Hormonsystem regelt auch die Funktion der Schilddrüse, was wiederum Auswirkungen auf das zentrale Nervensystem hat. Das europäische Frauen-Umwelt-Netzwerk Women in Europe for a Common Future (WECF) hat sich dieses wichtigen Themas angenommen und in einer Broschüre wissenschaftliche Erkenntnisse einer US-amerikanischen Tagung auf Deutsch zusammengefasst. Bekannte Fakten aus Europa und Deutschland sowie erklärende Abbildungen ergänzen die einzelnen Kapitel der 18 WissenschaftlerInnen. [Juliane Grüning]

- ▶ WECF: Gestörte Weiblichkeit. Endokrine Disruptoren und das weibliche Fortpflanzungssystem. Ein Bericht über den Workshop „The Women's Reproductive Health and the Environment“. München 2010, 40 S. Kostenloser Download (PDF, 3 MB): www.wecf.eu/english/publications

INTERNET

EU-Agrarreform

■ 29 Verbände aus Umwelt- und Naturschutz, Landwirtschaft, Entwicklungspolitik, Tier- und Verbraucherschutz fordern

eine bessere EU-Landwirtschaftspolitik. Das von Euronatur geleitete Bündnis setzt sich für die Berücksichtigung von Umweltaspekten und die Förderung nachhaltiger ländlicher Entwicklung bei der anstehenden Reform der EU-Agrarpolitik ein. Auf der Internetplattform werden die Brüsseler Debatten aus Naturschutzsicht begleitet und bewertet. [zt]

- ▶ www.die-bessere-agrarpolitik.de

Intelligenter Handeinsatz in Debatten

■ Effektive Diskussionen benötigen Moderation und Regeln. Die Internetseite von Marc Amann erklärt nicht nur, wie es geht, sondern führt auch Handzeichen ein, die die Kommunikation in Gruppen erleichtern sollen. Die wichtigsten Zeichen von Ablehnung bis hin zu Verwirrung werden verständlich und übersichtlich grafisch dargestellt und erläutert. Der Download ist in verschiedenen Größen möglich. [zt]

- ▶ <http://diskussionshandzeichen.wordpress.com/>

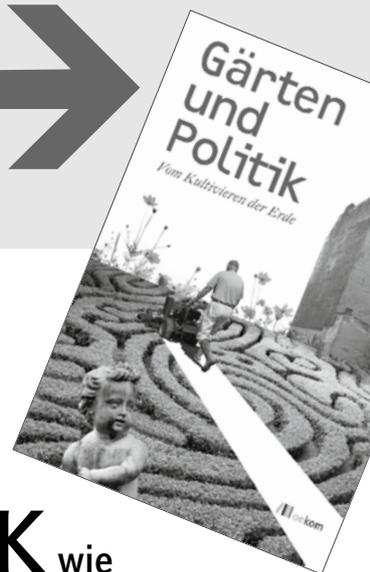
Was ist drin in Kosmetikprodukten?

■ Die Erfinderin der „Story of Stuff“, Annie Leonard, hat mit ihren MitstreiterInnen für die Stoffwirtschaft bei Kosmetikprodukten einen Kurzfilm entwickelt. Durchschnittlich nutzen US-BürgerInnen täglich bis zu zwölf Kosmetikprodukte. Über die Inhaltsstoffe ist oft nichts bekannt außer dem Namen. Mehr über die kryptischen Bezeichnungen erfahren Interessierte auf unterhaltsame Weise per Zeichentrickfilm und Erläuterung, bisher nur auf Englisch. Doch die Ursprungsgeschichte der Story of Stuff ist inzwischen auch in andere Sprachen übersetzt worden. [jg]

- ▶ www.storyofstuff.org/cosmetics

Nachhaltigkeit

A-Z



K wie Kultivieren

Gärten und Städte entstanden als Verteidigungsorte des Menschen gegen die wilde Natur. Mit deren Aneignung wandelten sich auch die menschliche Natur und das gesellschaftliche Leben.

Expert(inn)en verschiedener Fachrichtungen zeichnen in diesem Buch ein facettenreiches Bild vom Garten – von der Renaissance bis zur Gegenwart, vom humanistischen Garten bis heute: Bunt wie das Leben selbst und reich an Erkenntnissen über das, was uns bewegt.

B. Reimers (Hrsg.)
Gärten und Politik
 Vom Kultivieren der Erde
 oekom verlag, München 2010,
 320 Seiten, 29,90 EUR,
 ISBN 978-3-86581-158-5

Erhältlich bei
www.oekom.de
kontakt@oekom.de
 Fax +49/(0)89/54 41 84-49

oekom
 verlag
 Die guten Seiten der Zukunft

NEU ERSCHEINEN

- ▶ Alt, F.; Spiegel, P.: **Gute Geschäfte. Humane Marktwirtschaft als Ausweg aus der Krise.** Aufbau, Berlin 2009, 263 S., 16,95 €, ISBN 978-3-351-02707-0
- ▶ Brickwedde, F. u. a. (Hrsg.): **Zukunft Wasser. 15. Internationale Sommerakademie St. Marienthal.** Erich Schmidt, Berlin 2010, 420 S., 39,80 €, ISBN 978-3-503-12634 7
- ▶ Coupland, D.: **Generation A.** Tropen, Stuttgart 2010, 330 S., 19,95 €, ISBN 978-3-608-50110-0
- ▶ Dehoust, G.; Schüler, D. u. a.: **Klimaschutzpotenziale der Abfallwirtschaft. Am Beispiel von Siedlungsabfällen und Altholz.** Umweltbundesamt, Dessau 2010, 143 S., kostenlos. Download (PDF, 1,4 MB): www.kurzlink.de/uba-3907.pdf
- ▶ Dobner, P.: **Wasserpolitik. Zur politischen Theorie, Praxis und Kritik globaler Governance.** Suhrkamp, Berlin 2010, 400 S., 14,- €, ISBN 978-3-518-29558-8
- ▶ Gladis, T. u. a.: **Kulturpflanzenvielfalt in Interkulturellen Gärten.** Tagungsdokumentation. Stiftung Interkultur, München 2010, 130 S., kostenlos. www.kurzlink.de/gaerten-vielfalt
- ▶ Häckel, H.: **Wolken und andere Phänomene am Himmel.** Ulmer, Stuttgart 2010, 192 S., 9,90 €, ISBN 978-3-8001-6935-1
- ▶ Hegger, M.; Schäfer, I.: **Grüne Häuser. Einfamilienhäuser – nachhaltig, ökologisch, energieeffizient.** Callwey, München 2009, 160 S., 61,70 €, ISBN 978-3-7667-1809-9
- ▶ Hirschfelder, G.; Ploeger, A.; Pudol, V. u. a.: **Purer Genuss? Wasser als Getränk, Ware und Kulturgut.** Campus, Frankfurt/M. 2009, 299 S., 29,90 €, ISBN 978-3-593-39028-4
- ▶ Hotes, S.; Wolters, V. (Hrsg.): **Fokus Biodiversität. Wie Biodiversität in der Kulturlandschaft erhalten und nachhaltig genutzt werden kann.** oekom, München 2010, 300 S., 49,90 €, ISBN 978-3-86581-172-1
- ▶ Mäder, U.; Aratnam, G. J.; Schillinger, S.: **Wie die Reichen denken und lenken. Eine Analyse des Reichtums in der Schweiz.** Rotpunkt, Zürich 2010, 300 S., 26,- €, ISBN 978-3-85869-428-7
- ▶ Mölders, T.: **Gesellschaftliche Naturverhältnisse zwischen Krise und Vision. Eine Fallstudie im Biosphärenreservat Mittelalpe.** oekom, München 2010, 317 S., 44,90 €, ISBN 978-2-86581-178-3
- ▶ Riecken, U.; Leidorf, K.; Ullrich, K.: **Flug über das Grüne Band.** BfN, Münster 2009, DVD + Booklet, ISBN 978-3-7843-3986-3
- ▶ Riedl, T.: **„Bruttonationalglück“ als Maßstab für Entwicklung? Eine Analyse des politischen Systems Bhutans in Bezug auf das Entwicklungskonzept des buddhistischen Königreichs.** Universität Wien, 2010, 155 S., kostenlos. Download: <http://othes.univie.ac.at/4362>
- ▶ Schaltegger, S.; Beständig, U.: **Handbuch Biodiversitätsmanagement. Ein Leitfaden für die betriebliche Praxis.** Bundesumweltministerium, Berlin 2010, 62 S. www.business-and-biodiversity.de
- ▶ Schott, J.: **Klimawandel in Kolburg.** Verlags- haus Schlosser, Friedberg 2010, 392 S., 17,90 €, ISBN 978-3-83937-047-7
- ▶ Seidl, I.; Zahrt, A. (Hrsg.): **Postwachstums- gesellschaft. Neue Konzepte für die Zukunft.** Metropolis, Marburg 2010, 220 S., 18,- €, ISBN 978-3-89518-811-4
- ▶ Strawe, C. u. a.: **Grundzüge eines modernen Bodenrechts. Theorie und Praxis für einen anderen Umgang mit Grund und Boden.** Stiftung Trias, Hattingen 2010, 30 S., 6,- €. www.stiftung-trias.de
- ▶ Umweltbundesamt (Hrsg.): **Bisphenol A. Massenchemikalie mit unerwünschten Nebenwirkungen. UBA,** Dessau 2010, 18 S., kostenlos. Download: www.kurzlink.de/uba-3782
- ▶ UNDP (Hrsg.): **Beyond the Midpoint: Achieving the Millennium Development Goals.** UNDP, New York 2010, 175 S., kostenlos. Download (PDF, 1,8 MB): www.kurzlink.de/undp-2223855.pdf
- ▶ Zytglogge, B.: **Green Change. Strategien zur Glücksmaximierung.** Bastien, Bern 2010, 240 S., 19,50 €, ISBN 978-3-7296-0804-7

TERMINE

OKTOBER

05.10., Berlin (D)
**Ressourceneffizienz –
 Motor für ein Grünes
 Wachstum. Politische
 Perspektiven und neue
 wissenschaftliche**

Erkenntnisse. Konferenz

► Bundesumweltministerium/Umweltbundesamt/
 Wuppertal Institut; BMU, Uwe Nestle, E-Mail: uwe.
 nestle@bmu.bund.de, www.kurzlink.de/maess-2010

06.10., Berlin (D)

**Der Ast, auf dem wir sitzen. Entscheidung für
 biologische Vielfalt und Klima.** Kongress

► CDU/CSU-Fraktion, Dirk Schwenzfeier, Tel. +49
 (0)30 / 227-51448, http://veranstaltungen.cdcsu.de

06.10., Berlin (D)

Souveräne Bauern – sichere Ernten. Fachtagung

► Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt,
 Tel. +49 (0)4131 / 4077-57, Fax -58, E-Mail:
 janssen@abl-ev.de, www.aswnet.de/aktuelles

06.10., Brüssel (B)

**Analyse transformatorischer Projekte in
 verschiedenen Weltregionen.** Seminar

► Rosa-Luxemburg-Stiftung, Tel. +32 (0)2 /
 7387662, E-Mail: kulke@rosalux-europa.info,
 www.rosalux-europa.info/events_de

06.10., Wien (A)

**Unternehmen neu denken. Gemeinwohl-
 Ökonomie und andere Alternativen.** Symposium

► Attac Austria; E-Mail: infos@attac.at,
 www.attac.at/gemeinwohlsymposium

07.–08.10., Freiburg /Br. (D)

**Nachhaltigkeit als Lebenskunst. Ein Modell für
 Städte und Kommunen.**

► Stadt Freiburg, Tel. +49 (0)761 / 319180,
 E-Mail: mail@katholische-akademie-freiburg.de,
 www.nachhaltigkeit-als-lebenskunst.de

08.10., Frankfurt/M. (D)

Lasst das Öl im Boden!

► Energybridges, E-Mail: t.brose@klimabuendnis.org,
 www.energybridges.eu/termine.html

11.–12.10., Nürnberg (D)

**Kommunale Nachhaltigkeit in Zeiten der Krise.
 4. Netzwerk21-Kongress**

► BMU/UBA; Grüne Liga, Gudrun Vinzing,
 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 443391-64, Fax -33,
 E-Mail: anmeldung@netzwerk21kongress.de,
 www.netzwerk21kongress.de

11.–14.10., Vilm bei Rügen (D)

**Bio und regionale Kompetenz. Vielfalt in der Natur
 – mehr Vielfalt an regionalen Produkten.** Tagung

► BfN, Martina Finger, Tel. +49 (0)38301 / 86-112,
 Fax -117, E-Mail: martina.finger@bfn-vilm.de,
 www.bfn.de/0603_kalender.html

13.10., München (D)

Nachhaltigkeit trotz(t) Krisen. Konferenz für
 Betriebs- und Personalräte

► DGB, Jürgen Hoffmann, Düsseldorf, Tel. +49
 (0)211 / 4301329, E-Mail: juergen.hoffmann@dgb-
 bildungswerk.de, www.kurzlink.de/dgb-ntk.pdf

13.10., Berlin (D)

**Wer ernährt die Welt? Konferenz zur entwicklungs-
 freundlichen Ausgestaltung der EU-Agrarpolitik**

► Misereor, Kerstin Lanje, Tel. +49 (0)241 / 442-
 561, Fax -188, E-Mail: kerstin.lanje@misereor.org,
 www.misereor.de (Themen – Hunger)

14.–15.10., München (D)

**Quell des Lebens oder wertloser Dreck?
 Bodensymposium**

► Oekom-Verlag u. a., Tel. +49 (0)89 / 36006440,
 E-Mail: ebertshauser@indras-netz.de,
 www.oekom.de (Aktuelles – Veranstaltungen)

14.–16.10., Semmering/Niederösterreich (A)

**Alpen im Wandel. Periphere Regionen zwischen
 Brachland und Hoffnung. CIPRA-Jahresfachtagung**

► CIPRA, Schaan (FL), Tel. +423 23753-53, E-Mail:
 international@cipra.org, www.cipra.org/de/jf2010

15.–17.10., Köln (D)

Aktionstage im rheinischen Braunkohlerevier

► Climate Justice Action, BUNDjugend;
 E-Mail: grubegraebt@riseup.net,
 www.mensch.coop/grubegraebt

15.–17.10., Berlin (D)

**Verantwortlich handeln. Arbeit – Umwelt –
 Wirtschaft. DBU-Kongress 2010**

► DBU, München, Tel. +49 (0)89 / 280104,
 Fax 281053, www.kurzlink.de/dbu-kongress-2010

21.–23.10., Zermz/Graubünden (CH)

Wildnis und Biodiversität. Können wir die alpine**Impressum**

umwelt aktuell Oktober 2010
 ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband
 der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände
 (DNR) e. V., Koblenzer Str. 65, D-53173 Bonn, Tel. +49
 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kom-
 munikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München,
 Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de,
 www.oekom.de. **Gesellschafter/Anteile:** Jacob Radloff,
 Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 %

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hjh] (Deutschland,
 verantw.), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales,
 verantw.). **Redaktion:** Juliane Grüning [jg], Matthias
 Bauer [mb], Marion Busch [mbu], Stefanie Langkamp [sl],
 Maïke Vygen [mv]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Zoé
 Thio [zt], Leo Koppelkamm [lk], Julia Barthel [jb], Eric
 Janacek [ej]. **Service:** Juliane Grüning. **ökopädNEWS:**
 siehe S. 40

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell,
 Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 /
 6781775-82, -81, E-Mail: redaktion@dnr.de,
 www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Angelika Schiller, Augsburg
Titelfoto: DLR. **Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane
 Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG,
 D-86399 Bobingen. **Druck auf 100 % Altpapier**
Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: Rhenus
 Medien Logistik GmbH & Co. KG, D-86899 Landsberg
 am Lech, Tel. +49 (0)8191 / 97000-608, Fax -405,
 E-Mail: oekom@de.rhenus.com

Anzeigen: oekom verlag, Stefanie Ott, München,
 Tel. +49 (0)89 / 54418435, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von
 Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesand-
 tes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben
 nicht unbedingt die Meinung der Redaktion beziehungs-
 weise des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltminis-
 terium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr
 für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der
 Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die
 geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit
 denen der Förderer übereinstimmen.



Vom Wert des Wartens

Das Credo unseres Wirtschaftssystems »immer schneller, immer mehr« hat sich als nicht zukunftsfähig erwiesen: Mit Hochgeschwindigkeit ist unser Finanzsystem in seine größte Krise gefahren; die Menschen halten mit dem Tempo nicht mehr Schritt. Der Band »Lob der Pause« liefert Denkanstöße, warum wir das Innehalten wieder schätzen sollten: als Zwischenzeit fürs Nachdenken, Vordenken, Abschalten und Verarbeiten.

K. A. Geißler

Lob der Pause

Warum unproduktive Zeiten ein Gewinn sind

quergedacht Band 3
109 Seiten, 8,95 EUR
ISBN 978-3-86581-200-1



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de



Natur sich selbst überlassen? Internationale Konferenz der alpinen Schutzgebiete 2010

► Alparc, Rahel Tommasini, Chambéry (F),
Tel. +33 479265508, E-Mail: event@alparc.org,
www.alparc.org (Kalender)

22.–23.10., Wiesenfelden/Niederbayern (D) Nachhaltigkeit, Konsum und öffentliche Kommunikation. Methodenworkshop

► Beate & Hubert Weinzierl Stiftung,
Tel. +49 (0)9966 / 1270, Fax 9020059,
E-Mail: umweltzentrum@schloss-wiesenfelden.de,
www.schloss-wiesenfelden.de

22.–24.10., Kochel am See/Oberbayern (D) Ökologische Landwirtschaft als Überlebenssicherung für Frauen im Süden. Seminar

► Georg-von-Vollmar-Akademie, Tel. +49 (0)8851 /
78-0, Fax -23, E-Mail: info@vollmar-akademie.de,
www.vollmar-akademie.de

26.10., Hannover (D)

Die Speicherung von CO₂ in Deutschland (CCS). Wasserwirtschaft kontra Energiewirtschaft.

► AÖW, Anja Kutzsch, Fax +49 (0)30 / 39743683,
E-Mail: kutzsch@aow.de, www.aow.de

28.10., Berlin (D)

Wie viel Öko braucht die Welt? Herbsttagung 2010

► BÖLW, Tel. +49 (0)30 / 28482-300, Fax
-309, E-Mail: info@boelw.de, www.boelw.de/
herbsttagung2010.html

29.–31.10., Lünen/Westfalen (D)

Internationales Naturfoto-Festival

► Gesellschaft Deutscher Tierfotografen, Monika
Bruisch, Tel. +49 (0)431 / 82077, Fax 5869930,
E-Mail: gdt.festivalkarten@gmx.de, www.gdtfoto.de

NOVEMBER

03.–04.11., Chorin/Brandenburg (D)

Wälder im Klimawandel. Fachtagung

► Von-Thünen-Institut, Tel. +49 (0)3334 / 65-300
Fax -354, E-Mail: daniela.hohenstern@vti.bund.de,
www.vti.bund.de

04.–05.11., Wiesenfelden/Niederbayern (D)

Vom Naturschutz zur Nachhaltigkeit. Naturschutz im Spiegel der Geschichte

► Beate & Hubert Weinzierl Stiftung,
Tel. +49 (0)9966 / 1270, Fax 9020059,

E-Mail: umweltzentrum@schloss-wiesenfelden.de,
www.schloss-wiesenfelden.de

04.–05.11., Berlin (D)

Sustainable Chemistry. A Challenge for International Chemicals Management. Konferenz

► UBA, Christopher Blum, E-Mail: christopher.blum@uba.de, www.sustainablechemistry2010.de

05.–06.11., Berlin (D)

Nie wieder Weltmeister? Alternativen zur exportorientierten Handelspolitik. Konferenz

► Forum Umwelt & Entwicklung u. a., Tel. +49
(0)30 / 27596644, E-Mail: [viola.dannemaier@](mailto:viola.dannemaier@power-shift.de)
power-shift.de, www.kurzlink.de/handelskonf2010

05.–07.11., Loccum bei Hannover (D)

Wie „grün“ ist der Islam? Tagung

► Evangelische Akademie, Tel. +49 (0)5766 / 81103,
E-Mail: sonja.sinsch@evlka.de, www.loccum.de

09.–10.11., Karlsruhe (D)

Fahrradkommunikalkonferenz

► Deutsches Institut für Urbanistik, Simone
Harms, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 39001-132, Fax -109,
E-Mail: fahrradakademie@difu.de,
www.nationaler-radverkehrsplan.de/termine

11.–12.11., Erfurt (D)

Wachstum neu erfinden. B.A.U.M.-Jahrestagung

► B.A.U.M. e.V., Hamburg, Tel. +49 (0)40 /
4907-1100, E-Mail: pr@baumev.de, www.baumev.de

11.–13.11., Hannover (D)

10. Kommunale Klimaschutz-Konferenz

► Klima-Bündnis/Stadt Hannover, Ute Heda,
Tel. +49 (0)511 / 168-40683, Fax-43689,
www.klimabuendnis.de/termine (DE)

13.11., Stuttgart (D)

Desertec: Woher kommt der Strom der Zukunft?

► Bündnis 90/Die Grünen, Niklas Sieber, E-Mail:
niklas.sieber@gmx.de, www.gruene-bw.de

13.11., Düsseldorf (D)

Störfall-Risiken der chemischen Industrie. Tagung

► Umweltzentrum Düsseldorf, CBG, Tel. +49 (0)211 /
3339-11, Fax -40, E-Mail: cbgnetwork@aol.com,
www.cbgnetwork.de/downloads/
CBG_Jahrestagung2010.pdf

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 40

Weitere Termine: www.dnr.de/termine

Biologische Vielfalt

Bei Rot über die Ampel

Nach einem aktuellen UN-Bericht konnte kein einziges Ziel zum Erhalt der weltweiten biologischen Vielfalt in den letzten 20 Jahren erreicht werden. Ursache ist nicht nur fehlendes Geld, sondern vor allem fehlender politischer Wille. Die Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung NRW hat deshalb im Internationalen Jahr der Biodiversität 2010 pädagogische Materialien für die Bildungsarbeit entwickelt.

□ Schätzungen gehen davon aus, dass jede vierte Pflanzenart vom Aussterben bedroht ist. Die Zahl der Wirbeltiere hat seit 1970 um fast ein Drittel abgenommen. Naturnahe Lebensräume werden immer kleiner, einige davon werden in absehbarer Zeit für immer verschwunden sein. Mit der Natur gehen auch deren Leistungen für die Menschheit verloren: Lebensmittel, Medikamente, Filterfunktionen, Schutz vor Naturkatastrophen und vieles mehr. Die Menschen in Entwicklungsländern werden die Folgen dieser Veränderungen am ehesten und am stärksten zu spüren bekommen.

Keine Trendwende in Sicht

Die UN-Weltkonferenz 1992 in Rio de Janeiro verabschiedete das Übereinkommen über die biologische Vielfalt, auch Biodiversitätskonvention genannt. Darin verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten, eine nationale Biodiversitätsstrategie zu entwickeln. Nur wenige haben ein entsprechendes Papier vorgelegt, darunter Deutschland im Dezember 2007. Im Jahr 2002 vereinbarte die Staatengemeinschaft dann bestimmte Ziele, um den globalen Biodiversitätsverlust bis 2010 deutlich zu senken. Zugleich wurde dieses Jahr von den Vereinten Nationen zum Internationalen Jahr der Biodiversität ausgerufen.

Biodiversität in der Umweltbildung

Biologische Vielfalt wird in der Umweltbildung meist draußen in der Natur vermittelt. Dass Naturerleben sich auch mit globalem Lernen verbinden lässt, zeigten UmweltpädagogInnen aus Nordrhein-Westfalen. Vier Jahre lang und in über 250 Veranstaltungen entwickelten sie pädagogische Einheiten für unterschied-

liche Zielgruppen. Gemeinsam mit Umweltbildungseinrichtungen, Biologischen Stationen, Zoos, Museen und Stiftungen entstanden insgesamt 24 erprobte Modelleinheiten zum Thema Biodiversität. Anfang 2007 erschien der erste Band „ANU NRW Bildungsoffensive Wert der Vielfalt – 16 Bausteine für Globales Lernen“. In diesem Jahr wurde der zweite Band mit weiteren acht Modulen vorgelegt.

Den Wert der Vielfalt erleben

Im Bildungsmodul „Die brasilianische Bodenassel Bodo besucht die Bodentiere bei uns“ lernen Grundschul Kinder durch klassische Naturerlebnismethoden zunächst heimische Tierarten kennen. Anschließend wird die Geschichte der Assel Bodo erzählt, die aus ihrer Heimat vertrieben wurde, weil ihr Lebensraum einer Sojaplantage zum Opfer fiel und sie nach Deutschland auswandern musste. In ähnlicher Weise verdeutlicht das Modul „Flüsse ohne heimische Flusskrebse“, wie durch die weltweite Wanderung heimische Arten durch Neueinwanderer verdrängt werden können.

Welchen Einfluss der Klimawandel und extreme Wettersituationen auf Tiere und Pflanzen haben, lernen Grundschul Kinder im Modul „Mit Sonnenhut und Regenschirm“ kennen. Im Modul „Nils Holgersson und der Flug der Wildgänse“ werden moderne GPS-Geräte eingesetzt, ein Kompass gebaut und Laufspiele durchgeführt, bei denen die Kinder sich wie Gänse in V-Flugformation bewegen.

Sogar mit Messer und Gabel kann man Biodiversität vermitteln. Im Projekt „Süßes aus dem Sauerland“ lernen Jugendliche, wie man aus indischem Springkraut Gelee herstellt. Interkulturelle Ansätze verfolgt

das Projekt „Pralinenbaum und Gummibärchen“: Aus dem Saft der aus unseren Gärten fast vollständig verschwundenen Quitte werden Gummibärchen hergestellt und dann verkauft. Der Erlös fließt einer türkischen Naturschutzstiftung zu, die dafür Bäume gegen Erosion pflanzt.

Auch für Senioren wurden Angebote entwickelt. Im Bildungsmodul „Waldwarenkorb aus der Einen Welt“ wird die Vermittlung von Artenkenntnissen genutzt, um einen Bogen von der Eiche zum Gummibaum und von der Brombeere zur Kakaopflanze zu spannen und auf globale Aspekte von Nutzpflanzen hinzuweisen.

Umweltbildung allein reicht nicht!

Zu keinem Zeitpunkt stand das Thema biologische Vielfalt stärker im Fokus von Politik und Öffentlichkeit als heute. Auch die Wirtschaft hat das Thema entdeckt. So verspricht beispielsweise die Rewe-Gruppe, dass sie die biologische Vielfalt durch Kooperation mit Obstbauern am Bodensee und Verwendung von Getreide aus lokaler und regionaler Produktion fördern will. Doch Sponsoringprojekte allein oder gut gemeinte Bildungsangebote reichen nicht aus, um die biologische Vielfalt global und effektiv zu schützen.

Wie katastrophal die Lage tatsächlich ist, zeigt der im vergangenen Mai veröffentlichte dritte „Globale Ausblick zur Lage der biologischen Vielfalt“ (GBO3). Das aus über 100 nationalen Berichten zusammengestellte Dokument belegt, dass keines der gesteckten 21 Unterziele auch nur annähernd erreicht werden konnte. Ob es um den Erhalt der Artenvielfalt oder den Schutz des traditionellen Wissens indigener Völker geht – stets zeigt die Ampel tiefrot. Als kleiner Hoffnungsschimmer gilt, dass 13 Mal „einige“ und vier Mal „erhebliche“ Fortschritte erreicht werden konnten.

In der Politik jedoch reicht das Lippenbekenntnis nur so weit, wie es kein Geld kostet. Das gilt sowohl für die lokale als auch für die globale Ebene. Nachdem zum Beispiel die Bundesregierung noch 2008 für eine Initiative Ecuadors zum Schutz des Regenwaldes mehrere Hundert Millionen Euro bereitstellen wollte, wenn das

Entwicklungsland auf die Förderung von Erdöl im Yasuní-Nationalpark verzichtet, erteilte Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel dem nun eine Absage.

Der politische Wille bleibt damit auf der Strecke – während die wirklich großen Bedrohungen für die Biodiversität schon in Sicht sind: Geoengineering und Nanotechnologie. **[Jürgen Forkel-Schubert]**

- ▷ ANU NRW Bildungsoffensive Wert der Vielfalt. 16 Bausteine für Globales Lernen. Schriftenreihe der ANU, Bd. 14/15. Bezug: ANU NRW, Dorsten, Tel. +49 (0)2369 / 77-505, Fax -607, E-Mail: tenger.biostation-re@t-online.de, www.anu-nrw.de
- ▷ GBO3, deutsche Kurzfassung: www.bmu.de/45972
- ▷ www.rewe-group.com (Presse – 15.09.2010)

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU Hamburg: Entdecke die Vielfalt in Hamburgs Landwirtschaft

□ Bereits beim Kauf vom Lebensmitteln entscheiden wir mit über die Erhaltung der Biodiversität auf landwirtschaftlichen Flächen. Im Jahr der Biodiversität hat die ANU Hamburg die Landwirtschaft in den Mittelpunkt ihres Projekts „Hamburg ist Vielfalt“ gestellt. Gemeinsam mit der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und dem Projekt Schule & Landwirtschaft des Ökomarkt e.V. wurde ein Plakat gestaltet und ein Veranstaltungsprogramm für Kinder, Jugendliche und Erwachsene entwickelt. Das Programm ist auch im ANU-Veranstaltungskalender zu finden.

- ▷ www.anu-hamburg.de
- ▷ www.u-port-hamburg.de

ANU-Projekt Leuchtpol: Ein Tag ohne Strom

□ Bis zum 15. Oktober müssen Kitas ihre Beiträge einreichen, um am Leuchtpol-Wettbewerb „Ein Tag ohne Strom“ teilzunehmen. Gesucht werden Ideen, wie der Forschergeist von Drei- bis Sechsjährigen angeregt werden kann, um möglichst wenig Strom in der Einrichtung zu verbrauchen. Alle, die mitmachen, erhalten als Dankeschön das Leuchtpol-Gedächtnisspiel

Merkefix. Ein Bastelbogen des Spiels zum Ausschneiden findet sich in der Projektzeitung Nr. 2, die kostenlos angefordert werden kann.

- ▷ www.leuchtpol.de

Ökoprojekt MobilSpiel München entwickelt neue Klimaprojekte

□ Wer mit Kindern von sechs bis zwölf Jahren das Thema Klima bearbeiten will, findet auf der Internetseite des Vereins MobilSpiel sicherlich das Richtige. Vorgelegt werden verschiedene Schulprojekte komplett mit Ablaufplänen, Methoden, Aktions- und Spielbeschreibungen. Ein besonderes Serviceangebot ist die „Klima-Aktionskiste“ mit Aktionsmaterialien für Kindern von 5 bis 12 Jahren. Sie enthält didaktisch aufbereitete Materialien – von Bastel- und Mitmachangeboten, Forschungsaufträgen, Spielen und Experimenten bis hin zu einem Klimaparcours. Daneben finden sich auf der Webseite viele Materialien zu den Themen Gesundheit, Ernährung, Freizeit, Kleidung, Wasser, Landart, Handy und Kosmetik.

- ▷ www.praxis-umweltbildung.de

Zehn Jahre Haus am Strom in Passau

□ Im Juli feierte das Umweltinformationszentrum „Haus am Strom“ sein zehnjähriges Bestehen. Das Umweltbildungszentrum liegt direkt neben dem Wasserkraftwerk Jochenstein bei Passau. Wasser bestimmt hier nicht nur die Inhalte der pädagogischen Arbeit, sondern auch das gesamte Erscheinungsbild. Der Rundbau mit Vortrags- und Filmsaal ähnelt einem Flusskiesel, das Ausstellungsgebäude einem ins Wasser eintauchenden Fisch. Bayerns Umweltminister Markus Söder und Lutz Spandau von der Allianz-Umweltstiftung übergaben als Geburtstagsgeschenk einen Scheck in Höhe von 125.000 Euro. Mit dem Geld soll die Ausstellung um Informationen zur Natur im Donautal und zum Thema Energie erweitert werden.

- ▷ www.hausamstrom.de

SCHWERPUNKT: BIODIVERSITÄT

Umweltbildung aus Eingriffs-Ausgleichszahlungen finanzierbar

□ Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) verstärken die vom Bundesnaturschutzgesetz vorgesehenen naturschützenden Maßnahmen und tragen mittel- und langfristig wesentlich zur Reduzierung von Vollzugsdefiziten im Naturschutz bei. Solche Bildungsmaßnahmen können durchaus aus den Eingriffs-Ausgleichszahlungen nach § 15 Abs. 6 des Bundesnaturschutzgesetzes finanziert werden; hierfür müsste jedoch erst ein veraltungspolitisches Umdenken stattfinden. Das sind die Kernaussagen des Aufsatzes „Maßnahmen der Umweltbildung bzw. BNE und deren Nutzbarmachung bei der Eingriffskompensation, Kohärenzsicherung und Umweltschadensanierung“. Der Text von Marcus Lau und Mara Meske ist in der Juli-Ausgabe der Zeitschrift „Natur und Recht“ erschienen.

- ▷ www.springerlink.com/content/0172-1631/32/7

Globales Lernen in Botanischen Gärten

□ Seit Mai 2010 arbeiten Botanische Gärten und Universitäten mit der Arbeitsgruppe Pädagogik des Verbandes Botanischer Gärten (VBG) in einem gemeinsamen Projekt zusammen. Das Projekt „Globales Lernen an lokalen Lernorten in Botanischen Gärten“ soll die bestehenden Bildungsangebote im Bereich Globales Lernen konzeptionell weiterentwickeln und bis April 2013 neue Lernmaterialien erarbeiten. Botanische Gärten bieten dafür wegen ihres vorhandenen Pflanzenbestands zahlreiche und direkt erfahrbare Anknüpfungspunkte. Ein erster Projektworkshop findet vom 11. bis 13. November in der Universität Osnabrück statt.

- ▷ Beate Stumpe, Universität Osnabrück, Tel. +49 (0)541 / 9692259, E-Mail: beate.stumpe@biologie.uni-osnabrueck.de
- ▷ Marina Hethke, Universität Kassel, Bildungsprojekt WeltGarten, Tel. +49 (0)5542 / 981232, www.weltgarten-witzenhausen.de

Wettbewerb: Entdecke die Vielfalt!

□ Bereits zum dritten Mal sucht die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) junge Entdecker und kreative Köpfe, die sich mit Aktionen für die biologische Vielfalt einsetzen. Im Internationalen Jahr der Biologischen Vielfalt sind alle Neun- bis 16-Jährigen aufgerufen, sich allein, als Gruppe oder mit der ganzen Klasse am bundesweiten Wettbewerb „Entdecke die Vielfalt!“ zu beteiligen. Beiträge für eine der Kategorien „Natur erforschen“, „Global handeln“ oder „Kreativ kommunizieren“ müssen bis zum 15. Dezember eingehen.

▷ www.entdecke-die-vielfalt.de

Open-Source-Plattform zur Naturkunde

□ Ein neues Internetportal möchte Naturführer und Bestimmungsschlüssel sowie dazugehörige Lehr- und Lernmaterialien für Bildungszwecke und Naturschutz frei verfügbar machen. Alle Materialien dürfen kopiert und verändert werden, etwa um spezielle Bestimmungsschlüssel für eine Region einzustellen. Die Informationen dürfen auch auf CD gebrannt oder auf dem Handy gespeichert werden. Unterstützt wird das Vorhaben vom EU-Projekt „Key to Nature“, dem Bundesamt für Naturschutz und dem Deutschen Jugendbund für Naturbeobachtung. Die Webseiten sind als Wiki gestaltet. Nur angemeldete Benutzer dürfen Änderungen vornehmen.

▷ www.offene-naturfuehrer.de

Online-Projekt BEAGLE

□ Die Beobachtung von Bäumen im Jahresverlauf steht im Mittelpunkt des Umweltbildungsprojekts BEAGLE. Zur Auswahl stehen Eiche, Buche, Rosskastanie, Linde, Birke und Eberesche. Lehrer und Schüler geben ihre Daten im Internet ein. Aus den Beobachtungen der Schüler aus ganz Europa entsteht so mit der Zeit ein phänologischer Kalender. BEAGLE startete im Februar 2010 und soll bis 2015 zur Verfügung stehen.

▷ www.beagleproject.org

NACHHALTIGE HOCHSCHULEN**Berlin: Masterstudiengang Zukunftsforschung**

□ Eine Ausbildung zum M.A. Zukunftsforschung will die Freie Universität Berlin zum Wintersemester 2010/2011 anbieten. Der Studiengang soll Konzepte, Ziele und Methoden der Zukunftsforschung vermitteln, wie die Szenario- und die Delphi-Technik oder die Trend-Impact-Analyse. Danach stehen die Einsatzfelder der Zukunftsforschung und ein zehnwöchiges Praktikum auf dem Lehrplan. Der Studiengang ist ein Gemeinschaftsprojekt des Arbeitsbereichs Erziehungswissenschaftliche Zukunftsforschung von Prof. Gerhard de Haan und eines Verbundes von etwa 20 Institutionen der Zukunftsforschung.

▷ www.master-zukunftsforschung.de

Hamburg will Exzellenzuniversität für Nachhaltigkeit werden

□ Die Universität Hamburg setzt in der Bewerbung für die dritte Runde der Exzellenzinitiative zur Förderung der Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen ganz auf das Thema Nachhaltigkeit. Der eingereichte Antrag heißt „Zukunftskonzepte zum projektbezogenen Ausbau der universitären Spitzenforschung Universität Hamburg: Seeking Knowledge for a Sustainable Future“. Umgesetzt werden soll dies mit einem Partnernetzwerk deutscher und skandinavischer Universitäten. Mit dem Konzept will sich die Uni auf der Grundlage ihrer breiten Expertise als Universität der Nachhaltigkeit etablieren.

▷ www.verwaltung.uni-hamburg.de/pr/2/21/pm/2010/pm72.html

FH Eberswalde ist jetzt Hochschule für nachhaltige Entwicklung

□ Die Fachhochschule Eberswalde bei Berlin kann auf eine 180-jährige Tradition als forstwissenschaftliche Ausbildungsstätte zurückblicken. Nun trägt sie den neuen Namen „Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (FH)“. Von der

Internetplattform Utopia.de zur grünen Hochschule gekürt und mit EMAS-Zertifikat für Umweltmanagement versehen, will die Hochschule Nachhaltigkeit in Lehre und Forschung in den Mittelpunkt rücken. Studiengänge wie Global Change Management, Regionalentwicklung und Naturschutz, Nachhaltiges Tourismusmanagement, Ökolandbau und Vermarktung oder Holztechnik sind zum Teil einzigartig in Deutschland. Für StudienanfängerInnen ist eine fachübergreifende Ringvorlesung über nachhaltige Entwicklung Pflicht.

▷ www.hnee.de

Pflichtseminar in Lüneburg: „Wissenschaft trägt Verantwortung“

□ An der Leuphana-Universität Lüneburg müssen jetzt alle rund 1.300 Erstsemester das Modul „Wissenschaft trägt Verantwortung“ besuchen. Unabhängig von ihrer späteren fachlichen Orientierung sollen sie sich intensiv mit dem Konzept einer nachhaltigen Entwicklung und mit grundlegenden Fragen der gesellschaftlichen Verantwortung von Wissenschaft auseinandersetzen. Angeboten werden eine Vorlesungsreihe und rund 60 Projektseminare. Die Präsentation der Projektergebnisse findet öffentlich statt.

▷ www.leuphana.de/nachhaltigkeitsportal.html

Bachelorstudium Umweltpädagogik in Wien

□ Im Oktober beginnt an der Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik in Wien ein Bachelorstudium Umweltpädagogik. Der neue Studiengang qualifiziert in den Bereichen Umwelt, nachhaltige Entwicklung und Pädagogik. Die Themen reichen von lokaler Nachhaltigkeit über Klimaschutz und Energieeffizienz bis zu allgemeinen Bildungswissenschaften, Umweltpädagogik, Persönlichkeitsbildung und Prozessmanagement. Zielgruppe sind AbsolventInnen von Berufsbildenden Höheren Schulen sowie von einschlägigen Universitäten und Fachhochschulen.

▷ www.agrarumweltpaedagogik.ac.at

Grünes Fernstudium an der Uni Rostock

□ Die Universität Rostock bietet zwei Fernstudiengänge an, die optimal auf grüne Berufe vorbereiten sollen. Das Fernstudium Umweltschutz bündelt praxisnahes Wissen aus Natur- und Ingenieurwissenschaften, Rechtswissenschaften und Gesellschaft. Zu den Schwerpunkten gehören erneuerbare Energien, Verfahrenstechnik und Küstenzonenmanagement. Der berufs begleitende Studiengang Umwelt & Bildung vermittelt das nötige didaktische Know-how und die fachlichen Voraussetzungen für eine professionelle Konzeption, Gestaltung und Durchführung von BNE-Angeboten. Beide Studiengänge enden nach vier Semestern mit dem Masterabschluss.

▷ www.weiterbildung.uni-rostock.de

Internationale Sommeruniversität bietet audiovisuelle Kommunikation

□ Ein Gemeinschaftsprojekt deutscher und chilenischer Bildungseinrichtungen will die Medienkompetenz und interkulturelle Kommunikationsfähigkeit verbessern. Die Internationale Sommeruniversität 2010 findet noch bis Oktober in Karnitz auf Rügen statt. Im Mittelpunkt steht audiovisuelle Kommunikation über erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Klimafolgen. Besonders gelungene Beispiele werden auf der Webseite veröffentlicht. Die Internationale Universität ist zweimal als offizielles Projekt der Unesco-Dekade BNE ausgezeichnet worden.

▷ www.kmgne.de/front_content.php?idart=1362
▷ www.uinternacional.org

Lehrgang des WWF Schweiz zu Umweltberatung und -kommunikation

□ Klimawandel und Ressourcenverbrauch erfordern neue Qualifikationen in der Berufswelt. Der WWF Schweiz bietet einen Lehrgang Umweltberatung und -kommunikation an, der Sachkenntnisse in Ökologie und nachhaltigem Ressourcenmanagement sowie Instrumente der Umweltkommunikation und Projektarbeit vermittelt. Die einjährige, berufsbe-

gleitende Weiterbildung wurde um die Themen nachhaltiger Konsum und Biodiversität ergänzt und führt direkt an die Berufsprüfung für einen eidgenössischen Fachausweis heran. Der Lehrgang beginnt im Februar 2011, Anmeldeschluss ist der 5. November.

▷ www.wwf.ch/lehrgang

UMWELTBILDUNGS-TERMINKALENDER

Weitere Termine unter www.umweltbildung.de. Stellen Sie Ihre Termine dort selbst kostenlos ein!

04.10., Leverkusen-Ophoven (D)

Klimawandel und Energiesparen. Einbindung außerschulischer Bildungseinrichtungen in die Schulbildung

▷ www.naturgut-ophoven.de

05.10., Hemer (D)

Treffen des AK Umweltpädagogik Westfalen

▷ Suse Stahlschmidt, Tel. +49 (0)234 / 9048562, s.stahlschmidt@versanet.de

05.10., München (D)

Natur verkaufen? Natur erleben? Wertvoller Leben! Landart-Seminar zur ANU-Kampagne

▷ www.mobilspiel.de/oekoprojekt

07.10., Hofgeismar bei Kassel (D)

Der Natur auf der Spur. Naturpädagogik für Kinder und Jugendliche

▷ www.akademie-hofgeismar.de

07.–08.10., Ebsdorfergrund bei Marburg (D)

Lebensgrundlage Wasser und dessen Bedeutung für eine nachhaltige Entwicklung

▷ www.llh-hessen.de

07.–08.10., Stralsund/Vorpommern (D)

Energieeffizienz in Schulen. Internationaler Schülerkongress

▷ www.umweltschulen.de/egs

08.10., Stuttgart (D)

Zoologen und Botaniker auf der Roten Liste? Verschwindet mit abnehmender Biodiversität auch das Expertenwissen?

▷ www.umweltakademie.baden-wuerttemberg.de

10.10., weltweit

Weltweiter Klimaaktionstag mit Packen-wir's-an-Party

▷ www.350.org/de

12.–14.10., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)

Natur- und Kulturinterpretation – Schwerpunkt Tafeln, Pfade und Ausstellungen

▷ www.afnu.schleswig-holstein.de

21.–22.10., Lahti (FIN)

5th European Forest Pedagogics Congress 2010

▷ www.forestpedagogics.eu (Aktuelles – 03.08.2010)

23.–25.10. + 06.–07.11., Hamburg (D)

Schulung zum Erwerb der Jugendleiter/inCard (JuleiCa)

▷ www.anu-hamburg.de

26.10., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)

Naturerlebnis mit GPS, MP3-Player und Co.

▷ www.afnu.schleswig-holstein.de

27.–28.10., Ebsdorfergrund bei Marburg (D)

Kreisläufe der Natur und deren Bedeutung für eine nachhaltige Entwicklung

▷ www.llh-hessen.de

28.–29.10., Ueckermünde/Vorpommern (D)

Lebendige Arbeit in Netzwerken

▷ www.umweltbildung-mv.de

29.–30.10., Gelsenkirchen (D)

6. Bundesweite Job- und Bildungsmesse Erneuerbare Energien

▷ www.jobmesse-ee.de

Impressum ökopädNEWS

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Jürgen Forkel-Schubert (verantwortlich),

jfs@oekopaednews.de;

Birgit Paulsen, Webmaster, netzwerk@anu.de

ANU-Bundesverband Deutschland e. V.,

Robert-Mayer-Str. 48–50, D-60486 Frankfurt/M.,

Tel. +49 (0)69 / 310192-41, Fax -29,

bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de